

# **offen-siv**

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**8-2023**

---

**Spendenempfehlung: 4,00 €**

## **Verkannte Dialektik Ist der Kommunismus in der Übergangsperiode nach dem Kapitalismus noch eine Warenproduktion?**

**von  
Hermann Jacobs**

|   |     |
|---|-----|
| Redaktionsnotiz.....  | 3   |
| Editorial des Autors.....   | 4   |
| Zur Einführung.....   | 6   |
| Der historische Verlauf der sowjetischen Debatte.....             | 13  |
| Die Suche nach dem „warenökonomischen Subjekt“.....               | 25  |
| Beginn mit Stalin: Begründung mit den „zwei Eigentumsformen“..... | 30  |
| Die Begründung mit der „Bewertung der Arbeit durch Geld“.....     | 37  |
| Beginn der Kritik an Stalin.....                                  | 43  |
| Begründung aus dem „Volkseigentum selbst“.....                    | 43  |
| Die Begründung mit der „materiellen Interessiertheit“.....        | 63  |
| Die Begründung mit dem „Leistungstrieb im Sozialismus“.....       | 73  |
| Die Begründung mit dem „ökonomisch selbstständigen Betrieb“.....  | 76  |
| Koslow widerspricht.....  | 87  |
| ... und Kusminow verwirft insgesamt.....                          | 93  |
| Smoldyrew: Ein letzter Versuch 1987.....                          | 102 |
| Notwendiges zum Kommunismus.....                                  | 108 |
| Ein – vorläufiges – Schlusswort.....                              | 126 |

## **Impressum**

### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,

Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

#### Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

## Redaktionsnotiz

Die so genannte „Theorie“ von der „sozialistischen Warenproduktion“ ist ein Thema, das uns nicht loslässt. So klar es ist, dass der Sozialismus unmittelbar nach der Revolution noch keine entfaltete Planwirtschaft sein kann, weil diese erst aufgebaut werden muss, genauso klar muss es sein, dass der Sozialismus als Übergangsperiode zum Kommunismus die Aufgabe hat, die Muttermale der kapitalistischen Gesellschaft zu überwinden (und nicht sie zu hegen und zu pflegen) und eine in sich selbst gründende Planwirtschaft aufzubauen, was die Voraussetzung zur Errichtung des Kommunismus ist.

Es gibt unvorstellbare Unklarheiten und ein unvorstellbares Durcheinander sowohl innerhalb der kommunistischen Parteien als auch zwischen ihnen – oder anders ausgedrückt: da prallen Marxismus-Leninismus und Revisionismus heftig aufeinander. Diese Auseinandersetzung ist historisch nicht neu, man schaue nur auf Preobrazenskijs „Die neue Ökonomik“ von 1926 oder – eher gegenteilig argumentierend - Stalins Arbeit „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ von 1951.

Die Problematik hat auch heute nach der Konterrevolution in der UdSSR und den sozialistischen Staaten Europas und mit den Entwicklungen in China, Vietnam und, in abgeschwächter Form, in Kuba dringende Aktualität.

Unsere kleine Zeitschrift wird nicht wirklich einen wesentlichen Beitrag zur Klärung dieser schwerwiegenden Widersprüche leisten können, denn dazu haben wir einen zu geringen Einfluss.

Trotzdem wollen wir tun, was mit unseren Kräften möglich ist.

### **Spendenkonto Offensiv:**

**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,**

**IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77**

**BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.**

## Editorial des Autors

Unter dem Titel: „Die Theorie von der sozialistischen Warenproduktion – ein verhängnisvoller Irrtum“ erschien schon eine kürzere Fassung dieser Arbeit als Sonderheft der Zeitschrift „offen-siv“ im September 2008.

Ich habe diese Fassung hier theoretisch weiter ausgebaut. Ich spreche im Titel des Heftes gleich von einem Irrtum, d.h. ich berücksichtige auch, dass es sich bei der Theorie der Warenproduktion im Sozialismus zunächst um ein subjektives Problem handelt, einen wirklichen Irrtum der Wissenschaftler, weil um eine Fehlinterpretation der Dialektik am Beginn des Kommunismus. (Dass es bei einem Irrtum nicht blieb, sondern daraus eine Methode systematischen Angriffs auf den Sozialismus wurde, ist eine andere Sache.)

Das Abschiednehmen von einer Produktionsweise und die Ankunft in einer neuen ist oft schwer einzuschätzen, besonders dann, wenn der Wechsel von so grundsätzlicher, gegensätzlicher Art ist, d.h. das Privateigentum in seiner Gesamtheit treffen soll. Die Theorie hinkt der Praxis hinterher – sozialistisches Phänomen?

Bedenken wir doch, dass es Tausende Jahre schon Warenproduktion gibt, und deren Theorie ist das Produkt erst unserer Tage.

Die sowjetischen Ökonomen gingen zunächst von einem festen Tatbestand aus: Ja, der Sozialismus hat/kennt noch die Warenproduktion... obwohl es einen *eigentlichen* Grund gab, dass dem nicht so sein konnte: Das Volkseigentum ist ein aufgehobenes Privateigentum. Damit war ausgehend vom Eigentumsverhältnis die These von der Ware im Sozialismus eigentlich ausgeschlossen. Aber irgendwo „war da doch etwas“.

Aha, das Geld, es verschwand nicht, als das private Eigentum verschwand. Wie das Geld interpretieren? Man entschloss sich, auf die Ware zurückzugreifen, deren Wertform. Aber warum Wertform? Um wirklich zu begründen, musste man ja auf *Verhältnisse* zurückgreifen, *das war aber ausgeschlossen*.

Nun, wenn Eigentum nicht mehr oder nur schlecht - nur für Genossenschaften - noch ging, bot sich die *Arbeit* an. Das Bestimmen der Warenproduktion aus *Widersprüchen in der Arbeit* war der „logische“ Schluss einer sich um

Antwort mühenden sozialistischen Wissenschaft, und von da war der Schritt zur *Notwendigkeit der Wertform* nicht mehr weit. („Wie soll man ohne ein Maß Widersprüche in der Arbeit bewerten?“)

Widersprüche in der Arbeit? Die Arbeit nicht von gleicher Gemeinschaftlichkeit wie das Eigentum? Ein merkwürdiges Eigentum, das die Arbeit nicht einschloss. Statt Lösung der Widersprüche des Kapitalismus – neue Widersprüche? Nun, mit Momenten aus der Arbeit begründet, wurde die Warenproduktion aus der konkreten Arbeit „begründet“ - ein Verstoß an sich gegen die Begründung von Produktionsweisen, die sich nie aus der Arbeit herleiten.

Der „Irrtum“ der sowjetischen Wissenschaft hatte sich ergeben. Das Gesuche in der Arbeit, was denn ihre „Widersprüche“ sind, begann.

Die sowjetische Wissenschaft hatte ihr Thema gefunden, aus dem sie sich nicht mehr lösen konnte oder ... nicht mehr lösen wollte. Ich unterstelle keine böse Absicht, aber letztlich eine Fehlinterpretation der Dialektik in der ersten Phase des Kommunismus. - In der Hoffnung, dass der Irrtum von den nachfolgenden sozialistischen Generationen auch so gesehen werde.

Die proletarische Revolution muss sich zweimal begreifen: einmal in ihrem Gegensatz zum Kapital, dem *besonderen Privateigentum*, das andere Mal begreifen entgegen der Warenproduktion, der *allgemeinen Grundlage des Privateigentums*. Das eine Begreifen kommt schneller, das andere allmählicher. Der Kommunismus hat darum länger mit der Überwindung der Ware oder des *arbeitenden* privaten Produzenten zu tun als mit der Überwindung des Kapitals oder des *ausbeutenden* privaten „Produzenten“.

## Zur Einführung

Die Sowjetunion „ist zusammengebrochen“ ... doch „Rußland lebt“!

Der Spötter könnte fragen: Was hat Rußland an sich, was die Sowjetunion nicht an sich hatte? Es ist ja nicht so, dass wir nicht bereit sind, uns auch schwierigen Fragen zu stellen. Zu diesen gehört sicher auch die, ob denn der Sozialismus, also die Sowjetunion, gar nicht lebensfähig gewesen sei. Aber wie ist das möglich, lautet sofort die Gegenfrage: Wieso war sie von den 70 Jahren ihrer Existenz mindestens 50, 60 lebensfähig, sogar zu großem Wachstum fähig, zu großen Siegen fähig – und hier über entwickelte kapitalistische Länder -, und dann plötzlich nicht mehr fähig, nur noch unfähig? Das ist schwer zu begreifen.

Vielleicht soll das auch gar nicht begriffen werden, weil etwas anderes begriffen werden soll: Das bürgerliche System, wieder das bürgerliche System, das zu größerem Reichtum fähig ... wenn auch nur für Wenige. Und: Nicht erst zu guter Letzt fähig, sondern – *von Anfang an!* Ja, gegen diesen „Vorteil“ – die Arbeit Vieler oder Aller auf Wenige zu häufen und so durch *Aneignung/Umverteilung* sichtbar Reichtum zu schaffen - kommt natürlich kein ökonomisches Gleichheitssystem an. Reichtum, den jeder hat, ist wie Reichtum, der keiner ist.

Vielleicht überzeugt das System der Gleichheit (nicht der Gleichmacherei), das System nur geringer sozialer Differenzierung - *und das immer zur Arbeit zwingt* -, doch nicht einen jeden. Vielleicht ist der Kommunismus nur deshalb „zusammengebrochen“ (man könnte auch sagen: sollte zusammenbrechen, wurde „zusammengebrochen“), weil er den Reichtum abgeschafft hat. Er hat versprochen, das Privateigentum abzuschaffen – und das war zwar abstrakt, das hörte sich aber gut an, war vielversprechend für diejenigen, die kein Eigentum hatten. Aber abgeschafft hat der Kommunismus mit dem Privateigentum auch den Reichtum der Privateigentümer – und das war konkret, das hat, als er nun verschwand, jeder begriffen. Privater Reichtum hat einen *gesellschaftlichen Ausdruck!* An ihm nehmen eben nicht nur Reiche teil, sondern auch Arme - *per Augenschein*. Der Reichtum, den jeder sehen kann, verschwand, und der Reichtum, den jeder haben kann, kam nicht.

Und so sind über einen längeren Zeitraum die Würfel gemischt worden und schließlich gefallen. „Der Sozialismus ist wohl doch nicht das Richtige, er ist ... zu arm.“ Und auch, weil er es bleibt oder zu bleiben scheint, entwickelte sich im Sozialismus *eine äußere Sehnsucht*. Reichtum allgemein bzw. zu verallgemeinern dauert wohl doch zu lange und ist, auf der individuellen Ebene, kaum zu spüren.

Aber, Hand auf's Herz: Wie geht es denn der Allgemeinheit in einer Gesellschaft des Reichtums? Bleibt sie nicht immer arm, bewegt sie sich nicht – sozial gesehen – äußerst langsam bis gar nicht, tritt also im realen Sozialismus, nach der Aufhebung des *besonderen, auf Wenige* konzentrierten Reichtums (an dem sich aber alle gebadet, mit dem sich alle identifiziert hatten), zunächst nicht nur hervor, *was an sich allgemein ist?*

*Der erste Kommunismus muß immer der **allgemeine** Kapitalismus sein, immer der Kapitalismus sein, der er im Allgemeinen ist, nicht im Besonderen; er wird also immer sein der Kommunismus der Arbeiter im Kapitalismus, nicht der der Kapitalisten. Und wie weit es bis zu diesem Kommunismus ist, ja, das ist eine „spannende Frage“ oder kann zu einer solchen gemacht werden.*

Die Menschen, die armen, können immer nur *ihre* Wahrheit nicht vertragen. Sie wünschen sich Wunder, wenn sie sich schon etwas wünschen – von sich, ihrer Macht. Sie soll Wunder vollbringen, was sie natürlich nicht kann. Die Ernüchterung über die Revolution folgt jeder Revolution, besonders der der Armen, auf dem Fuße. Sie bringt keinen Wechsel, außer ideologischen, zunächst... scheint es.

Darüber wollen wir Klarheit schaffen, und zwar gründlich.

Dies zur Einstimmung auf unser Thema.

Unser Thema ist, warum es im Prozess des Aufbaus der neuen, sozialistisch oder kommunistisch genannten Gesellschaft noch einmal eine Art theoretischer Renaissance der bürgerlichen Gesellschaft bzw. der ökonomischen Form dieser Gesellschaft, die Warenproduktion oder Warenökonomie genannt wird, gekommen ist, kommt. Warum konzentrieren sich unsere „lieben Genossen“ nicht mit der ganzen Kraft ihres Denkens auf das, was sie *neu* aufbauen wollen, also das Kommunistische ihrer

Gesellschaft, z. B. Planwirtschaft. Was ist Planwirtschaft, was sind Gesetze der Planwirtschaft, Formen der Planwirtschaft, über die sich Planung der Gesellschaft durchsetzt? Warum nicht das Neue Gegenstand der Theorie, warum immer wieder und wieder nur Reminiszenzen an das, was doch der Verdammnis anheim gefallen war – solange man in dieser Gesellschaft selbst noch lebte. Nostalgie? Oder doch mehr als bloße Sehnsucht an das, was man verlassen, und das nun in der Rückerinnerung vielleicht doch nicht so schlimm, doch nicht nur zu überwinden erscheint.<sup>1</sup> Es ist schon ein merkwürdig Ding mit der Geschichte ... der Unterdrückten, durch Unterdrückte.

\*

Ist unser Thema ein altes Thema, ein sagen wir geschichtliches (geschichtlich wie vergangenes) Thema, mit dem sich nur noch Historiker der Ökonomie befassen sollten? – Nun, ganz offenkundig ist das nicht der Fall. Das Zauberthema des Sozialismus ist geblieben und verzaubert noch immer die „eigenen Reihen“.

Da agiert im theoretisch/geistigen Umfeld der Partei die LINKE das Marxistische Forum. In jüngerer Zeit sind von Autoren dieses Forums, in einer Publikation dieses Forums, mehrfach Hefte zu dem Thema, das uns nun beschäftigen wird, erschienen. Ich meine folgende: Heft 56/2008 „Die Legende von der revisionistischen Wende“, Heft 59/2009 „Erinnerungsschlacht“, Heft 61/2010 „Kontroverse um Sozialismuserfahrungen“. In all diesen Heften wird genau jener theoretische Ansatz vertreten, der uns hier umtreibt: Begründung der Notwendigkeit der Fortsetzung der Warenökonomie in einer „ersten Phase/Periode des Kommunismus“, egal, ob hier Sozialismus genannt, und ob hier der Sozialismus auch nicht unbedingt als eine erste Periode des Kommunismus, sondern mehr als eine besondere Ordnung noch vor dem Kommunismus verstanden wird, also wie eine eigene Gesellschaftsordnung (siehe die Orientierung der SED der DDR angesichts der Einführung des Neuen ökonomischen Systems ab 1964 (NÖS)). Es geht an sich um eine *geschichtliche Fortsetzung der Warenökonomie*.

---

<sup>1</sup> Wurde nicht auch das Paradies verlassen, aber ist nicht der Traum an es geblieben?

Die Autoren, die hier zu Worte kommen, bejahen diesen Gedanken heute noch – oder immer noch, und damit über die Existenz des Sozialismus hinaus, d.h. sie stellen sich einen zukünftigen Sozialismus – ihre Bemühungen sind ja eine Begründung für diesen – nicht anders vor, d.h. nicht so vor wie den real existierenden, sondern wie einen um die „Erfahrungen des realen Sozialismus gereiften“ Sozialismus. Und Erfahrung soll sein, dass die Warenproduktion im Sozialismus noch einmal eine Renaissance zu erfahren habe. Wir haben allen Grund, „am Thema zu bleiben“. Man wird sich mit den Argumenten befassen müssen, die von diesen Autoren vorgebracht werden, und dann werden wir sehen, inwieweit wir von einer bloßen Fortsetzung/Wiederaufnahme der schon bekannten Argumentationen in dieser Frage sprechen können, worin die Autoren des Marxistischen Forums also an das schon bekannte Theoriemuster anknüpfen ohne Neues zu bieten, oder ob sie, „gereift um die Erfahrungen des realen Sozialismus“ – und vor allen Dingen seines Endes -, die Begründungsdebatte auch „bereichern“, ob sie selbst aus dem „Scheitern des Sozialismus“ gelernt haben bzw. wie *sie* lernen wollen. Das muß uns ja auch eine Debatte wert sein.

\*

Aber nun zu unserem Thema: Wie kam die Sowjetunion, das erste Land des Aufbruchs in eine neue Geschichte, *an sich* auf die Idee, die *Warenökonomie* erfahre eine Fortsetzung im Sozialismus bzw. der Sozialismus sei *auch* durch eine Form der Warenökonomie – besondere Form - gekennzeichnet? Marx, Engels, aber auch noch Lenin (oder Lenin ... doch? Oder doch nicht?<sup>2</sup>) hatten doch ausdrücklich Gegenteiliges bekundet. Und Stalin wollte doch – für die Warenproduktion - wenigstens eine Entwicklung des Sozialismus zu ihrer Negation, einen Beginn der Negation – in Bezug auf die Produktionsmittel

---

<sup>2</sup> Nach meiner Meinung können Lenins Aussagen zur NÖP (die scheinen positiv im Sinne Ware zu sein) bzw. selbst zur Warenökonomie in der näheren Zukunft der Sowjetunion (sie waren negativ) noch nicht zu den aussagekräftigen theoretischen Beiträgen gezählt werden. Nur was real auf den Beginn der Planwirtschaft bezogen ist, ist aussagekräftig. Man muß diesen Unterschied ziehen, alles andere ist im Grunde spekulativ. Aber ab der Planwirtschaft erscheinen die *Formen* der Negation – oder sie erscheinen eben nicht, und dann muß die „Spekulation“ revidiert werden. Bis hin zu Marx. Aber das weise ich eben zurück. Die Planwirtschaft war der Rubikon.

des volkseigenen Sektors der Wirtschaft - schon erkannt haben. Mit diesem ersten Ansatz einer Theorie der Negation der Warenökonomie bereits Formen nach *brach* aber die sowjetische ökonomische Wissenschaft, spätestens ab 1957. Und Stalins These (von den Produktionsmitteln als keinen Waren mehr), der *letzten marxistischen These mit bewusstem Anspruch auf die Negation der ökonomischen Form des Privateigentums in der Geschichte der Menschheit*, wurde als ein „Stalinsches Dogma“ verunglimpft.

Auch wenn man es nicht wahrhaben will: Stalin (ich meine den ökonomischen Stalin, aber mit ihm den ersten theoretischen Ansatz der sowjetischen ökonomischen Wissenschaft insgesamt) brach mit der Warenproduktion im und durch den Sozialismus – hier noch nicht unterschieden vom Kommunismus, sondern Sozialismus als die *erste Phase* des Kommunismus. *Volkseigentum* galt ihm/ihr nicht als Warenproduktion, Waren produzierend. Das war nicht frei von Fragen, da war manches offen auch in der Position von Stalin bzw. der Wissenschaftler, die ihm folgten (eher wohl: ihn übernehmen), aber: In jede Begründung der Warenproduktion durch den Sozialismus muß herein, dass mit diesen ersten theoretischen Prämissen der sowjetischen Wissenschaft gebrochen wurde. Es wurde nicht dieser Ansatz weiter verfolgt, wie die Negation der Warenökonomie weiter vorangetrieben werden kann oder voranzutreiben ist, sondern jener, wie aus den Restposten an Warenökonomie, die auch in der theoretischen Position Stalins noch erscheinen, zu einer Verallgemeinerung der These von der besonderen Warenökonomie im Sozialismus übergegangen werden kann.

Was wäre zu verallgemeinern gewesen, das ist wohl die Frage, vor der die Sowjetunion, die sowjetische Wissenschaft ca. ab 1955 stand:

- Das Neue bei Stalin, die erste Erkenntnis über eine Negation der Warenform durch die sowjetische ökonomische Praxis,
- oder das Alte bei Stalin, die letzte Erkenntnis noch über den Erhalt der Warenform im Sozialismus bei Stalin.

Die sowjetische/sozialistische ökonomische Wissenschaft, die kommunistischen Parteien des Sozialismus in ihrer Gesamtheit, gingen den zweiten Weg der „Verallgemeinerung“, mindestens in der Theorie, und bis heute. Dies zur Klarstellung wie zur Erinnerung.

Wir gehen im Folgenden Texte von Lehrbüchern durch, die zur Ökonomie des Sozialismus, explizit Warenökonomie – das eigentlich umstrittene Thema, das eigentlich geschichtliche Thema des Kommunismus -, geschrieben wurden. Indem wir uns Klarheit über die Anlage des Streits, ihre einzelnen Inhalte und Formen verschaffen, tragen wir vielleicht zum besseren Verständnis bei, warum auch im Großen in der Sowjetunion – bis zum Schluß – nicht Klarheit und Wahrheit über den Sozialismus Einzug gehalten haben. Eine Verunsicherung in einem so wichtigen „kleinen“ Punkt erklärt vielleicht, warum eine Verunsicherung in einem so großen unvermeidlich nur Folge sein konnte. Denn dass Rußland lebt, wird ja wie erklärt? – Mit der Marktwirtschaft ... die die Sowjetunion nicht hatte, trotz der gewissen Experimentierfreudigkeit in dieser Sache.

Wir beginnen mit einer Frage:

Warum ist die sozialistische Wissenschaft von der Ökonomie des Sozialismus/Kommunismus, beginnend und maßgeblich die der Sowjetunion (später dazukommend die der DDR und anderer sozialistischer Länder), nie mit dem Thema der Warenproduktion fertig geworden, warum blieb das ihr ungelöstes Problem bis zuletzt, und heute wohl noch immer?

Ordnen wir diese Frage noch genauer ein, so hätten wir – die Warenproduktion ist ja die Form der bürgerlichen Produktionsweise – wohl zu fragen: Warum ist die sozialistische Ökonomie nie klar gekommen mit der Aufhebung der bürgerlichen Produktionsweise, oder auch Trennung von ihr?

Warum konnte der Sozialismus (oder Kommunismus) nicht eindeutig nur Sozialismus oder Kommunismus sein; warum muß die Arbeiterbewegung, obwohl sie doch höhere Form der Revolution als die bürgerliche ist, immer auch die Utopien über die bürgerliche Revolution mit sich weiterschleppen? Ist das ein Problem nur der *unentwickelten* Länder, wenn sie an eine sozialistische Revolution gelangen (Rußland, China), oder nur ein Problem der *ersten* sozialistischen Länder (Rußlands also *und* der DDR)? Weil sie es nicht besser wissen und es erst „durch Erfahrung“ lernen. Oder ist es doch ein generelles Problem, ist es in der Tat ein *Entwicklungsproblem*, die Geschichte des Privateigentums zu kippen?

Man kann die Sache drehen und wenden wie man will, egal zu welcher Zeit in der sowjetischen Geschichte, mit welchem Argument begründet, immer hieß

es in der ökonomischen Wissenschaft, der Sozialismus – diese „erste Phase des Kommunismus“ – sei noch vom Typ her eine besondere Form der Warenproduktion. Ja, von „gänzlich neuem Inhalt“, gewiss, nicht mehr gleichzusetzen mit der kapitalistischen Form, sie sei sogar „planmäßige Warenproduktion“ (Planwirtschaft *mit* Warenproduktion), aber nie hieß es von der Planwirtschaft, sie sei eine erste Form der Nichtwarenproduktion, eine erste Form ihrer Aufhebung – obwohl alle wirklichen Mechanismen<sup>3</sup> dieser neuen Produktionsweise auf diese Wende hindeuteten.

Dieser Gedanke wäre eine Häresie gewesen, so fest waren die Fronten in der Theorie gezogen – wie wir sehen werden.

Unterschiedliches Herangehen an diese Frage war erlaubt – und wir erkennen hierin sogar einen „Reichtum“ der sowjetischen Wissenschaft, ein „schöpferisches Herangehen“ an diese Frage, sogar, wenn man will, eine Logik, eine Entwicklung bis zum „heftigen Widerspruch“, also einen „Streit“, aber nie ein Herangehen, das dem Gegensatz Recht gab. Die wirklichen Kritiker der Warenökonomie bzw. deren theoretischer Entwicklung in der Sowjetunion (DDR, usw.) sind Exoten geblieben; das trifft in letzter Konsequenz auch für Marx zu, dem zwar noch verbal Respekt gezollt wurde, der aber nie in der Hinsicht befragt/abgefragt wurde, ob sich nicht erste Ansätze der realen Überwindung der Warenproduktion in der sozialistischen

---

<sup>3</sup> Und unter „wirklichen Mechanismen“ verstehe ich zwei Dinge (ich nehme das hier vorweg): 1. Preise als im Wesentlichen Festpreise. Und Festpreis heißt nichts als durch Wertbewegungen (!) nicht mehr veränderte Preise, und 2. Ausstattung der Betriebe mit den reproduktiven Fonds (in Natural- und Geldform) durch die Gesellschaft, aus einer Zentrale, so dass die Reproduktionen nicht mehr über die Preise bzw. nicht mehr über das Äquivalenzprinzip liefen, sie waren ihres „eigentlichen“ (privaten) ökonomischen Rechts „beraubt/enteignet“, d.h. die Betriebe konnten sich zu ihren Preisen – tiefer liegend natürlich ihren Wertbildungen – nicht mehr wie zu einem ökonomischen Recht verhalten. Der Eigentumsgedanke der Warenproduktion ist seiner Macht beraubt, wenn die Preise der Voraussetzung für die Reproduktion beraubt sind (oder die Reproduktion der Basis der Preise). Die Enteignung von dem einen ökonomischen Recht erfolgte natürlich, indem zu einem anderen ökonomischen Recht übergeleitet wurde. Der „Zentrale“? Nein, der Betriebe natürlich.

Wirtschaft ergeben haben.<sup>4</sup> Im Gegenteil, er bekam seinen Platz zugewiesen: im fernen Kommunismus. So gab es keinen Bruch mit Marx, aber eine Entfernung der Theorie aus der unmittelbaren Praxis. Und das sollte auch wie ein Bruch verstanden werden.

## Der historische Verlauf der sowjetischen Debatte

Ein Blick auf den Verlauf der historischen Debatte – rein eine sowjetische –, offenbart uns eine Überraschung: Die Warenproduktion („im Sozialismus“) war beileibe nicht ihr erstes Thema, aber sie wurde dann ihr wichtigstes Thema. Beginn? Zweite Überraschung: Ende der dreißiger Jahre, explizit thematisiert 1941, kurz vor Ausbruch des 2. Weltkrieges, und dann fortlaufend bzw. durchgehend bis zum Ende der Sowjetunion.

Paschkow: „Auch die gesamte folgende Praxis (*nach der NÖP, J.*) ... hat gezeigt, dass die Partei im ersten Stadium der kommunistischen Gesellschaft den Werktätigen auch nichts Besseres als Ersatz für diese Formen der Beziehungen (*Handel, Markt, J.*) anbieten kann, die im Verlaufe von vielen Jahrtausenden durch die Erfahrungen der Menschheit erprobt und überprüf worden ist.“ (*Ein ganz unsinniges Argument: Als wenn es je eine ihre Geschichte prüfende/überprüfende Menschheit gegeben hätte, und nicht die seit Marx sich gründende Geschichte die erste auch moralisierende der Menschheit wäre, J.*)

---

<sup>4</sup> Um Marx in dieser Hinsicht zu befragen, hätte man sein Prinzip der Zeit näher analysieren sollen, das er seinem Gedanken einer Verteilung nach der Leistung in einer ersten Phase des Kommunismus zugrunde gelegt hatte. Die Entwicklung ist an diesem Punkt der Geschichte nicht linear, weiterlaufend, sondern spiralförmig, drehend. Wie beim Übergang vom Urkommunismus in das Privateigentum. Nur eben auf einer anderen Grundlage: Statt dass aus dem Urkommunismus das Privateigentum aufsteigt, steigt jetzt aus dem Privateigentum der Kommunismus empor. Nicht, welches Zeitprinzip gilt, ist die Frage, sondern auf welche Grundlage (Arbeit) es gestellt ist. Das macht die Form der geschichtlichen Zukunft.

Bis zum Jahre 1941 haben wir sowjetischen Ökonomen bekanntlich diese Wirklichkeit nicht gesehen und beharrlich behauptet, dass unsere Ware keine Ware und unser Geld kein Geld sei und dass das Wertgesetz im Sozialismus überhaupt nicht wirke. Wir wurden in diesen wichtigen Fragen der Wirtschaft und der ökonomischen Theorie korrigiert.“<sup>5</sup>

Mit anderen Worten: *Ernsthaft* wurde die Frage einer Fortsetzung der Warenproduktion erst mit einer höheren Entwicklung der Sowjetunion aufgeworfen, also nicht, als diese *vor* dem Beginn der Planwirtschaft stand, sondern als sie bereits eine bestimmte Etappe des Aufbaus der Planwirtschaft zurückgelegt hatte, im Laufe des 3. Fünfjahresplanes. Dieser Umstand, dass die Debatte um die Warenproduktion die Sowjetunion quasi *einholte*, bedarf einer Aufklärung.<sup>6</sup>

Was wurde aber vorher debattiert?

Nun, am Anfang stand Politik. Den Beginn einer sowjetischen, sozialistischen Wirtschaftspolitik erleben wir logischerweise gleich mit dem Beginn der Sowjetmacht. Ich würde auch die Periode der NÖP noch unter Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht subsumieren<sup>7</sup>; in der NÖP sind noch wenig

---

<sup>5</sup> A. I. Paschkow: „Ökonomische Probleme des Sozialismus“; Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1974, Seite 195. Apropos: Von wem korrigiert? Doch wohl von der Partei, ihrer Führung. Und die war - in dieser Frage – genauso blind wie ihre Wissenschaftler.

<sup>6</sup> Das könnte natürlich für die Kritiker sprechen, dafür, dass es erst einer gewissen Erfahrung brauchte, ehe man begreifen konnte, dass der Ware bzw. allen Kategorien der Ware mehr Beachtung zu schenken wäre. Es kann aber auch bedeuten, dass man erst lernen mußte eine Volkswirtschaft zu planen, und dass sich aus mangelhaftem Beginn die „Erfahrung“ aufdrängen konnte, dass es besser gewesen wäre, man wäre bei der Warenform der Produktionsweise geblieben. Doch was zu machen ist, kann nicht auf ewig eine Frage der subjektiven Auslegung sein.

<sup>7</sup> Das ist erst in der letzten Zeit, einerseits bei den „Sozialismus-Reformern“, aber auch durch die chinesische Wirtschaftspolitik seit 1978 etwas anders geworden; die NÖP ist in den Rang einer eigenen Wirtschaftsperiode des Sozialismus bzw. der sozialistischen politischen Macht gehoben worden. China beruft sich in seiner 78er Reform auf die Leninsche NÖP. Und die Reformen berufen sich inzwischen gleich auf ein anderes Sozialismus-Modell, dessen Grundlage schon die NÖP gelegt haben soll.

bis keine (!) Aussagen zur Theorie der Ökonomie des Sozialismus enthalten.<sup>8</sup> Grund? Die Planwirtschaft, also die reale Form eines ökonomischen Sozialismus, hatte noch nicht begonnen; die 20er Jahre der Sowjetunion stellen nur eine Übergangsperiode zu dieser eigentlichen Periode (Phase) des Kommunismus in seiner ersten Erscheinung dar.

Dementsprechend war der theoretische Mut noch nicht groß, als es Mitte der 20er Jahre zu einer ersten Debatte in der Kommunistischen Akademie in Moskau kam bzw. die sowjetische sozialistische Ökonomie ihre Geburtsstunde erlebte<sup>9</sup>: Die erste – grundlegende, verbindliche - Aussage konnte radikaler, und zugleich „selbstverständlicher“, ungenierter, nicht sein: Politische Ökonomie (ökonomische Gesetze dito) ist eine Sache der bürgerlichen Gesellschaft, ist bürgerliche Ökonomie.<sup>10</sup>

---

Es geht um den Ewigkeitsstatus der Warenproduktion, die Chinesische KP geht eher pragmatisch vor, die Reformier sind – euphorisch.

<sup>8</sup> Wenn es also zu diesem Zeitpunkt Aussagen über den Gegensatz von Warenökonomie und Sozialismus/Kommunismus gibt, so sind sie entweder theoretische Rückgriffe auf Marx, oder, bezogen auf eine sowjetische Praxis, spekulativ. Nicht der abstrakte, allgemeine Gegensatz zur Warenökonomie interessiert uns am Beginn des Sozialismus/Kommunismus, sondern wie er sich konkret in Szene setzt. Wenn es um Formen der Aufhebung gehen kann, d.h. wenn die gegenteilige, die die Wertform ersetzende Form schon erscheint, interessiert nur noch die Form der Umsetzung von Aufhebung, nicht mehr, nicht länger mehr die abstrakte Grundlage.

<sup>9</sup> Die erste theoretische Aussage war auch bauernorientiert: Preobraschenski forderte die „ursprüngliche Akkumulation“ in Bezug auf die Bauern zu Gunsten der Industrie; die KPdSU widersprach vehement – aus Gründen der Bündnispolitik.

<sup>10</sup> „... unter sowjetischen Ökonomen (waren) lange Zeit (bis zu den 30er Jahren) Vorstellungen verbreitet, dass es eine solche Wissenschaft (*wie die politische Ökonomie, J.*) unter sozialistischen Bedingungen nicht geben könne. Viele Ökonomen waren damals der Meinung, Objekt der politischen Ökonomie könne nur eine sich spontan entwickelnde Wirtschaft sein, der das Privateigentum an den Produktionsmitteln zugrunde liegt, da angeblich nur hier objektive ökonomische Gesetze wirken. Daraus zogen sie die Schlussfolgerungen: Die politische Ökonomie habe nur die kapitalistische Produktionsweise zu untersuchen. Was den Sozialismus anbetreffe, so seien hier die Produktionsverhältnisse ‚klar‘, ‚durchschaubar‘,

Eine solche Aussage konnte man umso leichter treffen, als ja eine sozialistische politische Ökonomie – wenn es denn eine solche auch gäbe - noch nicht bekannt war. Wie sollte sie 1926/27 auch bekannt sein, *vor* dem Beginn der Planwirtschaft. (Wenn Ökonomie des Sozialismus Planwirtschaft ist, bedarf es zuerst der Planwirtschaft, ehe es deren Gesetze auch geben kann.)

Aber die Aussage, politische Ökonomie sei bürgerliche Ökonomie, schloss perspektivisch natürlich die Frage ein: Was wird im Sozialismus sein? Ging man von vornherein davon aus, dass ökonomische Gesetze nur der bürgerlichen Ökonomie inhärent sind, musste die sozialistische Ökonomie, ob es nun eine solche geben würde oder nicht geben würde, anders als durch „objektive Gesetze“ geregelt/reguliert sein.

In einem zweiten großen/größeren Schritt entschloss sich die sowjetische Schule der Ökonomie dazu, der Diktatur des Proletariats die Rolle des Regulators der Ökonomie zuzusprechen, einem Subjektivismus also. Die *Politik* reguliert die Wirtschaft, hieß das.<sup>11</sup> In der Zuordnung einer Politischen Ökonomie, also einer Verhaltensökonomie (etwas anderes bedeutet Politisch nicht), die es mit Gegensätzen zu tun hat und diese in „Gesetzen“ auskämpft, aber dem Übergang der Regelung der Ökonomie durch ein Subjekt, worin einer Einheit der Gesellschaft entsprochen wird, liegt durchaus Logik. Solange die kommunistische Revolution eine politische noch ist, formuliert/definiert sie sich auch erst politisch.

Das schien den Sachverhalten, denen der Beginn der Planwirtschaft ab 1929 unterlag, weitgehend zu entsprechen, denn diese waren in einem hohen Maße noch durch das Subjekt bestimmt. (Die sowjetische Planung arbeitete, wie wir

---

„verblaßten“ die objektiven ökonomischen Gesetze und folglich gäbe es hier kein Objekt für die wissenschaftliche, theoretische Forschung.“ In: „Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus“, Autorenkollektiv der Leningrader Staatlichen A. A. Shdanow-Universität, in Deutsch, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1973, Seite 24)

<sup>11</sup> „Die These, dass die Diktatur des Proletariats das Bewegungsgesetz der Sowjetwirtschaft sei, war die zentrale These im Lehrgebiet Wirtschaftspolitik, das 1933 an den Hochschulen statt des Lehrgebiets Theorie der Sowjetwirtschaft eingeführt wurde.“ (ebda., Seite 50)

wissen, zunächst mit zwei Planentwürfen, a) einem Minimalplan und b) einem Maximalplan, wobei dann mehr und mehr eine Orientierung auf die maximale Variante herauskam (die dann oft nicht erreicht werden konnte und wodurch der Eindruck entstand, trotz allen Wachstums würden Pläne nicht erfüllt, schien *Wachstum* nicht erreicht zu sein; die Planwirtschaft schien mit den Makeln der Untererfüllbarkeit, aber auch der Übererfüllbarkeit behaftet, also der Ungenauigkeit, und damit der Untauglichkeit<sup>12</sup>)).

Erst nach längerer Praxis der Planwirtschaft, als gewisse Erfahrungen gesammelt worden waren, was denn Planung bedeutet („bewußt aufrechterhaltene Proportionalität“ (Lenin), aber nun in der Praxis!), kam es zur Wende in der sowjetischen sozialistischen Ökonomie: *Praxis wurde nicht mehr aus der Theorie, sondern Theorie aus der Praxis formuliert!* Die Zeit der reinen Visionen über den Sozialismus - mochten sie noch so sehr auf Marx zurückführen -, die „Zeit des Mundspitzens“ war zu Ende gegangen, die „Zeit des Pfeifens“ hatte begonnen.

Die Praxis der Ökonomie/Planwirtschaft fand wesentlich zwei Aufmerksamkeiten. Erste Aufmerksamkeit war auf die Frage der Proportionalität gerichtet, das entsprach direkt dem Beginn der Planung der Produktion. Es wurde ein neues ökonomisches Gesetz formuliert: das Gesetz der *planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft*. Rang zwei der Aufmerksamkeit aber war dem *Erhalt des Geldes* gewidmet (und weiterer Kategorien, die auf das Geld zurückführen: Preise, Kosten, Gewinn, Kredit). Sie fanden eine Definition, die nun in die allgemeine Theorie einbezog: Geld sei der Planwirtschaft inhärent. Beide Ansätze/Definitionen, Proportionalität und Gelderhalt, erfordern, das sei hier betont, *allgemeine Theorie*, Theorie des Kommunismus in seiner Gesamtheit, nicht besondere, Theorie des Kommunismus nur in seiner/einer ersten Phase.

---

<sup>12</sup> Was natürlich Unsinn ist; privatwirtschaftliche ökonomische Ordnung, die über keinen Plan verfügt, erfüllt immer ihren „Plan“; er ist das ökonomische Ist, das sich in sich selbst misst und über kein äußeres Maß, den gesellschaftlich vorgegebenen Plan verfügt. Aber der sozialistische Plan ist Ist und Maß zugleich. Der gedachten/gewollten Wirklichkeit steht immer eine wirkliche Wirklichkeit gegenüber. Diese Korrektur muß auch für den Plan erlaubt sein, ohne dass *Planung* gleich einem Verriss anheim fällt.

Wichtigster Gedanke also, damit dritter historischer Schritt: Ja, der Sozialismus, verstanden noch als erste Phase des Kommunismus, hat eine eigene politische (gesellschaftliche) Ökonomie, sie wird durch objektive ökonomische Gesetze reguliert, nicht schlechthin durch ein nur mit Willen vorgehendes politisches Subjekt. Auch die noch so freie Politik ist in wesentlichen Fragen an objektive Zusammenhänge in der Ökonomie gebunden, reguliert nicht nur (!), sondern wird auch reguliert und muß sich regulieren lassen.<sup>13</sup>

Es wurde ein Gesetz formuliert, worin eine Einheit von neuem Subjekt und neuem Objekt (ökonomischem Gesetz) bestimmt wurde: Es war dies das ökonomische *Grundgesetz* des Sozialismus der Einheit von Sozialität und Rationalität - Sozialität mit dem Ziel der *wachsenden* Befriedigung der Bedürfnisse (oder auch Befriedigung der *wachsenden* Bedürfnisse) der Menschen, und Rationalität mit der Notwendigkeit der *stetig steigenden* Produktivität in der Arbeit, realisiert über die Planwirtschaft (die bekannteste Definition lieferte später – 1952 - Stalin).

Der historische Diskurs zeigt, dass die *Praxis* im wesentlichen einen logischen Entwicklungsweg zurücklegt – er gipfelt in der Praxis einer durch den Plan regulierten Ökonomie, in der Subjekt und Objekt, Subjektives und Objektives aufeinander und zusammentreffen, derweil die *Theorie* einen suchenden, einerseits sich anpassenden Weg an gewisse Gegebenheiten zurücklegt,

---

<sup>13</sup> Man muß hier allerdings berücksichtigen, dass eine Planung, die sich den Bedarf auf Produkte zum Inhalt stellt, immer mit einem Subjekt arbeitet. Das ist auch in einer Warenproduktion der Fall, sofern sie Waren als Gebrauchswerte herstellt. Der Gebrauchswert wird von einem Subjekt gewünscht - dem allerdings der Wert der Ware als Wunschprodukt des Produzenten der Ware gegenübersteht. Das Verhältnis des Kommunismus zum Gebrauchswert unterscheidet sich vom Verhältnis des Warenproduzenten zum Gebrauchswert dadurch, dass es im Kommunismus um ein organisiertes, eben geplantes Verhältnis zum Gebrauchswert geht, und in der Warenproduktion um ein ungeplantes, unorganisiertes Verhältnis. D.h. die Entscheidung auch über den Gebrauchswert liegt beim Produzenten der Ware, nicht beim Konsumenten. Und dass der *Konsument* über den Gebrauchswert entscheidet, heißt, dass er auch über die Produktion entscheidet. Konsequenz zu Ende gedacht heißt das, dass ein selbstständiges Produzenten-Interesse auf die Produktion – wie es der Wert ist – entfallen muß.

andererseits sich schließlich auf die letzte und höchste Gegebenheit, den Beginn der Planwirtschaft, einordnet. Die Praxis scheint zu wissen, wohin die Reise geht, die Theorie lernt, wohin die Reise *gegangen*. Man kann nicht unbedingt von Marxismus sprechen, also von einem Vorangehen der Theorie vor der Praxis.

Praktisch aber war klar, dass Politische Ökonomie des Sozialismus Ökonomie der Planwirtschaft ist! (Das hat auch noch mit Marx zu tun.)

Wenn das doch so einfach geblieben wäre...

Gingen wir bei der Bestimmung der Politischen Ökonomie der Planwirtschaft vom sozialistischen Grundgesetz oder vom Gesetz der planmäßigen und proportionalen Entwicklung aus, so wüssten wir, dass sie nicht der bürgerlichen politischen Ökonomie zuzuordnen wären, also neue Gesetze und nur dem Sozialismus/Kommunismus eigentümlich sind. Hier verbietet sich also ein Dualismus, der sowohl in die frühere, bürgerliche Gesellschaft zurück-, als auch in die neue sozialistische Gesellschaft voranführt; alles, was diese Gesetze besagen, ist unmittelbar und nur auf den Sozialismus zurückzuführen.

Anders beim Geld, das in der Planwirtschaft – soviel war ab 1932 sicher abzusehen – „bis zum Kommunismus (der höheren Phase) erhalten bleiben wird“/bleiben soll (Stalin, ZK-Plenum). Hier bietet sich ein gesellschaftlicher Dualismus in der Bestimmung des Geldes, eine Bestimmung der Kategorie Geld sowohl aus der bürgerlichen Gesellschaft als auch aus der sozialistischen geradezu an, oder scheint sich anzubieten. Wobei „natürlich“ die eine, bürgerliche Bestimmung klar, die andere, sozialistische, unklar war – oder noch nicht existierte. (Die klare muß natürlich die unklare, oder noch nicht existente, a priori zurückweisen, sie ist von Monopolanspruch – „selbstverständlich“).

Das reicht nicht einmal: Da es auf den ersten Blick den Anschein hat, dass der Sozialismus am Geld, wie es in der Planwirtschaft gehandhabt wird, nichts ändert bezogen auf frühere Formen – die „Güter werden gegen Geld verkauft“, es bleibt die „bürgerliche/kapitalistische Kostenrechnung  $c+v+m$  erhalten“ -, bietet sich faktisch nur die bürgerliche Definition an, keine hinzukommende sozialistische. Die bürgerliche (Definition des Geldes) ist die sozialistische oder die sozialistische ist die bürgerliche. Sozialismus, so scheint es, ist bürgerlich begründet, oder muß, um begründet zu sein, bürgerlich begründet

werden. Ergo: Der Sozialismus ist Warenproduktion, die Warenproduktion ist sozialistisch!

Ein verhängnisvoller Irrtum!

*Eigentlich muß nur die Fortexistenz des Geldes im Sozialismus bewiesen – oder begründet – werden. Nicht größer und nicht kleiner ist die Aufgabe für die Theorie. Dass diese Eingrenzung nicht erfolgte, sondern umgekehrt, die Erweiterung vom Geld zur Ware stattfand – faktisch nichts als eine Rückbesinnung oder Rückversicherung -, wurde zum Beginn des Irrwegs in der Theorie vom Sozialismus/Kommunismus und brachte den **Bruch** in den Marxismus hinein.<sup>14</sup> Doch falsch ist nicht die Geldform, sondern die **Erklärung** der Geldform aus der Wertform, und unbedingt falsch, auch der Form nach falsch, ist/war der Erhalt der **kapitalisierten** Geldform.*

Im ersten historischen Schritt schließt die sowjetische Wissenschaft die Warenproduktion aus dem – noch visionären – Sozialismus aus, indem sie außer der bürgerlichen keine andere politische Ökonomie erkennt – womit sie aber ihre Frage noch nicht beantwortet (!), in einem zweiten Schritt definiert sie sich politisch, als „über der Ökonomie und Gesetzen der Ökonomie stehend“, in einem dritten Schritt „endlich“ wieder ökonomisch, aber ... als sozialistisch und bürgerlich zugleich. Nimmt man den letzten Gesichtspunkt, so scheint ein Kreislauf geschlossen, die sozialistische Gesellschaft auf einen bürgerlichen Ausgangspunkt zurückgekehrt. Warum? Weil sie das Geld nicht als Geld *neu definiert*.

Neu am Geld ist aber was? *Seine Kaufabhängigkeit*. In einer Planwirtschaft funktioniert Geld nur in seiner Eigenfunktion: es kauft Waren (oder „Waren“), d.h. Waren als Gebrauchswerte, oder anders: In Bezug auf das Geld werden keine anderen Funktionen mehr geltend gemacht, die Wertfunktion also nicht mehr. In der Planwirtschaft beginnen *Bedarfsträger auf Gebrauchswerte* ein

---

<sup>14</sup> Die (altbekannte, Marxsche) Definition, das Geld sei die Erscheinung des Warenwertes, d.h. sei der Tauschwert des Wertes der Ware, ist die sozialistische/kommunistische Gretchenfrage für die Theorie des Sozialismus/Kommunismus. Wie beantwortet, bricht man oder bricht man nicht mit dem Marxismus, oder, schlimmer noch, mit dem Gesellschaftsverständnis des Kommunismus. Ja ist Bruch, Nein ist *Kommunismus*.

Verhältnis zum Geld, nicht *Eigentumsträger besitzen ein Verhältnis zum Geld*. Das ökonomische Recht der Betriebe auf Geld leitet sich nicht aus dem Verkauf ihrer Produkte (an einen anderen Betrieb oder an die individuellen Konsumenten) ab, sondern aus dem Kauf – der wiederum auf den Planaufträgen beruht; mit Kauf (von Gebrauchswerten durch Geld) beginnt der ökonomische Kreislauf für die Produktion, aber damit ist klar, dass sie gebrauchswert- oder bedarfsorientiert agiert, und das heißt zugleich: die Produktion bestimmt sich aus der Konsumtion, oder gesellschaftlich oder ökonomisch gesehen aus der konkreten Arbeit und damit *kommunistisch*.

Die Betriebe/sozialistischen Produzenten müssen nicht Angst haben, dass sie nicht zu ihrem Recht kommen (auf ihre eigene Konsumtion kommen), wenn sie Konsumenten mit ihren Produkten bedienen. Denn die Aneignungsfunktion der Betriebe wird gesellschaftlich bedient, die Betriebe bedienen sie nicht mehr selber. (Ob das – z.B. im Falle der einfachen Reproduktion – besser oder schlechter ist/ausfiel, ist nicht die Frage, es geht um die Bestimmung des *neuen ökonomischen Rechts*. Und das liegt bei der *gesellschaftlichen Hoheit*.) *Die Eigenwirtschaftsfunktion der Betriebe wird gerade nicht aufgehoben, sie ändert ihren Inhalt, und sie nimmt ein unmittelbares Recht wahr*.

**Rechte auf den Gebrauchswert (darum geht es ja) nimmt man entweder unmittelbar wahr, oder vermittelt wahr. Unmittelbar heißt ohne die Wertform, und vermittelt heißt eben über die Wertform. Die Wertform ist ein dazwischen geschaltetes Glied, das – in der geschichtlichen Konsequenz – zur Verselbstständigung der Geld- gegen die Warenform geht -, und ohne Wertform heißt ... „auf Kommando“ nehmen! Die kategorische Form besteht hier im einfachen Nennen des Bedarfs (der sich aus einem Auftrag der Konsumenten an den jeweiligen Betrieb ergibt). Übergangsform zu dieser Form aber ist ein Geld ohne Wertform. Dieses neue Geld des Kommunismus erscheint in den zwei Bedingungen: 1. dass die Waren/Preise der Waren nicht mehr ihren Wert, seine Bewegungen, in Preisen abbilden, d.h. diese konstant bleiben, 2. darin, dass den Betrieben von der Gesellschaft, ihrer zentralen ökonomischen Behörde, Geldmengen zugeordnet werden, die als Preissumme den geordneten Gebrauchsgütern entsprechen.**

An dieser Stelle der historischen Entwicklung wird es zum Problem der sowjetischen ökonomischen Wissenschaft vom Sozialismus, dass sie nicht

wenigstens den Versuch unternimmt, das Geld als Geld der Planwirtschaft unabhängig von der Ware resp. der Wertform der Ware zu definieren, d.h. das Geld in seiner spezifischen Funktion, wo es nichts als seinen Wechsel in „andere Formen seines Gebrauchswertes“ (Marx, Kapital Band I) vollzieht. Die sowjetische Wissenschaft geht nicht der reduzierten Form des Geldes in einer Planwirtschaft auf den Grund, sondern ... tut was? Sie definiert das Geld ganz nach der Anlage der Ware, sie steigt nun wirklich in den bürgerlichen Horizont hinab oder zurück: Geld ist der Wert der Ware, Geld ist der Wert verwandelt zum Tauschwert. Also, Geld ist die Tauschwertform des Wertes der Ware.

Ist Geld das aber auch in der Hand des Lohnarbeiters? Da fehlt doch etwas an der marxistischen Geldtheorie: Die Geldbestimmung in der Hand des Lohnarbeiters, die von ihrem besonderen Verhältnis nur für Arbeiter im Kapitalismus zu einem allgemeinen Verhältnis für die Arbeit im Gesamten im Kommunismus avanciert.

Mit der Theorie oder These, Geld sei weiter der vergegenständlichte Wert der Ware – auch im Sozialismus sei er das -, war der Wert oder das Produkt als Ware in die sozialistische Ökonomie eingeführt worden, damit das bürgerliche ökonomische Verhältnis. Vor allem aber das bürgerliche ökonomische Denken war wieder gesellschaftsfähig geworden – inmitten des Aufbaus des Kommunismus. Und nun war eigentlich nur noch zu bestimmen, wer dieses bürgerliche Verhältnis braucht.

Wer braucht den Wert? Wessen Verhältnis im Sozialismus ist der Wert? Wer sein *ökonomisches Subjekt*?

Das Suchen begann.

Die ganze sowjetische Wissenschaft seit dieser Zeit – etwa ab Mitte der 50er Jahre -, und damit ihr vierter größerer „historischer“ Schritt, wird mit Suchen nach den „Ursachen und der Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus“ regelrecht vertan. Die Suche konnte ja logischerweise nicht zu einem positiven Ergebnis führen, denn es gibt diesen Grund nicht, der uns erklärt, warum die Ware noch im Sozialismus notwendig ist. Es gibt den Privateigentümer nicht mehr. Es gibt das ökonomische Subjekt im Sozialismus (einer Planwirtschaft) nicht, das, weil es noch nicht unmittelbar gesellschaftlich bestimmt sein kann, sich vermittelt gesellschaftlich bestimmen muß, über eine

allgemeine ökonomische Form der Aneignung, eben den – zum Gegenstand eines besonderen Besitzes erhobenen - *Wert*.

Anders: In einer Planwirtschaft sind alle ökonomischen Subjekte per Plan gesellschaftlich bestimmt, die Frage einer doppelten, vorausgesetzten gesellschaftlichen Bestimmung vor der im Plan erübrigt sich also, sie ist gegenstandslos und daher sinnlos. Es dennoch zu bestimmen, ist zunächst nur eine theoretische Frage (eine Formulierung oder ein Willen in der Theorie), führt letztlich aber zur Inkarnation eines nichtsozialistischen ökonomischen Subjekts, d.h. eines sich privatrechtlich verhaltenen Subjekts – wenn die Theorie denn hätte erfolgreich sein wollen.

*Die Theorie einer wirklichen Warenproduktion im Sozialismus verhält sich zur begonnenen gesellschaftlichen Praxis wie eine Konterrevolution zur Revolution. Diese Theorie schuf eine falsche Intelligenz im Kommunismus.*

Die Frage hätte anders lauten müssen: Warum ist das *Geld* noch im Sozialismus notwendig? Nun, weil die Gesellschaft (eine gesellschaftliche Behörde), *ist sie der vorausgesetzte Eigentümer allen Geldes*, über seine Verteilung Bedürfnisse der Betriebe, Individuen und gesellschaftlichen Institutionen berechtigt, Güter anzueignen, also eine Gebrauchswertökonomie gezielt zu regulieren. Und diese Antwort wäre mit dem realen Umgang mit dem Geld in der Planwirtschaft kompatibel gewesen, das wäre eine fruchtbare Debatte in der Theorie des Sozialismus, der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder geworden. Und zugleich wäre klar geworden, dass über eine Geldverteilung die Form der reinen Gebrauchswertverteilung vorbereitet worden wäre, d.h. eine Einheit, eine innere Gleichstellung der *beiden formativen Phasen des Kommunismus wäre sichtbar geworden*; die erste ist eine Vorbereitungsphase der zweiten, höheren. Dem Kommunismus ohne Geld kann nur ein Kommunismus mit solchem Geld vorausgehen, das den geldlosen Kommunismus voraus nimmt, d.h. der naturalen Verteilung kann eine monetäre nur noch folgen, entsprechen. Das Geld im Sozialismus bleibt unter der Bedingung nur noch erhalten, dass von all seinen Funktionen nur seine naturale Funktion noch erhalten bleibt, und das ist Geld einzig in seiner Gebrauchswerte kaufenden Funktion. Geld kauft noch, kann aber – im Sozialismus – nicht mehr gekauft werden! Alle selbstständigen Bewegungen des Geldes, worin es ein Verhältnis von Eigentümern wahrnimmt und worin

sein Verhältnis zu Waren, naturalen Formen der Arbeit, relativiert wird – also Wertbewegungen -, entfallen damit.

Was ist/heißt Planwirtschaft? „Na, dass man einen Plan bekommt und den muß man erfüllen, abarbeiten“. Wir wissen nun, dass Planwirtschaft mehr heißt. Als Gegensatz zur Warenökonomie heißt Planwirtschaft, dass niemand unmittelbar zu Geld kommt, niemand direkt an einen Geldbesitz gerät, durch Warenverkauf, über die Preisform bzw. ihre Realisierung also Geldeigentümer wird. Geld *bekommt* man, Geld ist eine Zuordnung, aber kein Eigentum. Und man kann Geld nicht *bekommen*, ohne dass andere als bisherige Hoheiten in der Ökonomie bestimmt sind. Das war zu erkennen, das war die Revolution in der Ökonomie. Die gesamten Preisdebatten im Sozialismus („Er müsse immer besser, genauer dem gesellschaftlichen Arbeitsaufwand nach bestimmt werden“) waren nutz- und sinnlos. Mit Preisen war kein Recht auf Aneignung verbunden. Aber mit/über Gebrauchswerte war ein Recht zu bestimmen, und diese Gebrauchswerte besaßen noch eine Geldform resp. Preisform, aber eben eine solche, die nicht mehr hinsichtlich eines - sich bewegenden - Arbeitsaufwandes bestimmt waren. Die sozialistische Wissenschaft wusste mit einem Preis, in den sich nichts vermittelt – der Wert nämlich -, der aber vermittelt: zum Gebrauchswert, nichts anzufangen; sie meinte, dies wäre ein Preis ohne Gegenstand. Eine Gegenstandslosigkeit also. Im Sinne der Warenökonomie ist das auch richtig. Im Sinne des Sozialismus aber nicht. Warum soll ein Medium, das zu einem Gegenstand vermittelt/berechtigt, um den sich in einer sozialen Ökonomie alles zu drehen hat, nicht „gegenständlich“ bestimmt sein? Auf ihn kommt es doch an, auf das Medium nicht ... mehr.<sup>15</sup>

Die andere Frage nach dem „objektiven warenökonomischen Subjekt des Sozialismus“ aber mündete in einen Streit letztlich um die Gesellschaft selbst, sie konnte nur einen die Gesellschaft desorientierenden, destruktiven Charakter annehmen. Das Interesse an der Ware und am Wert konnte nur das eines ökonomischen Subjekts sein, das es vom Objektiven her im Sozialismus, nach der Aufhebung des Privateigentums nicht mehr gab. Die Frage nach Ware und Wert, und die positive Antwort auf diese Frage, schloß die Aufhebung der

---

<sup>15</sup> Ist eine Theaterkarte, die zu einem Theaterplatz vermittelt – so dass, wenn man diese Karte besitzt, diesen Platz besitzt (vorausbesitzt) -, nicht auch *gegenständlich* bestimmt?

realen und die Herstellung einer anderen Gesellschaftsform für den Sozialismus ein. Und ob dies noch ein Sozialismus wäre, wurde zur Frage.

## Die Suche nach dem „warenökonomischen Subjekt“

Wir dokumentieren die Debatte um „Ursache und Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus“ noch einmal, zunächst sowjetische Debatte, dann auch in Abstechern die deutsche der DDR, die ab Mitte der 60er Jahre der sowjetischen folgte, aber auch Eigenheiten gegenüber dieser aufweist. Wir erkennen in der Argumentation eine „aufsteigende“ Linie, d.h. sie durchläuft exakt vier Stationen.

1. Am Beginn steht die Frage des Eigentums resp. die *zweier Eigentumsformen*, die die Warenproduktion erforderlich machen. Das scheint auf den ersten Blick logisch und noch anzuknüpfen an die bekannte Marxsche Diktion, wonach Warenproduzenten dort erscheinen, wo besondere Eigentümer ihrer Arbeit erscheinen. Sie ist aber nicht allgemein, eben weil sie spezifisch ist: Nur Produkte, soweit sie vom Volkseigentum in das genossenschaftliche Eigentum wechseln – und umgekehrt –, sind Waren. In sich selber macht keine der beiden Eigentumsformen die Ware erforderlich, auf keinen Fall die volkseigene Eigentumsform. Damit fällt natürlich der *Hauptteil der ökonomischen Beziehungen*, wo jeweiliges Eigentum mit sich selber handelt oder sich ökonomisch aufeinander bezieht, aus dieser Definition des Charakters der Produktionsweise heraus, es müßte eine eigene, jeweils innere Definition gefunden werden, die sich natürlich anbietet – als gegensätzlich zur Warenform, also keine Warenproduktion mehr. Man hatte entweder den Gedanken der Warenproduktion überhaupt zu verlassen, oder mußte, wollte man dennoch an der Warenform festhalten, vom allgemeinen Eigentumsbezug zu einem anderen allgemeinen Bezug übergehen, über den die

Warenproduktion zukünftig zu begründen war. Man tat Letzteres. So erklärt sich der Wechsel vom Eigentums- zum Arbeitsbezug und zunächst

2. die höhere Konzentration auf das Argument bzw. den Bezug *Arbeitsteilung*, die ja laut Marx eine „allgemeine Existenzbedingung“ bei der Entstehung der Warenproduktion ist; mit diesem Schritt wird die Theorie aus Einseitigkeit, Reduktion und Gegensätzlichkeit, die der Eigentumsthese innewohnt, herausgehoben. Mit dieser Begründung stand die sowjetische Wissenschaft gewissermaßen „über den Kämpfen“. Arbeitsteilung ist allgemein, trifft auch auf das Innere jeweiliger Eigentumsform zu (auf das gemeinschaftliche in einem höheren Maße sogar als auf das genossenschaftliche), ist aber erst eine Art Umfeldargument, es stellt sich noch nicht – wieder (!), nach dem verlustig gegangenen privaten Subjekt – der Frage nach demjenigen *Subjekt*, das die Ware, den Wert, im Sozialismus, unter Bedingung des Volkseigentums zu einer Notwendigkeit erhebt. Arbeitsteilung ist kein Subjektbezug; Arbeitsteilung ist Gebrauchswertwechsel, und das kollidiert mit der Werttheorie an sich, da Gebrauchswertwechsel nicht Austausch ist; Gebrauchswerte müssen wechseln, gut und schön, aber warum unter der Bedingung einer Wertform für die Produkte?<sup>16</sup> Ohne einen Subjektbezug konnte die Theorie einer besonderen Warenproduktion im Sozialismus nicht zum Leben erweckt werden; Gründe *im Subjekt* also ... waren zu finden. Damit kam das von Marx aufgestellte *Leistungsprinzip* ins Spiel.

---

<sup>16</sup> Arbeitsteilung ist Moment der konkreten Arbeit, und Momente der konkreten Arbeit können bei der Frage nach der Ursache der Ökonomie der abstrakten Arbeit nicht herangezogen werden, da dies den grundsätzlichen methodologischen Fehler bedeutete, die Ökonomie der abstrakten Arbeit aus den Bedingungen und Umständen der konkreten Arbeit zu begründen, also die eine Seite der Arbeit aus der anderen Seite der Arbeit. Damit wäre die Warenökonomie verewigt, d.h. für alle Zeiten gültige Ökonomie. Denn die Vielfalt der konkreten Arbeit, die wir in der anderen Begrifflichkeit auch unter Arbeitsteilung subsumieren, ist ewige Bedingung der Arbeit an sich. Sie kann also nicht für eine *historische* Begründung von Produktionsweisen herangezogen werden, sie kann nur allgemeine Bedingung für Produktionsweisen sein, ohne eine konkret zu bedingen. Und von Produktionsverhältnissen, also äußeren Bedingungen für die Arbeit, brauchte dann überhaupt keine Rede mehr zu sein. Die Politische, also historische Betrachtung der Ökonomie, wäre in der Tat liquidiert.

3. Die Annäherung an ein ökonomisches Subjekt, welches im Sozialismus die Warenform, also Wertform des Produkts notwendig mache, erfolgt im dritten Argument, das die Frage der *materiellen Interessiertheit* aufwirft. Aus Gründen der Leistungsermittlung und des Vergleichs/Vergleichbarkeit der „ökonomischen Individuen“ (!?) sei der Wert als allgemeines und gesellschaftliches Maß für Leistung einzuführen, deshalb Ware. Diese Auffassung vom Leistungsprinzip im Sozialismus kollidiert aber mit dem Leistungsprinzip, wie es von Marx aufgestellt worden ist, denn das marxische Leistungsprinzip ist direkt auf das Individuum, aber nicht auf die Arbeit des Individuums bezogen; Marx berücksichtigt also bei seinem Gedanken, zunächst gelte im Sozialismus noch das „bürgerliche Prinzip“, der Arbeiter werde wie beim gewöhnlichen Warenproduzenten nach seiner geleisteten Arbeitszeit bezahlt, dass aber die Arbeit im Sozialismus in ihren gegenständlichen Resultaten bereits als eine im gemeinschaftlichen Eigentum geleistete Arbeit sei, er berücksichtigt bei seinem „sozialistischen Wertprinzip“ die kommunistische Bedingung. Arbeit ist gesellschaftliche Arbeit und nicht individuelle, die Individuumsbegründung muß ohne die Arbeitsbestimmung in gegenständlicher Form erfolgen, sie ist bürgerliche Form, aber ohne den bürgerlichen Hintergrund: das Privateigentum an der Arbeit. Sie kann also nur eine bürgerliche Bestimmung (Wertbestimmung) unter eben dieser kommunistischen Bedingung, des Gemeineigentums an der Arbeit sein. Die sowjetische Theorie von der besonderen sozialistischen Warenproduktion (und übrigens auch deutsche Theorie (der DDR)) übersieht diese Bedingung vornehm, indem sie nun – das Marxsche Leistungsprinzip *verlassend*, aber auch das Verhältnis des *Volkseigentums aufgebend* – eine Bindung der Arbeitszeit an die Arbeit postuliert; die Individuumsbestimmung der höheren Art erfolgte im Argument

4. der „relativen ökonomischen Selbstständigkeit der Betriebe“, zunächst: im Rahmen oder als Notwendigkeit der Planmäßigkeit der Produktion selbst.<sup>17</sup>

---

<sup>17</sup> Sofern als nähere Bestimmung der Arbeitsteilung resp. der konkreten Arbeit erkannt, ist nichts gegen dieses Argument, oder diesen Hinweis auf eine Besonderheit/Eigenständigkeit der Betriebe im Sozialismus zu sagen; er entspräche also dem Kommunismus, seiner Planwirtschaft; dazu gehört auch eine individuelle, eigenständige Zeitbestimmung der Arbeit für die Betriebe. Aber das ist nicht die Wertform der Zeit. Dass die arbeitszeitliche Bestimmung der Betriebe über die

Dann ausgedehnt auf den Kernpunkt: Äquivalenzprinzip als Bedingung der Selbstständigkeit der Betriebe. Die Argumentationslinie „Warum Ware?“ hat ihr Ziel erreicht: Es ist Volkseigentum, aber es „zerfällt“ oder gefällt sich in Betrieben, also Besonderheiten, Eigenheiten. Diese Besonderheiten, Eigenheiten bedürfen eines äußeren, allgemeinen Maßes<sup>18</sup> ihres *Arbeitsaufwandes*, *gesellschaftlicher Arbeitsaufwand muß individuellen Arbeitsaufwand messen*. Und deshalb Ware und Wertform. Es handelt sich aber beim Leistungsprinzip gar nicht um individuellen Arbeitsaufwand - weil gar nicht um individuelle Arbeit -, sondern um individuellen Aufwand, und zwar rein der zeitlichen Art. Wer anderes denkt, hat noch gar nicht über den Eigentumsbegriff des Kommunismus nachgedacht – oder will einen neuen. Von der neuen Eigentumsbedingung abzusehen, ist Bruch mit dem Kommunismus ab schon seiner ersten Phase, ist gegensätzliche Bestimmung zum Inhalt der ersten Phase des Kommunismus. Während Marx also eine Zeitbestimmung jenseits des Wertes bestimmte, führt die „höhere Form der Zeitbestimmung“ wieder zur Ware/Warenproduktion zurück.

Nun brauchte die „relative ökonomische Selbstständigkeit der Betriebe“ nur noch dem ökonomischen Recht nach durchgesetzt zu werden. Das war oder wurde natürlich zum Problem, weil die Planung der Produktion, die Planwirtschaft ein solches ökonomisches Recht der Betriebe schon bestimmt hatte; es war ein anderes. Es war zwar das einer ökonomischen Selbstständigkeit, aber bezogen auf Zuordnungen (von naturalen Produktionsbedingungen bzw. auch Geldfonds) aus der Gesamtarbeit bzw. aus

---

gesellschaftliche Wertform zu gehen habe, diese die individuell-betriebliche *überlagere*, ist das Problem und ist der Widerspruch.

<sup>18</sup> Maß ginge ja noch, aber was wäre ein Maß, an dem kein Recht hinge? Nach dem Maß soll doch verteilt, angeeignet werden. Umgekehrt: Wäre keine Aneignung mit dem Maß (dem so ermittelten Arbeitsaufwand) verbunden, wozu dann diese Zeit? Wozu durchschnittliche Zeiten, wenn unmittelbare zu ermitteln sind – und die noch dazu als Maß für Löhne auch gelten! Die also bekannt sind. Hier zeigt sich: Der Wert ohne Recht ist kein Wert. Man mußte oder die Debatte mußte wieder ein Recht an den Wert binden, d.h. eine Eigentums-Beziehung, eine Menge auf Anteil nach dem Wert oder einer Differenz im Wert bestimmen wie zum Maß erheben, damit die Wertdebatte im Sozialismus einen Sinn bekam.

einer gesellschaftlichen Gesamtkasse, nicht bezogen auf eine „eigene Arbeitsleistung“.

Das Ganze lief ab jetzt auf eine gesellschaftliche Kraftprobe hinaus, eine - Reform.

Hier aber tat sich die Theorie schwer, sie spaltete. Die Theorie bietet ab der zweiten Hälfte der 50er Jahre, als es darum ging, die „Enge“ der von Stalin vertretenen Auffassungen „zu überwinden“, ein verwirrendes Spiel, man findet sich kaum durch den Dschungel der Argumentation, der sich auftut, hindurch. Die ganze Theorie verwandelt in eine Befürwortung der Warenproduktion, aber es bilden sich zwei „Lager“. Das eine befürwortet mehr den Plan mit Ware, das andere mehr die Ware mit Plan. Das erste Lager verzichtet entweder auf die Kraftprobe – und dann bewies es, dass es dennoch der Planwirtschaft mehr verhaftet war, und sein eigener Aktivismus erschöpfte sich darin, dass es so tat, als hätte es ihr Ziel, die Warenform der Produkte, schon erreicht; es begnügte sich mit der bloßen Behauptung, der Sozialismus sei doch eine Warenproduktion, und dann wollte es auch *keine Korrektur der Praxis* (was es wollte war nur „immer bessere Übereinstimmung von Preis mit dem Wert“). Das andere Lager aber wagte die Kraftprobe, und dann forderte es die Reform: Eben die Selbstständigkeit der Betriebe, und zwar Selbstständigkeit auf Basis des Wertes, der Wert als Recht der betrieblichen Aneignung. Und das wäre das Ende der Planwirtschaft geworden – wenn das auch unausgesprochen blieb.

Wir gehen jetzt die einzelnen in der Sowjetunion erschienenen Lehrbücher zur Politischen Ökonomie des Sozialismus durch, und beginnen mit dem ersten, das 1954 editiert wurde und an dessen Ausrichtung noch Stalin maßgeblichen Anteil hatte, und das ihm in seiner Argumentation im Wesentlichen auch folgte. Der Spiritus Rector der Auffassung, nicht an sich Volkseigentum, aber ein Aufeinandertreffen von zwei Eigentumsformen, von Volkseigentum und genossenschaftlichem Eigentum im Sozialismus, mache die Warenform des Produkts notwendig, ist Stalin (siehe: „Ökonomische Probleme des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR“).

## Beginn mit Stalin: Begründung mit den „zwei Eigentumsformen“

Uns fällt als erstes die Überschrift zum entsprechenden Kapitel auf; sie lautet: „Die Warenproduktion, das Wertgesetz und das Geld im Sozialismus“.

Ware, Wert, Geld in dieser Allgemeinheit, in dieser Einheit? Das 1. Lehrbuch geht a priori in der thematischen Setzung (die zu klären es sich vornimmt) *schon sehr weit*.

Wir waren ja der Meinung, dass sich aus der realen Planwirtschaft nur die Frage nach dem Warum des Geldes im Sozialismus ergibt. Also hier, im 1. Lehrbuch, schon die Erweiterung nach der Ware und dem Wert, sogar als Gesetz! Es gab also nie den Zweifel an der Wertform des Geldes in der sowjetischen Wissenschaft.

Dann der erste Satz:

„Die Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus entspringt der Existenz der beiden Grundformen der sozialistischen Produktion: der staatlichen und der kollektivwirtschaftlichen Form“. (S. 501)

Mancher wird das für pingelig halten, aber: Gibt es *Grundformen der Produktion*, sozialistische? Woran erkennt man das? Ist sozialistisches Produzieren besonderes Produzieren? Ist das Besondere nicht vielmehr eine Frage der Produktionsverhältnisse? Also „Grundformen von Produktionsverhältnissen“? Man arbeitet in Verhältnissen, und diese sind gesellschaftlich, also historisch, also spezifisch bestimmbar. Die Arbeit so wie sie geht und steht, folgt mehr dem Ablauf der Produktivkräfte (würde ich denken). Produktivkräfte sind nicht unmittelbar Produktionsverhältnisse, sie erfordern diese, aber diese müssen erst da sein, um von Wirkung sein zu können. *Es kann zur Methode werden, statt Formen von Verhältnissen aus den Verhältnissen – und hier Eigentumsverhältnissen – selbst zu begründen, Verhältnisse aus den Sachprozessen der Produktion zu begründen.* (Der Satz hätte – egal ob das nun richtig ist oder nicht – heißen müssen: „Die Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus entspringt den beiden Grundformen von Eigentumsverhältnissen im Sozialismus: dem staatlichen

(volkseigenem gesamtgesellschaftlichen) Eigentum und dem kollektivwirtschaftlich-genossenschaftlichen“.<sup>19)</sup>

Weiter: „In den staatlichen Betrieben sind die Produktionsmittel und Produkte (!, J.) Volkseigentum. In den Kollektivwirtschaften sind die Produktionsmittel (Arbeits- und Nutzvieh, landwirtschaftliches Inventar, Wirtschaftsgebäude usw.) sowie die von den Kollektivwirtschaften erzeugten Produkte Gruppeneigentum [...] Da die Produkte der staatlichen Betriebe dem sozialistischen Staat, die kollektivwirtschaftlichen Produkte aber den Kollektivwirtschaften gehören, ist der Austausch durch Kauf und Verkauf die unerlässliche Form der wirtschaftlichen Verbindung zwischen Industrie und Landwirtschaft. Hier, wie bei jedem Kauf und Verkauf (*eigentlich Verkauf und Kauf, J.*), verliert der Warenbesitzer das Eigentumsrecht an der Ware, während der Käufer Eigentümer dieser Ware wird.“ (ebda.)

Dies ist die Geburtsstunde der warenförmigen Begründung durch die sowjetische ökonomische Wissenschaft – und sie ist *falsch*. Sie ist allgemeintheoretisch falsch, sie ist an sich warenökonomisch falsch, wird dieser Theorie nicht gerecht; sie ist nicht richtig Waren- und Werttheorie.

Sie ist zunächst planungstheoretisch falsch. Die sowjetische oder sozialistische (volkseigene) Wirtschaft will ja, dass ihre Produkte in den genossenschaftlichen Arbeitsprozess einfließen, der genossenschaftliche ist Teil eines gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozesses, und der auf das Volkseigentum fallende oder von diesem ausgehende Prozess ist erst vollendet, wenn er in den genossenschaftlichen ein- und übergeht. Im Gebrauchswert als Gegenstand der Planung und in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung – mit einem Wort: der konkreten Seite der Arbeit – existiert der Eigentumsgedanke nicht! Im Recht auf Planung der gesellschaftlichen Produktion als solcher ist eine Hoheit ausgesprochen, die bereits über dem Gedanken des Eigentums steht. D.h. unter dem Gesichtspunkt der Planung gibt es bereits kein Eigentum, und damit keine Formen des Eigentums mehr. Was beim Volkseigentum an sich klar sein sollte, gilt auch für die Genossenschaften. Der Gedanke der

---

<sup>19</sup> Eine Ergänzung hätte lauten müssen: „Sie stehen als sich selbstverwaltende Wirtschaftsteile gegenüber, d.h. sind ökonomisch eigenverantwortlich“. Und das hätte – nicht gestimmt.

Planung verbietet, von einem Negativum, also einem Eigentumsverlust oder Eigentumsübergang auszugehen, weil ja ohne diesen Übergang aus der einen in die andere „Eigentumsform“ das Ziel der Produktion, Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, nicht erreicht würde.

Sie ist Begründung mit dem Eigentumsrecht auf das Produkt; das geht verloren, indem es an einen anderen Eigentümer übergeht. Worauf ist demnach der Eigentumsgedanke orientiert? Auf die Gebrauchswertform. Denn allein diese „wechselt die Hände“ (Engels). Aber sie muß „durch Austausch übertragen werden“ (wieder Engels). Und was ist Austausch? *Erhalt, Behalt* der Wertform!

Es ist einfach nicht wahr, dass in der Warenproduktion die Eigentumsform, das Eigentumsrecht verloren geht und an einen anderen Besitzer, Eigentümer übergeht. Im Gegenteil, es bleibt beim Eigentümer, es wird erst ein Eigentum. In dieser Definition eines Eigentumsverlusts resp. einer Eigentumsübergabe ist die Warenform definiert unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsteilung, aber nicht unter dem Gesichtspunkt des Eigentums, wie er der Warenproduktion zukommt. Die Ware ist doch als ein Doppeltes definiert, also bitte, bleibt beim Doppelten, definiert das Andere auch im Doppelten. *Der Wert, den man sich durch Austausch – nämlich zur unmittelbaren Wertform, dem Geld – erst sichert, ist die Wahrnehmung eines Eigentumsrechtes.* Ihr habt die ganze Warentheorie nicht verstanden, liebe sowjetische Ökonomen. Wie soll ich denn sonst den Widerspruch der Warenproduktion von einerseits privater Produktion und andererseits gesellschaftlicher Produktion, von einerseits Wert und andererseits Gebrauchswert begründen. Was bedeuten mir denn diese Widersprüche, wenn ich nicht den Wert als das vom „Verkäufer“ Erhaltene, Gewollte, und den Gebrauchswert als das Weggegebene, nicht selber Gewollte darlege?

Der Doppelcharakter der Ware, auf den Marx in seiner Warentheorie aufmerksam macht, hat doch nicht nur Bedeutung für die Erkennung eines Widerspruchs in der Ware selbst, sondern hat doch die Bedeutung eines Widerspruchs in gesellschaftlicher Hinsicht. Es lassen sich jeweils vom Verhältnis her, einmal zur abstrakten Seite der Arbeit oder eben dem Wert, andermal zur konkreten Seite der Arbeit oder eben dem Gebrauchswert, zwei verschiedene Produktionsweisen oder gesellschaftliche Ordnungen herleiten; der abstrakte Bezug ergibt die privatförmige Warenproduktion und der Bezug

auf die konkrete Arbeit ergibt den gemeinnützigen Kommunismus. Einmal ist die Konsumtion ausgehend vom Produzenten bestimmt, dann erscheint die Konsumtion als eine der besonderen Art, nämlich der des Wertes, andermal die Produktion ausgehend vom Konsumenten bestimmt – dann erscheint die Produktion als eine der allgemeinen Art, nämlich der des Gebrauchswertes. Den Wert kann nur ein historisch besonderer Produzent wollen, sein historisches Recht ist immer nur ein besonderes, zeitlich befristetes in der Geschichte, den Gebrauchswert nur ein historisch allgemeiner Konsument wollen, sein historisches Recht ist ein allgemeines, zeitlich unbefristetes in der Geschichte. Deshalb existiert das warenförmige Privateigentum nur einmal und frei in der Geschichte, der Kommunismus zweimal bzw. immer in der Geschichte, einmal unfrei – eben in der „Epoche des Privateigentums“, andermal nur frei - in der *Epoche des Kommunismus*. Deshalb auch kann man sagen, dass der Kommunismus immer existiert, auch unter Bedingung des Privateigentums, weil immer Gebrauchswerte produziert werden müssen, das Privateigentum nur einmal, weil nur einmal Wert produziert werden muß! Jedes hat seine Aufgabe!

Die sowjetische Wissenschaft begründet die Warenproduktion, oder will sie begründen, mit dem Wechsel in der Verfügungsgewalt, dem Wechsel im Recht auf Eigentum am Produkt, aber sie legt das Eigentumsrecht falsch dar, indem sie es auf den Gebrauchswert legt. Austausch ist ihr, und das ist durchgehender Gedanke in der gesamten sowjetischen Theorie, Austausch dem Gebrauchswert nach.<sup>20</sup> Wir geraten an das Paradoxon, dass die sowjetische Ökonomie dort, wo sie von der Planung ausgeht, nicht erkennt, dass Planung ein Eigentum aufhebender Begriff ist, und dass sie dort, wo sie noch ein Eigentum erkennt

---

<sup>20</sup> Das ist ein frühbürgerliches, fast noch urgesellschaftliches Verständnis der Warenproduktion, oder einfach ein Verständnis der Arbeitsteilung, das auch mit dem entwickelten Kommunismus kompatibel ist. Das ist quasi kein Geldverständnis, aber ein Verständnis des Austausches als Produktaustausch – Korn gegen Beil. Die sowjetische Ökonomie ist in der Lage, Rußland widerzuspiegeln, aber noch nicht Marx. Sie hat Schwierigkeiten mit dem Verständnis der höheren Form der Warenproduktion, dem selbstständigen Heraustreten des Geldes aus dem Austausch noch als Produktaustausch – von der Kapitalisierung des Geldes ganz zu schweigen.

weil sie noch einen Warenproduzenten erkennen will, das Eigentum falsch darlegt – als Gebrauchswert statt als Wert.

Hat das Weiterungen für die folgende Theorie? Ich sehe eine vorab: Es ist der Staat als der Eigentümer der Produkte eingeführt, die Genossenschaft auch. Aber das Eigentum ist Volkseigentum, das genossenschaftliche das der Genossenschaftler. Wir werden später, in der Folge der Argumentation lesen: „Der Bereich der Warenproduktion und der Warenzirkulation beschränkt sich vor allem auf Gegenstände des persönlichen Bedarfs“. (S. 502) Und: „Der Wirkungsbereich des Wertgesetzes erstreckt sich im Sozialismus auf die Warenzirkulation, auf den Austausch der Waren (*was darunter zu verstehen, haben wir gelesen, J.*) – vor allen von Gegenständen des persönlichen Bedarfs.“ (S. 506)<sup>21</sup>

Aber die Träger des „persönlichen Bedarfs“ sind die Eigentümer des Volkseigentums, ein Eigentumswechsel kann also gar nicht entstehen, wenn das Volk nur seine Arbeit aneignet. Wir sehen hier, wie diese Ausdehnung der Argumentation von der Notwendigkeit der Ware auf alle Produkte der individuellen Konsumtion nicht fragwürdig ist wegen ihrer

---

<sup>21</sup> Und noch später, in der stark überarbeiteten 4. Auflage desselben Lehrbuches – de facto einer Neufassung -, lesen wir direkt (ich greife hier voraus): „Die Arbeiter und Angestellten erhalten für ihre Arbeit vom Staat einen Geldlohn, den sie durch den Kauf von Konsumgütern in staatlichen und genossenschaftlichen Handelsbetrieben oder auf dem kollektivwirtschaftlichen Markt realisieren. Hier verliert der Verkäufer (*also der Staat, J.*) das Eigentumsrecht an der Ware, während der Käufer (*also der so genannte Mensch, Werktätige oder Konsument seiner Arbeit, J.*) Eigentümer dieser Ware wird; die Waren gehen aus dem staatlichen beziehungsweise dem genossenschaftlichen Eigentum oder auch aus dem persönlichen Eigentum der Kollektivbauern in das persönliche Eigentum der Arbeiter und Angestellten über (*nicht Arbeit ist eigentumsbildend im Sozialismus, sondern – Kauf?, J.*)“ (Lehrbuch, 4. Auflage, russisch 1962, deutsch 1965, S. 539). – Es gibt also drei Eigentumsformen; zu den beiden schon genannten gesellt sich noch das „persönliche Eigentum“. Eigentum wird nicht mehr nur für Menschen, für Produzenten, im Verhältnis zu den stofflichen Trägern der Produktion bestimmt, sondern auch nach Konsumenten. Wir kommen zu der irren Formulierung vom Staat als Eigentümer, was den Gegensatz des Volkseigentums zum Volk, wie er später, nach 1989, ausgesprochen wurde, geradezu provoziert.

Allgemeingültigkeit, aber eben die ausgängliche Begründung, Eigentümerwechsel, in Frage stellt. Es findet ja keiner statt – und dennoch Ware? Wir kommen darauf noch zurück.

Aber zunächst ist das Argument Eigentumsformen im Sozialismus, Eigentümerwechsel im Sozialismus in die Debatte geworfen. Ist das an sich ein logisches, richtiges Argument, begründen Formen des Eigentums im Sozialismus die Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus, sind sie seine Ursache? Nein, denn schon vom Begriff her verbietet es sich, das Volkseigentum als Eigentum zu definieren; Volkseigentum ist der aufgehobene Eigentumsbegriff. Eigentum unterstellt eine Individual- oder Personenbeziehung, es sind Individuen als besondere von anderen Individuen als besonderen – in Bezug auf die Arbeit und den Arbeitsprozess, deren gegenständliche Elemente – unterschieden. Und Volkseigentum heißt eben, dass dieser Unterschied erloschen, aufgehoben ist. Aber wie das Eigentum eine besondere Form der ökonomischen Kommunikation, unterstellt das Volks- oder gemeinsame „Eigentum“ auch eine Form der ökonomischen Kommunikation. Dieser Unterschied ist herauszuarbeiten, damit er verstanden werden kann. Ohne ihn aber herauszuarbeiten zu behaupten, die eine wie die andere Form des Eigentums, der eine wie der andere Pol der Gesellschaftlichkeit verlange dieselbe Form des gegenseitigen Kommunizierens, muß mindestens den Begriff des Volkseigentums entwerfen – was wir dann in der Realität ja auch erleben -, hebt aber im Grunde die gesamte Theorie der bisherigen Ökonomie aus den Angeln, d.h. entwertet jede bisherige Erkenntnis. Die Ware ist nicht mehr eindeutig dem Privateigentum zuzuordnen, das Volkseigentum nicht mehr eindeutig der Planwirtschaft oder einer Ökonomie auf Basis des Gebrauchswertes. Eine Form, die Ware, ist mit allem und jedem zu „begründen“. Die Eigentumsform als Begründung entfällt im Grunde durch die *Vielzahl und die Gleichrangigkeit der Begründungen* absolut. Sowjetisch-russischer Wirrwarr.

Das Argument von der Notwendigkeit der Warenform **zwischen** den beiden Eigentumsformen im Sozialismus, dem Volkseigentum und dem genossenschaftlichen Eigentum, findet im 1. Lehrbuch ja noch eine Ergänzung; diese stellt die *innere* Beziehung im jeweiligen Eigentum klar:

„Die im staatlichen Sektor erzeugten Produktionsmittel – Maschinen, Werkzeugmaschinen, Metall, Kohle, Erdöl – werden auf die staatlichen (*sagen*

*wir richtiger: volkseigenen, J.) Betriebe verteilt. In den Volkswirtschaftsplänen werden jedem Betrieb die seinem Produktionsprogramm entsprechenden materiellen Fonds zugewiesen. Diese Fonds werden von den Erzeugerbetrieben an die Verbraucherbetriebe (!, Erzeuger an Verbraucher, eine konkrete Beziehung, J.) auf Grund der zwischen ihnen abgeschlossenen Verträge geliefert. Beim Übergang von Produktionsmitteln (Achtung, nicht Austausch, nicht „Kauf und Verkauf“, sondern Übergang, J.) an einen Betrieb behält der sozialistische Staat (sagen wir besser Volk, Volkseigentümer, J.) das volle Eigentumsrecht an diesen Produktionsmitteln. [...] Die Produktionsmittel, die innerhalb des Landes auf die staatlichen Betriebe verteilt werden, sind ihrem Wesen nach keine Waren...“.* (S. 502/03)

Mit anderen Worten: Das andere ökonomische Verkehrsprinzip, worin Warenökonomie und Gebrauchswertökonomie oder Privateigentum und Volkseigentum klar gegenübergestellt sind, ist der sowjetischen Wissenschaft durchaus bekannt!

Mit anderen Worten. Das Volkseigentum verhält sich (ökonomisch, im Händewechsel ihrer Gebrauchswerte/Produkte) untereinander nicht mehr als Warenproduktion; Volkseigentum, Sozialismus soweit Volkseigentum, ist keine Warenproduktion mehr, hat mit der bürgerlichen Produktionsweise gebrochen, muß gesellschaftlich, historisch anders, als Gegensatz zur Warenökonomie eingeordnet werden. Eine – Revolution!

Warum?

Weil innerhalb des Volkseigentums kein Eigentümerwechsel mehr stattfindet.

Kein Eigentumswechsel mehr! Die Logik dieser Argumentation – Ware dort, wo Eigentumswechsel – ist, dass, wenn kein Eigentumswechsel stattfindet, keine Waren mehr produziert werden. Bitte.<sup>22</sup> Seit dem 37. Jahr der

---

<sup>22</sup> Die sowjetische Theorie hatte sich damit selbst ein Bein gestellt, sie war - in die Falle ihrer eigenen Theorie gelaufen. Keine Ware mehr innerhalb des Eigentums, Ware aber nach außen, zu einem anderen Eigentum, das klingt wie die urwüchsige Verkehrsformel zweier Urgemeinschaften, die einander mit überschüssigen Produkten in Berührung treten. Aber im höheren Kommunismus sind eben diese beiden „Urgemeinschaften“ per Plan ökonomisch einander verbunden, man erkennt den ganzen Widersinn eines

Sowjetunion existiert dieser Satz in der sowjetischen Wissenschaft, und warum hat er dennoch nicht zu dem offen geäußerten Bewußtsein geführt, dass der Sozialismus *keine Warenproduktion* mehr ist?

Andererseits: Aber die Produkte wechseln doch – als Gebrauchswerte. Sie können also als Gebrauchswerte wechseln, ohne Waren zu sein? Man ist an diesem Punkt herausgefordert und kann eine zweite Frage stellen, nämlich die, ob das – *ein Händewechsel der Produkte als Gebrauchswerte bei keinem Eigentumswechsel mehr* - nicht schon das kommunistische Verhältnis, also den *Gegensatz* zur bürgerlichen Produktionsweise, der Warenproduktion impliziert?

Warum ist eigentlich nicht diese Erkenntnis in den Mittelpunkt der sowjetischen ökonomischen Wissenschaft gestellt worden? Sie hatte den neuralgischen Punkt ihrer Geschichte erreicht, sie hatte sich auf *neue Weise allgemein bestimmt*, und brauchte in ihrem weiteren Verlauf nur noch die neue allgemeine Bestimmung der Form nach vollenden, zu Ende führen (d.h. in Bezug auf die Genossenschaften vollenden, durch deren Entwicklung).

## Die Begründung mit der „Bewertung der Arbeit durch Geld“

Aber dann die andere Aussage: Sie werden, obwohl keine Waren mehr, „in Geld bewertet“, und das „ist notwendig für die Rechnungslegung und die Kalkulation“. Was bedeutet „Bewertung in Geld“? Das ist nun die Frage.

Das erste sowjetische Lehrbuch lässt darüber keinen Zweifel.

„Die Produkte, die in der sozialistischen Gesellschaft als Waren erzeugt und realisiert werden, haben sowohl einen durch konkrete Arbeit geschaffenen *Gebrauchswert* als auch einen durch abstrakte Arbeit geschaffenen *Wert*. Mit anderen Worten, im Sozialismus hat die Ware einen zwieschlächtigen

---

ökonomischen Spagats (im Denken): *Wir haben die Einheit der Produktion*, „aber wir müssen doch die Ware begründen“. Warum müssen wir?

Charakter, der sich aus dem Doppelcharakter der Arbeit ergibt<sup>23</sup>, die die Ware erzeugt“ (S. 503)

Mal abgesehen davon, dass es nicht der Doppelcharakter der Arbeit ist, der die Ware erzeugt, sondern es eher wohl die Ware ist, die uns etwas über den Doppelcharakter der Arbeit sagt: Gilt, was das Lehrbuch da verkündet, nur für die Produkte, die sie als Waren aufgespürt hat, also im Wesentlichen für „Gegenstände des persönlichen Bedarfs“, oder gilt das auch für Produktionsmittel, die keine Waren sind, obwohl sie „in Geld bewertet werden“? Heißt also „in Geld bewertet werden“, dass sie doch Waren sind, doch die Wertform besitzen? Dann sind nämlich ausnahmslos alle Produkte Waren, egal aus welcher Eigentumsform sie stammen, ob sie Produktionsmittel oder Konsumtionsmittel sind, egal wohin sie geliefert, Pardon: verteilt werden.

Das erste sowjetische Lehrbuch definiert nicht durchgehend einheitlich – einerseits, aber letztlich doch nach einem Stiefel. Man kann sich nun also aussuchen: Die Eigentumsform zugrunde gelegt, teilt sich die sozialistische Produktenwelt in Ware und Nichtware, die Geldform zugrunde gelegt,

---

<sup>23</sup> In der sowjetischen Theorie gibt es aber noch den Gedanken vom Doppelcharakter der Arbeit *der* Arbeit (!), die Waren erzeugt, mit anderen Worten, sie unterstellt nur von der (spezifisch gesellschaftlichen) warenproduzierenden Arbeit, dass in ihr die Arbeit doppelten Charakter besitzt. Zweimal Arbeit also. Wir sollten uns auf dieses „verzwickte“ Argument nicht erst einlassen, indem wir einfach sagen, dass mit Waren produzierender Arbeit eben die Arbeit des spezifischen Privateigentümers gemeint ist, der unter dem Aspekt des Gebrauchswertes „für andere“ produziert, der sich als Eigentümer aber auf das Eigentum an seiner Wertbildung orientiert und aus diesem Grund zur abstrakten Seite im Doppelcharakter der Arbeit – der an sich immer existiert – als *sein (sein!)* *gesellschaftliches Verhältnis bezieht*. Es ist in diesem Sinne deshalb falsch, von der abstrakten Arbeit als einer Eigenschaft nur der warenproduzierenden Arbeit oder Warenproduktion zu sprechen. Ebenso wie sich die Produktion dem Gebrauchswert nach von der Warenproduktion abkoppeln lässt, lässt sich die abstrakte Seite der Arbeit von der Warenproduktion abkoppeln, liebe sowjetische Wissenschaftler.

partizipiert sie einheitlich an der Wertform. Was gilt nun? Beides? Das kann nicht sein, das wäre ein sich selbst ausschließender Gegensatz.

Wir wählen, weil sie von der allgemeineren Form kündigt, die Geldform. Weil alle Produkte in Geld ausgedrückt sind und sie damit „zwieschlächtig sind, Gebrauchswert und Wert“, demnach dem Begriff der Ware entsprechen, sind alle Produkte in einer sozialistischen Produktionsweise, egal wie diese noch in Formen des Eigentums unterschieden sein mag, Waren. Während die Zurückführung der Frage (Ware – Nichtware) auf das Eigentum die Theorie reduziert, die Theorie zu besonderen bis gegensätzlichen Aussagen zwingt, führt die Zurückführung auf die Geldform die Theorie über das Eigentum hinaus, zur Verallgemeinerung, Einheitlichkeit voran.<sup>24</sup>

In der Tat arbeitet das erste Ökonomie-Lehrbuch der Sowjetunion bereits mit einem inneren argumentativen Gegensatz, oder unterschiedlichen theoretischen Ansatz. Sie führt für das Zwischenverhältnis von volkseigenen Betrieben und genossenschaftlichen Betrieben die Warenform ein (oder konserviert sie) und hebt sie für deren innerökonomisches Verhältnis auf. Führt uns das eine/erste Argument nun (absolut) zur Ware hin? Und das andere/zweite (relativ) von der Ware weg? Die Theorie schien das Erstere zu glauben. Und zwar deshalb, weil sie zusätzlich, über die Eigentumsthese hinaus, ja noch das Argument von der Notwendigkeit der allgemeinen „Bewertung der Güter/Arbeit in der Geldform“ postulierte. Bereits in ihrem ersten Ansatz (einer „geschlossenen ökonomischen Lehre vom Sozialismus“) ist die sowjetische Wissenschaft keineswegs auf die Eigentumsthese reduziert. Zu dieser tritt die allgemeine Erscheinung des Gelderhalts hinzu – und nun deren Erklärung.

---

<sup>24</sup> Wir erkennen hieran die zentrale Bedeutung einer richtigen Theorie des Geldes in der ersten Phase des Kommunismus; sie ist wichtiger als die der Ware. Denn Geld und Preis gibt es, ob vom Wert beherrscht, das eben war die Frage. Lässt sich das Geld von der Wertform (Tauschwertform) trennen, d.h. in einer anderen Bestimmung als der erklären, dem Wert eine gegenständliche Erscheinung zu sein, ist die Ware gestorben. Die ganze Theorie vom Sozialismus als einer Warenproduktion lebt nur von der fortgesetzten Existenz des Geldes im Kommunismus, sie endet also mit einer Umbestimmung des Geldes im Kommunismus. Und das muß eine Umbestimmung der Praxis nach sein, das ist klar.

Ein innerer Widerspruch ist nicht ersichtlich, es sei denn, uns passiert mit der allgemeineren Form auch ein „Malheur“! Nämlich, dass die Geldform gerade vom Gegenteil kündigt. Nicht nur die Produktionsmittel werden, wie wir vom Volkseigentum erfahren haben, „verteilt auf die Betriebe“, sondern alle Produkte werden verteilt, *die Geldform deshalb auch*; die Verteilung der Geldform ist die vorangehende Form der Verteilung vor der Form der Aneignung der Gebrauchswerte. Sie geht dieser voran, um dieser zu entsprechen. Hier ist in der Identität der Verteilung des Geldes und der Verteilung der Gebrauchswerte bereits angekündigt, dass eine höhere Form des Kommunismus auf eine der beiden Formen verzichten kann, weil sie sich über beide realisiert.

Wie den Beweis antreten, was denn nun richtig ist? Ich würde sagen: Indem man prüft/überprüft, ob die Geldform (Geldmenge, zu der verkauft wird) wechselt wie die Verhältnisse der abstrakten Seite in der Arbeit wechseln, denn worauf bezieht sich die Wertform? Doch auf diese Arbeitsseite der Abstraktion von der konkreten, und deshalb deren Wechsel; es gibt keine abstrakte Arbeit ohne deren Wechsel der Größe nach. *Und es gibt kein Verhältnis zur abstrakten Arbeit, ohne Verhältnis zu den Wechseln ihrer Größe, ihrer zeitlichen Dauer.* Andere Wertmengen müssen andere Geldmengen werden, oder es stimmt etwas nicht in unserem Verhältnis. Wenn aber keine Wechsel, nie Wechsel, ja, dann ... stagniert wohl die Arbeit in ihren produktiven Verhältnissen?

Oder das Geld reagiert nicht mehr auf den Wert, und dann ist das Produkt keine Ware mehr. Denn eine Ware ohne Wert, ohne sichtbare Bewegung des quantitativen Verhältnisses zum Geld, ist keine Ware.<sup>25</sup> Sie wäre zwar eine merkwürdige ... Nichtware, denn warum, wenn der Wert nicht mehr ausgedrückt wird, noch die Geldform? Es sei, es gibt eine andere Erklärung/Begründung für die Notwendigkeit einer Geldform als die des Wertes – was zu überprüfen, zu beweisen wäre.

---

<sup>25</sup> Unter Bedingung noch der Geldform gibt es keinen anderen Beweis dafür, dass die Produkte im Sozialismus oder in einer Planwirtschaft keine Waren mehr sind, als den des Ausschlusses der Wertveränderung aus dem Verhältnis zu Geldmengen. Nur wenn man sich auf eine Praxis beziehen kann, kann man in der Theorie Recht haben oder zugesprochen bekommen.

Zu sagen: Weil Geld, deshalb die Wertform, also ausgehend von der Geldform die Wertform zu begründen, halte ich für abwegig, weil damit eine nicht durch den Wert regulierte Gesellschaft mit einer durch den Wert regulierten gleichgesetzt würde. Die Theorie fiel auf eine Erscheinung herein. Eine Gesellschaft der Erscheinung würde mit einer Gesellschaft des Wesens gleichgesetzt. Geld gleich Wert heißt das ja. Es brauchte gar keiner Waren- und Werttheorie, ist damit gesagt, „Geld hat eine Geltung, Wertgeltung“ (wie es in der neueren deutschen Marx-Kritik heißt). Vom Warenfetischismus zur Fetischtheorie.

Man muß in der Geschichte auch die Überraschung gelten lassen: die Geldform ohne die Wertform – wenn sie denn gilt.

Ich resümiere: Die Begründung der Warenproduktion mit dem Eigentumswechsel (zwei Eigentumsformen) im Sozialismus war fragwürdig, obwohl sie eine letzte Konzession an das Marxsche Theorem war, dass „nur Produkte selbständiger und voneinander unabhängiger Privatarbeiten einander als Waren gegenüberreten“ (Kapital Band I, S. 57). Sie arbeitet mit einem Ausschluß: Einerseits Waren – nach außen, in das andere Eigentum hinein, andererseits nicht Waren - nach innen, in das eigene Eigentum hinein, trotz ausgedehntesten Güterwechsels, aber beide mit einer allgemeinen gleichen Geldform versehen; und die fand ihre Erklärung in einem Geld, das als die Tauschwerterscheinung des Wertes der Waren „erkannt“ worden war (d.h. das war einfach ein Rückgriff auf die alte, bekannte (marxsche) Theorie, überhaupt keine Analyse). Die These von der Allgemeinheit der Geldform, also auch der Produktionsmittel, und der Geldform selbst als noch immer der Wertform, schloss die These von der Nichtwarenform der Produktionsmittel aus – es sei denn, die Theorie hätte den Gegensatz, der bei der Eigentumsform gefunden, beim Geld fortgesetzt. Weil kein Eigentümerwechsel mehr, deshalb keine Ware mehr; weil das Geld *nicht mehr* die Erscheinung des Tauschwertes der Warenwerte, auch deshalb sind die Produkte keine Waren im Sozialismus mehr – und nunmehr allgemeinbegründet: statt nur mehr mit dem Eigentum nun auch mit der allgemeinen – neuen, besonderen - Geldform begründet. Der Gegensatz, der schon erkannt (Volkseigentum = ohne Ware) wäre verallgemeinert worden (Geld = kein Tauschwert mehr): Nichts ist im Sozialismus mehr Ware. Die Konsequenz aus der allgemeinen Geldform Nichtwert wäre die gewesen, auch das durch die Genossenschaften produzierte

Geld aus der Wertform herauszunehmen, mit anderen Worten: auch die Genossenschaften im planwirtschaftlichen Sozialismus wären keine Warenproduzenten mehr, wie ihr Verhalten zum Geld, das ein gleiches wie das der volkseigenen Betriebe war, beweist!

Die Voraussetzung zu dieser Erkenntnis wäre gewesen, dass sich die sowjetische sozialistische theoretische Ökonomie des neuen Mechanismus im Preis- und Geldwesen im Sozialismus bewußt geworden wäre, sie in den Mittelpunkt ihrer theoretischen Analysen gestellt hätte. Also nicht: Weil Geld und Preisform des Geldes, deshalb *noch* Ware, sondern weil Fondsform/Gebrauchswertbindung des Geldes und Festpreisform des Preises, deshalb *keine* Ware mehr.

Maßgeblich für den weiteren Verlauf der sowjetischen Theorie wurde, wie sie sich aus der „Sackgasse“ löste: Sie verallgemeinerte ... das sieht erst mal gut aus. Aber was? Den revolutionären Ansatz, wenn nicht mehr Produkte (Produktionsmittel) als Waren, dann auch nicht mehr das Geld als Ware?

Nun, sie verallgemeinerte - den anderen Ansatz: Auch die Produktionsmittel, die innerhalb des Volkseigentums zirkulieren und realisiert werden, sind Waren („haben doch auch sie die allgemeine bekannte Geld-gleich-Wertform“).<sup>26</sup> Aber damit war das Argument, das Eigentum begründe die Eigentumsform, *passée*. Es wurde noch angewendet (in den weiteren Publikationen), aber verlor seine maßgebliche Bedeutung, seine Bedeutung als eine Theorie begründend. Die Theorie ging zur Begründung der Warenproduktion im Sozialismus *aus dem Volkseigentum selbst* über. Genauer noch: Weil den neuen Bewegungsformen des Geldes und der Preise keine Bedeutung beigemessen wurde, weil nicht erkannt wurde, dass diese neuen Bewegungsformen sich nur aus dem Volks- oder allgemeinen Eigentum zur Arbeit erklären lassen, war das Geldargument ebensogut wie ein Privateigentum auszuschlachten für eine

---

<sup>26</sup> Doch man kann es drehen und wenden wie man will: Ausgehend vom Geld kommt man nur zur einheitlichen Verhaltensweise, auch Genossenschaften senken/verändern im Sozialismus nicht die Preise ihrer „Waren“, wenn deren Werte sinken/verändern, ergo sind Genossenschaften, ginge man vom Geldverhalten aus ... volkseigene Betriebe, und damit keine Warenproduzenten mehr. Dies nur über Konsequenz.

Begründung der Warenproduktion. Das Geld ist ja geblieben, also: Volkseigentum und Geld sind kompatibel, und Geld ist ... Wertform, also das Produkt von ... Warenform, ergo: Volkseigentum und Warenproduktion sind kompatibel. Das Neue war nicht das Geld in seiner *Form*, sondern in seiner *Bewegung*, seiner neuen *Mengen- und Aneignungsbestimmung*<sup>27</sup>, und dito die Preise.

Vom Geld nahm die sowjetische Wissenschaft einfach an, dass es ein Geld sei wie eh und je. Das Geld im Sozialismus wurde (immer) klassisch begründet, so wie es Marx für die Warenproduktion, für den Kapitalismus begründet hatte.

## Beginn der Kritik an Stalin: Begründung aus dem „Volkseigentum selbst“

### a) Besonderheiten im Volkseigentum

Die sowjetische Lehre begründete diesen Übergang zur „höheren Stufe ihrer Entwicklung“, d.h. vom inneren Gegensatz – oder einem inneren Widerspruch, einer inneren Unschlüssigkeit in den „Stalinschen Dogmen - zur inneren Einheit, mit a) dem *staatlichen Eigentum*, also Volkseigentum, aber Besonderheiten dieses Volkseigentums, b) der *Einheit der Volkswirtschaft*,

---

<sup>27</sup> Ich will unermüdlich in meinen Wiederholungen sein: Geld wird angeeignet nicht in der Bestimmung der Produktion, des Produzenten, sondern der Konsumtion, des Konsumenten. Wo also auch die Produktion (!) konsumiert, eignet sie Geld an – wie das verbrauchende Individuum. Im Kommunismus werden ökonomische Rechte unter dem Gesichtspunkt der Konsumtion bestimmt. Insofern ist auch immer die Produktion bedacht, nicht nur das Individuum außerhalb der Produktion.

diese erlaube wohl nicht den Gegensatz von Ware-Nichtware; es heißt nunmehr, 8 Jahre später<sup>28</sup>, dass auch die Produktionsmittel Waren sind. Die bei Stalin oder 1954 noch negativ beantwortete Frage ist nun keine Frage mehr:

„Der Warencharakter der innerhalb des staatlichen Sektors zirkulierenden Produktionsmittel erklärt sich: 1. durch den Charakter des staatlichen Eigentums im Stadium des Sozialismus (*!, Achtung, ‚im Sozialismus‘, das deutet auf einen besonderen Charakter des Volkseigentums hin, auf mindestens zwei Stufen/Formen, J.*) und 2. durch die Einheitlichkeit der Volkswirtschaft.“ (S. 538)

Rekapituliere: Erstes Lehrbuch/Stalin stellt nur Volkseigentum und Kollektiveigentum gegenüber, aber erkennt keinen Unterschied oder keine Besonderheit im Volkseigentum selbst; jetzt ist eine Besonderheit im Volkseigentum unterstellt – und zugleich eine Einheit in der Volkswirtschaft (die worauf beruht?) und die die Warenform des Produkts notwendig macht. Wir kriegen also eine Aufgabe, Besonderheit und Einheit aufzuspüren.<sup>29</sup>

Einen Satz weiter, Bekräftigung:

„Der Warencharakter der Produktionsmittel ergibt sich aus den Besonderheiten (*hier erstmals Besonderheiten, J.*) und den Entwicklungsbedürfnissen (*!, J.*), die dem staatlichen Eigentum selbst im Stadium des Sozialismus innewohnen.“ (ebda.)

Aus Gründen von Entwicklungsbedürfnissen des Volkseigentums – Warenproduktion? Bedürfnis des Volkes auf Ware? Das ist ganz neu.

---

<sup>28</sup> In: Überarbeitetes Lehrbuch, 4. Auflage, Moskau 1962, Berlin 1965, Zitate aus der Berliner Ausgabe).

<sup>29</sup> Ich möchte an diesem Punkt darauf aufmerksam machen, dass ich im Grunde das Streben der sowjetischen Wissenschaft nach Einheitlichkeit und Schlüssigkeit ihrer Argumentation für richtig und notwendig halte, es muß aber dem richtigen Zweck dienen und nicht dem falschen. Die Einheitlichkeit und Schlüssigkeit ist notwendig für den Kommunismus, nicht die bürgerliche Richtung. Eine Dialektik beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus hat immer zwei Seiten, aber nur eine Seite, in die die Gesellschaft gedrängt werden soll; dafür war doch der ganze Kampf.

Aber ich hatte etwas vorausgegriffen, wir müssen uns noch einmal der Eröffnung des entsprechenden Kapitels zuwenden, es verblüfft den mit dem ersten Text (von 1954) vertrauten Leser doch erheblich. Ein ganz anderes Herangehen, worin sich die marxistische Werttheorie an sich herausgefordert fühlen muß.

### b) Besonderheit Arbeitsteilung

Erster Satz, entsprechendes Kapitel („Warenproduktion, Wert und Geld im Sozialismus/Die Notwendigkeit der Warenproduktion“):

„Die sozialistische Revolution trifft auf ein im Schoße des Kapitalismus entstandenes entwickeltes System von Ware-Geld-Beziehungen (*das sollte geschenkt sein, weil es keine Frage für den Sozialismus beantwortet, J.*), die auf einer weitgehenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung (*sic, J.*) und dem Privateigentum (*„und“ ist köstlich, J.*) an den Produktionsmitteln und den Arbeitsprodukten beruht.“ (S. 535)

Nun, wir kennen andere Definitionen, worauf die kapitalistische Warenproduktion beruht. Aber: Die *Arbeitsteilung* ist mit ins Gefecht geworfen.

„Die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist eine notwendige Voraussetzung für die Warenproduktion. Ohne gesellschaftliche Arbeitsteilung ist die Warenproduktion unmöglich, obgleich (!, J.) die gesellschaftliche Arbeitsteilung früher als die Warenproduktion entstanden ist und auch im höheren Stadium des Kommunismus bestehen wird, in dem die Warenproduktion allmählich (!, J.) verschwinden wird.“

Dann:

„Die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist also die allgemeine Grundlage der Warenproduktion, die ihre (!, J.) Bedeutung behält, solange es überhaupt eine Warenproduktion gibt.“ (ebda.)

Also ihre Bedeutung behält, Grundlage der Warenproduktion zu sein. In der Lehrbuch-Ausgabe 1 hatten wir bekanntlich mit dem Eigentum angefangen, und auch Marx hatte so angefangen (zu begründen). Was soll das, jetzt die Arbeitsteilung als Grundlage an- und einzuführen? Wenn sie nicht Ursache ist, wenn sie nicht die Notwendigkeit der Ware begründet, macht es bei der Frage

nach der Ursache keinen Sinn, sie als erstes anzuführen. Marx sprach von allgemeiner Existenzbedingung. Und warum? Weil er auf einen Gegensatz der Ware, eines privaten Produkts, eines Produkts der Privatheit bzw. des Eigentums am Produkt aufmerksam machen wollte: Der produzierende Privatier muß gesellschaftlich, für andere (als sich) produzieren, er befindet sich mit seiner eigenen Anforderung, für sich zu produzieren, in einem Gegensatz zu der anderen Existenzbedingung seines Produzierens, also gesellschaftlich zu produzieren. Sinn macht die Hervorhebung der Arbeitsteilung daher nur, wenn man sie als den beginnenden Widerspruch zur Warenproduktion anführt. Wir machen damit von vornherein darauf aufmerksam, dass es sich bei der Warenproduktion um eine Produktionsweise mit historisch begrenzter Existenzdauer handelt. Mitschwingende Frage muß immer sein, ob sich nicht aus der Entwicklung der Arbeitsteilung Bedingungen ergeben, die aktiv auf das Beenden der Warenproduktion einwirken. Usw. Die sowjetische Fragestellung (auch noch Grundlage) ist viel zu neutral, viel zu passiv für den Sozialismus, die erste Periode des Kommunismus, in der wir in die ökonomische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Gesellschaft dem Verhältnis nach eintreten; für den Kommunismus sowieso, wo dieser Kampf bereits ein Ende der Form nach gefunden hat (sonst ja kein vollendeter Kommunismus – seinem Verhältnis zum bürgerlichen Verhältnis nach<sup>30</sup>).

Aber die sowjetische Wissenschaft wollte ja aus der Enge der anfänglichen Argumentation, Eigentum, heraus; sie sucht nach allgemeineren Begründungen, *der* allgemeinen an sich, deshalb der Rückgriff resp. halbe Fehlgriff auf die Arbeitsteilung. Die Arbeitsteilung, weil unter der Rubrik Notwendigkeit behandelt, erfährt in der 62er Ausgabe eine Überbewertung. Warum? Man kann vom Volkseigentum natürlich sagen, dass es im Stadium des Sozialismus Besonderheiten aufweist, und wegen dieser Besonderheiten die Warenform verlangt, aber das ist eben nur behauptet; man muß schon handfestere Gründe anführen, um sich zu beweisen; und die sind, wenn das Eigentum eigentlich nichts mehr hergibt, in der Arbeit im Rahmen des Eigentums zu finden; das erste, was der Wissenschaft hier einfällt, ist die Arbeitsteilung. Weiteres wird/würde dann schon folgen.

---

<sup>30</sup> Einem anderen Gesichtspunkt nach mag Kommunismus nie vollendet sein.

Weiter: „Neben der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ist das Vorhandensein bestimmter Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln und an den Arbeitsprodukten (*Referenz an Stalin/Lehrbuch I, J.*) eine notwendige Voraussetzung für die Existenz der Warenproduktion. Ursprünglich entstanden die Warenbeziehungen bekanntlich durch die Arbeitsteilung auf der Grundlage (!, *J.*) des urgemeinschaftlichen Eigentums<sup>31</sup>, doch haben sie sich erst in den vorsozialistischen Gesellschaftsformationen auf der Grundlage des Privateigentums (*alles nur Grundlage und Voraussetzung, nichts Ursache, J.*) weiterentwickelt“ (S. 535/536).

Ein bisschen Hin und Her mit den Begriffen.

Stieg die Arbeitsteilung zur Grundlage auf (bei Marx nur Bedingung, und zwar äußere (!) zur Ursache), so schrumpft hier das Eigentum zu einer Voraussetzung. Warenbeziehungen „entstanden bekanntlich (*bekanntlich?, J.*) durch Arbeitsteilung“, aber auf der Grundlage (!) des „urgemeinschaftlichen Eigentums“ – von dem man allerdings (und jetzt wirklich bekanntlich) gar nicht sprechen kann. Wäre das urgemeinschaftliche Eigentum Grundlage für den Beginn der Warenproduktion, dann wäre ein Eigentum Voraussetzung des Eigentums. Was aber gar nicht geht, denn das urgemeinschaftliche ist noch gar kein Eigentum, sondern dessen Gegenteil: Kein Eigentum. Eine allgemein aneignende und verteilende Gesellschaft kann gar keinen Eigentumsbegriff entwickeln. Man könnte ja sonst sagen, der urgemeinschaftliche Kommunismus ergäbe die Grundlage der Warenproduktion: passt das nicht vortrefflich für unseren Hausgebrauch? Alles wie einst gehabt, im höheren Kommunismus wie im urtümlichen: „Die Ware entspringt aus dem Kommunismus, an den Grenzen der sozialistisch-kommunistischen Länder.“ (Um dann „ins Innere“ zurückzuschlagen (Marx).

Spaß beiseite.

---

<sup>31</sup> Arbeitsteilung zwischen Urgemeinschaften? Wage ich zu bezweifeln. Urgemeinschaften können Überschüsse über ihren eigenen Verbrauch „produzieren“ (besser jagen, sammeln), aber kaum schon ein System der Arbeitsteilung eingehen, dessen Existenz ständigen Wechsel ihrer spezifischen Produkte erforderlich macht. Die Ware beginnt *zufällig!*

In dem Augenblick, wo Menschen für das von ihnen erarbeitete Produkt ein anderes verlangen – oder auch nur erwarten -, beginnt das Verhalten zur eigenen Arbeit als ein Eigentum. Ware und Eigentum entspringen zeitgleich, sind zwei Bestimmungen desselben; was in einer Hinsicht für das Produkt, ist in anderer Hinsicht für die Arbeit bzw. das Verhältnis zur Arbeit gesagt. Es bedarf also, damit die Warenform entstehe, keines *vorausgesetzten* Eigentums oder eines Eigentums als einer Grundlage. Man fängt einfach eigentümernd an. Das ist absolut *neu!* Marx sagt daher auch; der Warenaustausch „entspringe an den Grenzen der Urgemeinschaften“, aber er sagte nicht, er entspringe aus der Urgemeinschaft, weil diese vielleicht ein Eigentum sei. Der Umschwung für die Urgemeinschaft, das Innere der Gemeinschaft, kommt ganz automatisch und allmählich; die Urgemeinschaftler werden sich allmählich bewußt, dass sie sich nach außen, zu anderen Urgemeinschaften, ganz anders verhalten als zu sich nach innen: *ungemeinschaftlich*, eben privat. Wie in die Warenform, wächst die Menschheit in das Eigentum *hinein*. Ihr wird erst allmählich bewußt, dass sie zwischen ihren einzelnen Gliedern das Verhältnis des Eigentums gesetzt hat.

Das Eigentum ist nicht die *Voraussetzung* der Warenproduktion, wie es im Text heißt, sondern die *Ursache* der Warenproduktion; das Verhalten zur Arbeit als Arbeit für mich im Moment des Vergebens der Arbeit zu anderen ist die Geburtsstunde (Ursache) einer spezifischen privaten Produktionsweise, einer privaten Produktion gesellschaftlicher Art. Daher a priori ihr innerer Widerspruch von nur einerseits privat, andererseits aber gesellschaftlich. Deshalb, und nur deshalb, können wir von Beginn der Warenproduktion an darauf hoffen, dass es zu einer inneren Umkehrung der beiden Pole im Widerspruch der Warenproduktion kommen kann bzw. kommen wird. D.h. in der inneren Entwicklung der Warenproduktion ist das Moment der höheren Entwicklung (als es die Warenproduktion ist) aufbewahrt; es wird zu einem Wechsel ihrer beiden Seiten kommen; die gesellschaftliche Seite, also die konkrete – der Arbeit und der Ware – wird dereinst obsiegen über die abstrakte. Und Obsiegen heißt, welche Seite der Arbeit das gesellschaftliche Verhältnis einst ausfüllen, beherrschen wird. Der Sieg der konkreten über die abstrakte Seite der Arbeit (dem gesellschaftlichen Verhältnis nach) hängt vom Bedeutendwerden der konkreten Arbeit ab. Deshalb, und nur deshalb kann die Frage der Ablösung der Waren-Produktion durch die Gebrauchsgüter-Produktion erst ab der kapitalistischen Entwicklung der Warenproduktion

aufgeworfen werden, weil sie erst den Durchbruch in der Qualität der konkreten Arbeit bringt. Die Voraussetzung (!) aber (für diesen Wechsel) ist, dass das Eigentumsverhalten zur so genannten eigenen Arbeit aufgehoben wird.

Und was sagt nun unser „entwickeltes“ Lehrbuch? Über *unser* Eigentum?

„In der sozialistischen Gesellschaft existieren Ware-Geld-Beziehungen im Bereich der Produktion (*so allgemein gesagt heißt das: auch im Bereich der Produktion von Produktionsmitteln, das war ja in der ersten Lehrbuchausgabe noch verneint worden, J.*) und der Verteilung der Arbeitsprodukte. Das ist bedingt durch die im Sozialismus bestehenden Eigentumsformen (*sic., J.*) und die sich aus ihnen ergebenden Besonderheiten im Charakter der gesellschaftlichen Arbeit (*sic., J.*), die die materielle Anregung der Produktion (*?, gemeint ist wohl die materielle Interessiertheit der Produzenten, also Arbeiter, J.*) und die Äquivalenz in den Wechselbeziehungen zwischen den Betrieben erfordern [...]“ (S. 536).

Nun, da haben wir das *ganze* Programm.

Hinzugekommen sind zu Eigentum und Bewertung *aller* Produkte in Geld (= erstes Lehrbuch): 1. Charakter der Arbeit, 2. materielle Interessiertheit und 3. Äquivalenzbeziehungen der Betriebe.

### c) Besonderheit Interessiertheit

In dieser *Kette* der Argumentation steht das Argument Eigentumswechsel nun quasi außerhalb, es gemahnt an die alte oder originäre marxistische Diktion, während die drei anderen, neu dazugekommenen Argumente eine innere Logik aufweisen, sich aufsteigend einander ergänzen. Besonderer Charakter der Arbeit = materielle Interessiertheit der besonderen Art = Form der besonderen Art, in der das gemessen wird, gemessen werden muß. Wir sind von der Aufhebung des Eigentums ausgegangen - und der einzige Widerspruch auf diesem Stand der Theorie war, dass die Produkte noch eine Bewertung in Geld erfahren müssen -, und sind bei Besonderheiten des Eigentums und bei der besonderen Arbeit im Rahmen dieses Eigentums gelandet, d.h. sind bei einer Relativierung des Begriffs Volkseigentum gelandet. Es gilt uns plötzlich nicht mehr als warenaufhebend, umgekehrt: als wareschöpfend.

Besondere Arbeit klingt wie besonderes Eigentum. Oder nicht?

Wenn ich von der Arbeit als einer allgemeinen spreche, so kann ich ein ökonomisches Recht, das sich auf diese Arbeit beziehen soll, nur als ein allgemeines, und das heißt: für jeden gleiches definieren. Sobald ich aber von der Arbeit als einer besonderen spreche, so doch deshalb, um einen Unterschied von Individuum und Individuum zu markieren, worin die Arbeit (besondere Arbeit) ein Ausgangspunkt sein soll. Ich mag noch nicht von Eigentum sprechen, d.h. die Besonderheit an Arbeit trägt noch keinen juristischen Titel, aber die Hervorhebung von Arbeit als besonderer verfolgt doch einen ökonomischen Sinn. Wir haben es in Bezug auf die Arbeit mit besonderen Rechtslagen zu tun.

In einer volkseigenen Arbeit kann das nicht der Fall sein.

Man kann vom Volkseigentum (im Stadium der ersten Phase) von einem besonderen Eigentum sprechen, und das wird dann ergänzt durch einen besonderen Charakter der Arbeit, der materiellen Interessiertheit der Produzenten, dem Äquivalenzprinzip. Siehe oben. Man kann aber auch vom Volkseigentum als dem *guten alten Volkseigentum* sprechen und für dieses wäre die Formulierung aller dieser drei genannten Besonderheiten – ein Widerspruch, nämlich von Volkseigentum und Arbeit und Interessiertheit und Äquivalenzprinzip. Wie halten wir es denn? Entsprechung oder Widerspruch?

Wie denn das Lehrbuch, unserer sowjetischen Ökonomen, in dieser „Phase des Kommunismus“?

Wir sprachen eingangs dieses Kapitels – als dem nächsten höheren Schritt in der Begründungstheorie der Warenproduktion im Sozialismus – von der Begründung durch das Volkseigentum selbst, eventuellen Mängeln, Makeln („Entwicklungsbedürfnissen“) desselben; bitte:

„Der Warencharakter der Produktionsmittel ergibt sich aus den Besonderheiten und den Entwicklungsbedürfnissen, die dem staatlichen Eigentum selbst (!, J.) im Stadium des Sozialismus innewohnen. Dank dem gesellschaftlichen sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln arbeiten die Werktätigen ... für sich selbst [...] Infolgedessen ändert sich der Charakter der Arbeit der in der sozialistischen Gesellschaft Arbeitenden. Die Arbeit ... (wird) ... zu einer Sache der Ehre. (*Das sollte es wohl noch nicht sein, J.*) Andererseits wurde die

Arbeit für die Masse der Gesellschaftsmitglieder noch nicht zum ersten Lebensbedürfnis [...] und aus diesem Grunde bedarf sie des materiellen Anreizes. Die materielle Interessiertheit der Arbeiter der sozialistischen Betriebe an den Ergebnissen ihrer (!, J.) Arbeit ist eine Triebkraft für die Entwicklung der sozialistischen Produktion. Hieraus resultiert die Notwendigkeit, den Wechselbeziehungen zwischen dem Staat und seinen Betrieben wie auch den staatlichen Betrieben untereinander (*und zum kollektiven Eigentum, nicht vergessen, J.*) eine solche ökonomische Form zu geben, bei der der Staat (!, J.) den Betrieben Produktionsmittel zur Nutzung und Verfügung übergibt mit der Auflage, dass jeder Betrieb seine Produktionskosten durch die Realisierung der Erzeugnisse auf Grund des Äquivalenzprinzips ersetzt. (*Der Staat erteilt die Auflage zum Äquivalenzprinzip?, Warenproduktion Staatsauftrag?, J.*) Der äquivalente Ersatz des Aufwands an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit vollzieht sich zwangsläufig durch den Warenaustausch, über die Ware-Geld-Beziehungen. Die Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen in der Produktionstätigkeit der staatlichen Betriebe und bei der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen ihnen macht die materielle Lage eines jeden Betriebes von seiner Arbeitsleistung abhängig. (*Wumm!, J.*) Dies regt zu sparsamer Wirtschaftsführung und zur Erhöhung der Rentabilität an.“ (S. 538)

Also, weil „Arbeit noch nicht zum ersten Lebensbedürfnis“ der Mitglieder dieser Gesellschaft geworden ist, deshalb ... der ganze folgende Klimbim, für Alle!: Ware, Wert, Äquivalenzprinzip, na und so weiter. „Materielle Lage eines jeden Betriebes (sei) von seiner Arbeitsleistung abhängig“! Geht das überhaupt – in einer Gesellschaft der allgemeinen Arbeitsteilung? Wo jeder für jeden produziert? So kann man es doch nur sagen – wenn es noch keine Gesellschaft gibt, sondern *nur* den Betrieb, d.h. die „eigene Arbeit“.

Wie Eure Arbeitsleistung, so Euer Lohn, und was Eure Arbeitsleistung ist, das sagt Euch der Wert! In diesem Zusammenhang können das nur die beim Verkauf der Produkte erzielten Geldeinnahmen sein; sie sind deshalb Arbeitsleistungen, weil die in der Geldform erzielten Einkommen äquivalente Einnahmen zu diesen lebendigen oder unmittelbaren Arbeitsleistungen, d.h. die gegenständliche Form dieser Arbeitsleistungen sind. Man kann nicht gerade sagen, dass uns die Theorie da viel zweifeln lässt, sie ist eindeutig.

Ich frage gar nicht danach, ob das real in den Betrieben so gestimmt hat. Sind denn Löhne im Verhältnis zu diesen Einnahmen bestimmt worden? (Ich habe viele Jahrzehnte in volkseigenen Betrieben gearbeitet, fast immer nach Arbeitsnormen, mein Lohn war bestimmt – entsprechend meiner Lohngruppe oder meiner Qualifikation und im Verhältnis zur Erfüllung der Arbeitsnormen; aber dass es noch eine übergeordnete Bestimmung der Löhne gab - im Verhältnis zum Verkaufserlös der Produkte meiner diversen Betriebe, in denen ich gearbeitet habe, in Abhängigkeit der Ermittlung einer gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit, Wert genannt -, daran kann ich mich nicht erinnern, und zwar deshalb nicht, weil es das nicht gab.) Es ist aber so gewollt, im Rahmen einer (dieser) Theorie ist das so gewollt. (Allerdings nur, um ein Interesse an der Warenökonomie zu erwecken, denn ohne Interesse geht nichts mehr.)

Hier sagt eine Theorie, die die Ursache und Notwendigkeit der Ware im Sozialismus ergründet, dass a) die „materielle Lage eines jeden Betriebes von seinen Arbeitsleistungen abhängt“, und sagt b), dass diese Arbeitsleistungen nach dem Äquivalenzprinzip gemessen werden. Also nicht direkt, in Zeitform, wie es immer so schön und im Unterschied zur Wertform heißt, sondern betrieblich verglichen oder vergleichbar, also nun tatsächlich in Wert (durchschnittlicher Zeitform).

Was ist das Äquivalenzprinzip? Das Wertprinzip, dem die Ware unterliegt. Und was die „materielle Betriebslage“? Nun, das kann Mehreres sein, darunter aber, geht es um eine Subjektbestimmung, der Lohn.

Charakter der Arbeit, materielle Interessiertheit, Einkommensabhängigkeit von den Einnahmen – jetzt wird es spannend. Die Theorie löst sich aus einer reinen Begriffsbestimmung oder Kategorienschau. Sie formuliert Interessen auf Ware.

## Die Begründung mit der „unreifen unmittelbaren gesellschaftlichen Arbeit“

Es ist schon eine Crux mit der Sowjetwissenschaft. Wem zuliebe hat sie eigentlich die *Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus* begründen

wollen? Solange der Streit einer um die Begrifflichkeiten schlechthin war, mochte und brauchte sich die Gesellschaft nur akademisch interessieren und beteiligen.<sup>32</sup> Anders, sobald Abhängigkeiten formuliert wurden. Damit bekam der Streit plötzlich Substanz. Es werden Interessen sichtbar – *und auch gegründet!*

Ich rekapituliere noch einmal: Der kapitalistische private Eigentümer, der der modernen Warenproduktion zugrunde liegt, ist verschwunden – Beweis: Das entstandene Volkseigentum. Und die gesellschaftliche Form des Privateigentümers, Geld, ... erhalten, oder nicht erhalten? Frage: Geld = Ware oder Geld = Nichtware? Geld von Wertform, oder von anderer Form? Ware, unbedingt Ware, unbedingt Wertform, lautet die Antwort. Aber für wen? Endlich: Für den Arbeiter, für die Arbeit im Volkseigentum – die des Wertes als Triebmittel braucht. Da kann also das Eigentumsverhältnis als die Ursache der Warenproduktion (nach bekannter Marxscher Diktion) noch so sehr zum Gegenteil verändert worden sein, für die Arbeit selbst gilt das nicht; diesmal ist es die Arbeit, die der selben Form der Wahrnehmung von Interessen bedarf wie das Privateigentum. Arbeit – im Sozialismus – ist/wirkt wie Eigentum im Kapitalismus (resp. in der bisherigen Geschichte). Die Theorie der besonderen Warenproduktion im Sozialismus ist - relativ nur – von der Begründung mit dem Eigentum abgewichen, hat diesen Grund quasi „aufgehoben“ (erwähnt ihn gerade noch so), aber nur, um ihn in/mit der Arbeit neu zu begründen. Warenproduktion im Sozialismus wird mit *Arbeit* begründet!

Das war noch nie da, oder noch nie der Grund. *Es gibt keinen Grund aus der Arbeit, der die Wertform des Produkts notwendig macht*, aber bitte ... Wir sind ja in einer neuen Gesellschaft.

---

<sup>32</sup> Während sonst genau beobachtet wurde, wer was sagte, und man mit einem gesellschaftlichen „Gericht“ nicht lange fackelte, erleben wir bei der ökonomischen Debatte in der Sowjetunion eine seltene Großzügigkeit und Freiheit der Meinungen. Ich erkläre mir das so, dass die Partei, ihre „führenden Organe“ es selbst nicht genau wussten, und außerdem, ich betonte das schon, solange es um begriffliche Zuweisungen ging, war die Debatte auch nicht „gefährlich“. Erst als die funktionale Ordnung der Planwirtschaft mit ins Gespräch kam und de facto in Zweifel gestellt wurde, kam es auch zu Ausgrenzungen von Meinungen aus der Debatte bzw. „stagnierte“ diese oder versandete sie in Wiederholungen.

Fangen wir mit der Arbeit an. Von einer Arbeit, die im Volkseigentum geleistet wird, sagt man, dass sie „unmittelbar gesellschaftliche Arbeit“ ist.

### **Erstes Lehrbuch von 1954:**

„Während die Arbeit im Kapitalismus unmittelbar als private Arbeit auftritt, hat die Arbeit im Sozialismus *unmittelbar gesellschaftlichen Charakter*.“ (S. 487)

Vorab eine kurze Bemerkung zum ersten Teil des Satzes: Tritt die Arbeit in der bürgerlichen Warenproduktion „unmittelbar als private auf“? Kann sie das, hieße das nicht, dass sie der Selbstkonsumtion anheim fiele? Selbstkonsumtion ist aber gerade nicht gemeint, wenn es um Waren geht. Privat will der Warenproduzent den Wert seiner Ware konsumieren. Die unmittelbare, also die noch nicht ausgetauschte Ware ist aber nicht von unmittelbarer Wertform, sie ist nur der Möglichkeit nach von Wertform, sie hat den Zweck zur Wertform, daher ist sie nur latent von privater Form, also Wertform. Um wirklich Form des privaten Eigentums zu sein, muß die Ware aus ihrer latenten Erscheinung heraustreten und zur unmittelbaren Wertform *vermittelt, ausgetauscht* werden. Erst in der Geldform besitzt der Warenproduzent sich als privat oder worin er sich als privat besitzen will. Ohne Austausch zu seiner *zum Gegenstand erhobenen Wertform* besitzt der Warenproduzent sich daher nicht, wäre er nicht *Privateigentümer*; erst der Austausch vermittelt ihn in seine Privatform, die er auch aneignen kann und – aneignet! Austausch in der Warenproduktion ist daher als Vermittlung des Privateigentümers an die Form zu verstehen, in der er sein Privateigentum gesellschaftlich wahrnimmt. Und dies geschieht ganz nebenher zum Händewechsel der Produkte als Gebrauchswerte, dieser ist nur die Basis, die allgemeine Grundlage für jenen besonderen Besitz. Dies zur Korrektur einer allgemein in die sowjetische/sozialistische Ökonomie (nach Marx) hineingekommenen Sentenz, die den Austausch nicht mehr als die Vermittlung der relativen an die äquivalente Wertform, der Ware des latenten Wertes an die Ware des real gewordenen Wertes versteht.

Nun zum ganzen Satz: Das ist natürlich nicht nur so ein Satz, er bedeutet schon etwas. Was? Er ist zuerst ein gegensätzlicher Satz, er ist dem anderen von der „vermittelt gesellschaftlichen Arbeit“ gegenübergestellt. Von vermittelt gesellschaftlicher Arbeit spricht Marx bei der Waren produzierenden Arbeit. Sie arbeitet gesellschaftlich, indem sie für andere arbeitet. Aber in dieser Form,

als Gebrauchswerte an andere liefernd, betrachtet sie sich nicht selbst als gesellschaftliche Arbeit. Nur wo *sie* sich gesellschaftlich empfindet, und das ist unmittelbar für sich, spricht sie von gesellschaftlicher Arbeit. Das gesellschaftliche Verständnis des Warenproduzenten nun ist auf den Wert gerichtet. De fakto sind das zwei Gesellschaftsbegriffe: der eine bedient den Gebrauchswert, der andere den Wert. Die Begriffe von vermittelt und unvermittelt gesellschaftlich bedeuten nichts, als dass erst zu dem Wert gesellschaftlich vermittelt sein muß, der dem Warenproduzenten gerecht wird, also dem ökonomischen Wert. Dann erst kann der Gebrauchswert vermittelt werden bzw. ist er vermittelt (nämlich an den anderen Konsumenten). Obwohl der Gebrauchswert das gesellschaftliche Moment der Ware ist, kann dieses erst vermittelt sein, wenn der Wert, die Wertform der Ware oder Privatform der Arbeit vermittelt ist. Die Waren produzierende Arbeit ist daher nur vermittelt gesellschaftliche Arbeit. („Um Ware zu sein, muß das Produkt dem anderen, dem es als Gebrauchswert dient, durch den Austausch übertragen werden“; Ergänzung von Friedrich Engels in Kapital Band I, S. 55<sup>33</sup>). Sie ist als vermittelt gesellschaftliche Arbeit gesellschaftlich als historisch besondere Arbeit bestimmt.

Einmal die Wertform und die Arbeit in ihr erklärt, ist die unmittelbar gesellschaftliche Arbeit nun leicht erklärt. Sie vermittelt den Gebrauchswert, der weiter das gesellschaftliche Moment der Arbeit bleibt, unvermittelt, d.h. nicht vermittels des Austausches, nicht vermittels der Wertform. So wie wir privates Eigentum und gemeinschaftliches „Eigentum“ als einen sich ausschließenden Gegensatz verstehen, verstehen wir vermittelt gesellschaftliche Arbeit und unmittelbar gesellschaftliche Arbeit als sich ausschließenden Gegensatz; sie bedeuten beide dasselbe in Bezug auf den

---

<sup>33</sup> Womit Engels darauf aufmerksam macht - ganz im Sinne von Marx -, dass Austausch etwas anderes ist als das bloße Bewegen, Vermitteln von Gebrauchswerten, derjenigen, die sie produziert haben, zu jenen, die sie konsumieren. In der sozialistischen Literatur, sowjetischen und auch sonstigen, kann man haufenweise die Verwechslung der beiden Bewegungen feststellen, d.h. der Gebrauchswertwechsel wird für den Austausch ausgegeben, womit der Kerngedanke von Marx, dass Austausch ein inneres Moment bei der Herstellung der Wertform der Ware ist, also der Wechsel von der nichtunmittelbaren in die unmittelbare Wertform ist, völlig aus dem Verständnis verschwindet.

Gegensatz von Warenproduktion und Kommunismus, d.h. sie sind dieser Gegensatz: einmal als Eigentum, andermal als Arbeit.

### **Was sagt nun das zweite Lehrbuch von 1962?**

„Wie bereits dargelegt (*im Kapitel Arbeit, J.*), ist die Arbeit im Sozialismus nicht private, sondern unmittelbar gesellschaftliche Arbeit [...]

Die gesellschaftliche Arbeit im Stadium des Sozialismus ist jedoch noch nicht vollständig unmittelbar gesellschaftlich, wie sie in der höheren Phase des Kommunismus sein wird. Sie ist in den verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft nicht in gleicher Weise vergesellschaftet und weist wesentliche soziale Unterschiede (*soziale Unterschiede, wo geratet Ihr hin, sowjetische Genossen?, J.*) auf. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Arbeitsleistung mit Hilfe des Wertes und seiner Formen indirekt auszudrücken.“ (S. 542)

„Ungleiche Weise der Vergesellschaftung“, was ist das? Sind die Privateigentümer ungleich enteignet worden? Sind Momente der Vergesellschaftung – ungleich? Gibt es das, kann es das geben? Und was sind „wesentliche soziale Unterschiede“ der vergesellschafteten... Pardon, der „in nicht gleicher Weise“ vergesellschafteten Arbeit? Das muß doch erklärt werden. Es wird aber nicht erklärt, und trotzdem heißt es: „Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Arbeitsleistung (?) mit Hilfe des Wertes zu messen.“ Was ist „Arbeitsleistung“? Was kann Arbeitsleistung sein, wenn Betriebe, d.h. die gegenständlichen Produktivkräfte Eigentum des Volkes, Eigentum Aller sind?

Und dann der Satz, „Arbeitsleistung“ (!) müsse „mit Hilfe des Wertes und seiner Formen indirekt ausgedrückt werden“, d.h. über die Geldform.

Arbeitsleistung könnte z.B. die reale Arbeitszeit sein, d.h. der Begriff ist dann nicht ganz so umfassend, nicht so gegenständlich, auf die besonderen Bedingungen von Produktion bezogen wie bei der Produktion privater Eigentümer. Dieser leistet ja Arbeitszeit unter konkreten Bedingungen, die seine eigenen sind; seine Arbeitszeit muß also immer im Zusammenhang mit den Umständen seiner Produktion bestimmt, gemessen werden. Aber der volkseigene Arbeiter besitzt seinen Betrieb nicht, dessen Produktionsbedingungen sind gesellschaftliche, Eigentum Aller, wie ist da die Arbeitszeit auch auf die konkreten Bedingungen der Produktion beziehbar? Er

ist doch nicht allgemeiner und besonderer Eigentümer zugleich, einmal dies – wenn es um die Ehre/Solidarität/ Kameradschaftlichkeit usw. geht, andermal das – wenn es darum geht, der Arbeitszeit nicht die individuelle, sondern die so genannte gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Form der Zeit überzustreifen und aus der Differenz der beiden Größen eine besondere anzueignende Menge, sagen wir Lohn, zu bestimmen. Oder zunächst: betriebliches Einkommen, in deren Abhängigkeit sich Löhne – auf geleistete Arbeitszeit – bestimmen sollen.<sup>34</sup>

Und im Übrigen: Diese Zeit wäre rein ein Preis bzw. ein Geldbesitz (Geldtitel) für die Ware. Was aber bedeutet sie für den Lohn? Das ist ja noch eine ganz andere Frage. Sie ist nicht damit beantwortet, dass ich fordere, als Preis der Ware habe nur der gesellschaftliche Wert zu gelten, nicht der individuelle. Jeder, der je praktisch in einem sozialistischen, volkseigenen Betrieb gearbeitet hat und für den die gearbeitete Zeit eine Bedeutung für die Lohnhöhe hatte, weiß, dass nur die unmittelbare Arbeitszeit, die mit der Uhr gemessene Zeit, über die Lohnhöhe entscheidet, der Wert der Ware nicht; diese Zeit hat nur Bedeutung für einen Eigentümer der Arbeit, ein anderes ökonomisches Subjekt, d.h. einen Warenproduzenten. Und hier ist ein Unterschied in der Arbeitsleistung – die aber bestimmt ist im Verhältnis zu den gegenständlichen Bedingungen der Produktion, Produktionsresultate - ein Unterschied in der erzielten Geldmenge (Wertmenge) selbst. (Und der Lohn soll ja wohl nicht gleich dieser Geldmenge, also gleich dem Wert sein.<sup>35</sup>)

---

<sup>34</sup> Ich muss immer befürchten, dass es dem Begreifen wollenden Leser außerordentlich schwer fallen dürfte, bei der Fülle von Gesichtspunkten, die in die Debatte hereingebracht werden, den Überblick zu behalten. Selbst der richtigen Darlegung wird es bei der Fülle des unrichtig Dargelegten schwer, verstanden zu werden. Ich folge aber nur der Argumentationslinie derjenigen, die die Ware für den Sozialismus begründen wollen. Und die ist verwirrend, muß verwirrend sein, weil sie Unrichtiges in Richtiges hineininterpretiert. Im selben Satz stehen Wahres, Richtiges, und Falsches, Unrichtiges nebeneinander. Es gilt: Die Wahrheit kann nur Überzeugung schaffen, nicht Gefolgschaft, sie kann nur Wissen erzeugen, nicht Glauben.

<sup>35</sup> Denn damit wäre der Lohn viel höher, gigantisch höher als jetzt der Lohn und zugleich nicht mehr derselbe Lohn für die gleiche Arbeitszeit, wie das jetzt der Fall ist.

Man muß dem 2. Lehrbuch, oder „entwickelten sowjetischen Wissenschaft“, aber Gerechtigkeit widerfahren lassen: Diesen falschen Bezug des Wertprinzips auf das sozialistische Leistungsprinzip (oder umgekehrt: diesen falschen Bezug des sozialistischen Leistungsprinzips auf das bürgerlichen Wertprinzip), ihr Identischsetzen, finden wir schon im ersten Lehrbuch von 1954.

„Im Sozialismus bestehen aber Unterschiede zwischen der unmittelbar gesellschaftlichen Arbeit in den staatlichen Betrieben, wo die Arbeit im gesamtstaatlichen Maßstab vergesellschaftet ist, und der unmittelbar gesellschaftlichen Arbeit in den Kollektivwirtschaften, wo die Arbeit nur im Rahmen des jeweiligen landwirtschaftlichen Artels vergesellschaftet ist. [...] Diese graduellen Unterschiede in der Vergesellschaftung der Arbeit sowie die bestehenden Warenbeziehungen zwischen der staatlichen Industrie und den Kollektivwirtschaften machen es unmöglich, die gesellschaftliche Arbeit, die für die Produktion der industriellen und der kollektivwirtschaftlichen Erzeugnisse aufgewendet wurde, unmittelbar in Arbeitszeit auszudrücken und zu vergleichen.“ (1. Lehrbuch, S. 503).

Aber das will ja keiner. Niemand will unmittelbare, individuelle Arbeitszeiten in Werte, in gesellschaftlich notwendige Arbeitszeiten verwandeln, aber es sollen gesellschaftlich notwendige Arbeitszeiten individuelle Arbeitszeiten messen, diese mit jenen verglichen werden – und daraus soll eine Aneignung entspringen.

Apropos: Die Arbeitszeiten müssen verglichen werden, wenn eine durchschnittliche Arbeitszeit ermittelt werden soll, aber was soll bei der unmittelbar als gesellschaftlich geltenden Arbeitszeit noch verglichen werden? Man weiß doch, dass, weil mit der Uhr gemessen, Stunde gleich Stunde ist. Wir haben doch nicht verschieden laufende Uhren, bzw. der Fehler läge dann, bei unterschiedlichen Ergebnissen, doch bei den Uhren.

Aber: Bereits das erste Lehrbuch konstatiert einen Unterschied im Charakter der Vergesellschaftung, bezieht ihn aber auf die beiden Eigentumsformen; in ihnen wäre der Vergesellschaftungsgrad (oder –charakter?) unterschiedlich. Wir erinnern uns: Im zweiten Lehrbuch von 1962 spricht man von den „verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft“, in denen es zu Unterschieden im Grad der Vergesellschaftung und in der Sozialität kommt; das ist mindestens diffus – was die Volkswirtschaft betrifft; während der Gedanke in

Buch 1 noch rational verstanden sein könnte. Die Vergesellschaftung findet eine Grenze im Eigentum, darüber hinaus hat sie kein unmittelbares Recht, sondern muß dieses Recht erst über eine Form vermitteln – die Ware. Aber innerhalb eines Eigentums selbst – begrenzte Vergesellschaftung? Begrenztes Recht? Das ist so, als wäre das Eigentum kein Eigentum, sondern unterstellte, dass es Besonderheiten im Eigentum gäbe, die stärkeren Rechts sind als das Eigentum.

Wir suchen weiter nach dem, was unter „nicht vollständiger Vergesellschaftung“ zu verstehen ist, egal ob im Rahmen von Sektoren der Volkswirtschaft oder im Unterschied von Eigentumsformen, was auch Enteignungsformen (des Privateigentums) bedeuten kann – und stoßen endlich auf einen Gedanken, der fassbar ist, wenn auch nur sehr gewollt als Unterschied im Vergesellschaftungsgrad der Arbeit, eher schon als Unterschied – im Arbeiter.

Früher oder später muß/mußte jede Begründung der Warenproduktion im Sozialismus/Kommunismus, vom Objekt (Eigentum, Arbeit) ausgehend, beim Subjekt, dem auf Ware Interessierten landen. Nun ist einfach/endlich der Arbeiter für Arbeit genommen:

Lehrbuch 1: „In der sozialistischen Wirtschaft besteht ein Unterschied zwischen der komplizierten (qualifizierten) und der einfachen Arbeit, und die komplizierte wird auf einfache Arbeit reduziert.“ (S. 506)

Lehrbuch 2: „In der sozialistischen Wirtschaft besteht ein Unterschied zwischen der komplizierten (qualifizierten) und der einfachen Arbeit; die komplizierte Arbeit wird auf einfache Arbeit reduziert.“ (S. 544)

Bis auf ein Semikolon derselbe Satz.

Es besteht also ein Unterschied zwischen komplizierter und einfacher Arbeit. Und deshalb Ware? Der Unterschied kann doch einer des Gebrauchswertes (der Arbeitskraft und des Arbeitsprodukts) sein, und bleiben. Nur wenn die Arbeit an sich der Wert-Bestimmung unterliegt, also von der Arbeit gesagt werden soll, dass ihr quantitativer Verlauf einer Erscheinung bedarf (ein Besitz werden soll), wird doch ein qualitativer Unterschied in der Arbeit, soweit sie konkrete Arbeit leistet, von Bedeutung. Wie verhält sich dann – und nur dann - quantitative Bestimmtheit der Arbeit zur qualitativen Bestimmtheit von Arbeit?

Sonst ist die Frage doch Nonsens. Mit qualitativer Arbeit kann man qualitativen Gebrauchswert schaffen, basta. Aber wieso mehr oder weniger Wert?

Es ist, als hat man immer noch nicht begriffen, dass Momente der konkreten Arbeit nur deshalb in die quantitative Bestimmung der Arbeit hereinspielen, weil es die Notwendigkeit dieser quantitativen Bestimmung gibt. (Das gilt übrigens für alle Momente der konkreten Arbeit, Produktivkraft, Gebrauchswertgüte, organische Zusammensetzung usw., sie sind nicht unmittelbar wertbildend, aber wirken auf die Wertbildung durch abstrakte Arbeit ein.<sup>36</sup>) Aber einfach zu sagen, dass, weil es die qualitative Arbeit gibt (auch die einfache Arbeit ist eine Form der qualitativen Arbeit), deshalb muß es eine quantitative Bestimmtheit der Arbeit, also die Wertform des Arbeitsprodukts geben, ist gerade so, als würde ich die Notwendigkeit der Ware, ihre Reduktion auf die abstrakte Seite der Arbeit, aus der Existenz der konkreten Seite der Arbeit (im Doppelcharakter der Arbeit) begründen. Weil es konkrete Arbeit gibt, deshalb die Reduktion eines gesellschaftlichen Verhältnisses auf die abstrakte Arbeit. Das ist ... logisch? Nun ja, dem Gläubigen ist alles logisch.

Wenn das stimmte, wären wir ein für alle Mal aus dem Schneider, die Theorie hätte kein Problem mehr.

Das ganze, Verzeihung, Theatertheater wird nur deshalb abgezogen, weil die *Eigentumsfrage* umgangen werden soll. Wir, d.h. wir Marxisten, waren nun mal bei der Frage nach dem Grund der Ware auf das Privateigentum gebannt. Und Volkseigentum ist seine Aufhebung. Ergo kann die logische Konsequenz nur sein: Keine Ware mehr. Aber der Apologet – versteht nicht...

*Es muß Methode einer Theorie sein, die den Marxismus umgehen will, bei der Arbeit neu einzusteigen, wenn sie von der Eigentumsfrage die Hände lassen muß.*

---

<sup>36</sup> In dem Sinne, dass sie das, was Wert ist und wodurch er sich bildet, umbilden. So wie ein Faustschlag eben Knete umbildet, ohne selbst Knete zu sein.

Ebensowenig wie es „unvollständige“, „nicht vollständige“ oder „unreife Aufhebung des Privateigentums“ gibt, also nur vollständige und reife, d.h. *wirkliche* Aufhebung des Privateigentums – und dementsprechend nur wirkliches Volkseigentum gibt, gibt es unvollständige, halbe oder sonstwie eingeschränkte Vergesellschaftung der *Arbeit*. Was vom Eigentum, ist von der Arbeit zu sagen. Man kann nicht sagen, der alte, kapitalistische Eigentümer hat nichts mehr zu sagen, hat keine Rechte mehr, der neue Eigentümer dagegen besitzt jedes Recht, wenn man dieses Verhältnis nicht auch *auf die Arbeit ausdehnen kann*. Woraufhin soll ein Eigentumsrecht der Arbeit denn ein Recht haben, wenn nicht auf die Arbeit? Die Arbeit ist doch nur das Objekt des Verhältnisses. Vergesellschaftung heißt ja nichts, als dass *alles der Gesellschaft gehört, und zwar unverzüglich und unvermittelt. Und was/wer ist die Gesellschaft? Das sind alle, die gearbeitet haben, deren Arbeit in lebendiger Form in der Arbeit in gegenständlicher Form steckt. Aber das sind Millionen.*

Nur wenn die Arbeit der Wertbestimmung unterliegt, und das heißt natürlich in ihrer abstrakten Seite, gewinnt die konkrete Seite der Arbeit, ihr Unterschied, Bedeutung für die Größenbestimmung des Wertes. Die Warenproduzenten müssen dann einen Modus Vivendi finden, um einen Unterschied hier in einen Unterschied dort – einen Unterschied in qualitativer Hinsicht in einen Unterschied in quantitativer Hinsicht – zu übertragen. Für sich selbst gesehen, d.h. für den Menschen, den Arbeiter gesehen, bedeutet unterschiedliche Arbeitsqualifikation nur, dass sie, weil Eigenschaft der Arbeitskraft des Menschen, in einer Warenproduktion einen unterschiedlichen Wert besitzt; qualifizierte Arbeitskraft besitzt also einen höheren Wert als einfache Arbeitskraft. Würde man diesen Unterschied nicht auf die Arbeit, soweit sie als wertbildend gilt, übertragen, würde die Wertbildung komplizierter Arbeit und einfacher Arbeit die gleiche sein, kongruent mit der realen Zeit laufen; in der kapitalistischen Form der Warenproduktion aber führte dies dazu, dass der Gewinnanteil oder Profit im Preis im selben Verhältnis sinken würde, wie der Qualifizierungsgrad der Arbeitskraft, folglich deren eigener Wert, gestiegen. Aus Gründen der gleichen Verwertung/Profitbildung der Kapitale, eine Höherentwicklung des Gleichheitsprinzips der Warenproduktion, muß der Kapitalismus eine Form der Wertbildung finden, worin dieser Unterschied oder dieser Makel entgegen der Grundbestimmung der Ware aufgehoben ist; und so

ist die kapitalistische Form der Wertbildung entstanden, bei der „komplizierte Arbeit als multiplizierte einfache Arbeit gilt“ (Marx).

Im Kommunismus bekommt der höher qualifizierte Arbeiter einfach einen höheren Lohn, und ob dieser ein Multipel des Lohnes des einfachen Arbeiters ist, lasse ich dahingestellt sein. Vielleicht, man könnte es so sagen, obwohl diese Aussage keine Bedeutung hat. Löhne sind im Sozialismus/Kommunismus ja Anteile an der Gesamtarbeit (Konsumtionsmittel), und der Lohn oder Anteil des kompliziert Arbeitenden ist höher als der des einfach Arbeitenden.<sup>37</sup> Aber keiner Lohnhöhe liegt das rationale Element eines Wertes der Ware Arbeitskraft zugrunde, also eine minimale Größe der Reproduktion dieser Kraft. Nur wenn man *will*, dass die Betriebe im Kommunismus wertbestimmt arbeiten, wird wohl der Umstand eintreten, dass Löhne im Verhältnis zum Gewinn der Betriebe bestimmt werden, jedenfalls kann man ein solches Verhältnis berechnen. D.h. dann wird wohl die Rentabilität als ein Maß der Rationalität der Betriebe angestrebt, und dann gibt es ein Interesse an einer gleichen Rate der Rentabilität der Betriebe, und dann tritt auch ein solches Interesse auf, dass sich die Höhe der Preise von Waren aus Betrieben mit komplizierter Arbeit als ein Multipel der Höhe der Preise aus Betrieben einfacher Arbeit bestimmt. Sonst würden sich das „Prinzip“ der höheren Wertbildung durch Arbeit/Arbeiter höherer Qualifikation und das Prinzip der Lohnabhängigkeit vom Gewinn (wie im betriebsbezogenen Leistungslohn gefordert) kontraproduktiv gegenüber stehen.

Komplizierte Arbeit bildet keinen höhern Wert, weil konkrete Arbeit an sich keinen Wert bildet. Wertbildung erklärt sich überhaupt nicht aus der Arbeit, d.h. auch nicht an sich aus der Existenz der abstrakten Seite der Arbeit. Man kann Arbeit nicht für Verhältnisse nehmen. Die Argumentation, dass irgendein

---

<sup>37</sup> Und dass es in der Tat im Kommunismus so ist, würde direkt sichtbar, würden die Betriebe die Löhne nicht aus den Einnahmen der Betriebe begleichen müssen, sondern würde der Lohnfonds als ein eigenständiger Geldfonds neben den anderen Geldfonds (Investitionsfonds, Reparaturfonds usw.) schon geführt worden sein. Auch hätte der Staat/die Gesellschaft den betrieblichen Lohnfonds zu speisen, nicht die betrieblichen Einnahmen. Eine Reform in dieser Richtung – Aufhebung der kapitalisierten Wertform  $c+v+m$  (Kostenrechnung ohne (!) den Lohn) - lag eigentlich in der Luft.

Erfordernis aus der Arbeit Ursache der Notwendigkeit der Ware ist, ist an sich falsch, falsch für die Warenproduktion als solche und für den Sozialismus erst recht. Auch in der sowjetischen Literatur taucht dieses Argument nur/erst auf, weil der Auffassung von der Notwendigkeit der Warenproduktion Existenzrecht verliehen werden soll. *Man mußte den Ausfall des Eigentumsbezugs kompensieren – deshalb die Unzahl der Argumente der anderen Art, nur deshalb die Konzentration auf besondere Momente der Arbeit. Nur mit der Arbeit hat man den Subjektbezug erreicht, ohne den die ganze Begründung einer Notwendigkeit der Ware im Sozialismus ein Objekt ohne Subjekt ist.*

Mit dem Volkseigentum kann man die Ware im Sozialismus nicht begründen, weil dieser Begriff a) ein allgemeines, kein besonderes ökonomisches Subjekt unterstellt, und b) direkt auf die Aufhebung des Waren produzierenden Privateigentümers zurückführt. Mit den Besonderheiten der Arbeit/des Arbeiters scheint es, dass man die Ware im Sozialismus begründen kann, wenn man – das Leistungsprinzip des Sozialismus falsch auslegt, d.h. „mit Produktion“ untermauert.

## Die Begründung mit der „materiellen Interessiertheit“

Die sowjetische Theorie von der besonderen Warenproduktion erweckt den Eindruck, dass es zur Durchsetzung des Prinzips der materiellen Interessiertheit des Äquivalenzprinzips bedarf, wie wir hatten zitiert. („Materielle Interessiertheit hat die eigene Arbeitsleistung im Visier, und deshalb soll diese gemessen werden; man muß an sich von der Gleichheit des Äquivalenzprinzips ausgehen, um einen Unterschied zum gesellschaftlichen Maß, eben die *individuelle* Leistung bestimmen zu können.“) Allerdings operieren unsere beiden Lehrbücher recht spärlich mit diesem Bezug.

Das hat seinen Grund darin, dass in der ökonomischen Praxis der Betriebe sehr wohl mit dem Prinzip der materiellen Interessiertheit gearbeitet wurde, obwohl es mit dem Äquivalenzprinzip haperte. Es gab ein ausgedehntes Prämiensystem, die Sowjetunion führte 1936 bereits den Direktorfonds ein, der ein besonderer Lohnfonds war, d.h. ein Lohnfonds, der nicht die Form des

tariflich fixierten Lohnes, sondern der Prämie, des Prämienlohnes besaß und für besondere Leistungszahlungen an die Arbeiter in Anwendung kam.

Für uns in der Theorie ist nur wichtig, ob ein Prinzip der materiellen Interessiertheit zur Anwendung kommen kann, ohne dass es ein Äquivalenzprinzip in der Gesellschaft gibt, d.h. ohne dass ständig für den Preis der Produkte eine gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Wertgröße ermittelt werden muß. Diese Frage kann bejaht werden. Ebenso wie der Lohn gezahlt werden kann ohne dass klar ist, ob für den Preis die Wertform gilt, so können auch Prämien, besondere oder Jahresendprämien gezahlt werden ohne Rücksicht auf den Preis. Die Lohnmenge insgesamt muß nur gesellschaftlich gedeckt sein; dass Löhne durch Preise gedeckt sein müssen, ist ja nur eine Folge des Äquivalenzprinzips. Aber an sich sind Löhne gedeckt durch das Gesamtprodukt der Abteilung II, Konsumtionsmittel.<sup>38</sup>

Apropos: Der Kapitalismus macht es vor. Lohn wird/muß gezahlt werden, ohne dass klar ist, ob der Verkauf der Ware den Lohn bzw. ein Plus über den Lohn einspielt; er muß eben gezahlt werden, damit der Unternehmer überhaupt Arbeiter bekommt. Was dann im Betrieb passiert, wie die Wertbildung, d.h. der Einsatz der Arbeitskraft im Unternehmen ausfällt, gewinnbringend ist oder nicht oder in welchem Umfang oder in welcher Relation zum Lohn, interessiert den Arbeiter nicht. Das interessiert nur den kapitalistischen Unternehmer. („Der Kapitalist kauft den Gebrauchswert des Arbeiters, wertbildend zu sein“, sagt Marx, und was der Kapitalist damit macht, was er aus der Arbeitskraft – an

---

<sup>38</sup> Das Verhältnis ist hier so, dass der Gesamtwert von II Teil des Gesamtwertes von I und II ist, und der Lohn, der sich auf den Gesamtwert vom II bezieht, ist nur ein geringerer Teil dieses Gesamtwertes von II, so dass die Arbeit insgesamt erweitert reproduzieren kann, d.h. auch noch zusätzlich Arbeiter beschäftigen kann oder zusätzlich Arbeit schaffen kann. Die Eigentümlichkeit des Warenwertes nun ist, dass er, quantitativ zurückgeführt auf eigene Arbeit, dennoch in sich die Verhältnisse der Gesamtarbeit aufnimmt. Er wird seinem Ruf, gesellschaftliches Verhältnis zu sein, auf doppelte Weise gerecht. In diesem Sinne ist warenproduzierende Arbeit, obwohl sie private Arbeit ist, immer über ihren gesamtgesellschaftlichen Stand orientiert. Der Wert/das Eigentum ist einfach und erweiternd reproduzierend, oder eben nicht. Der Kommunismus braucht den Nachweis der Gesellschaftlichkeit im Einzelnen nicht, er operiert mit der Gesamtarbeit als dieser Zusammenhang.

Wertbildung – herausschlägt, das fällt außerhalb des ökonomischen Interesses des Arbeiters.)

Sagen wir so: Auch im sozialistischen Betrieb ist der Lohn eine Vorabvereinbarung des Betriebes mit dem Arbeiter; der sozialistische Betrieb kauft nicht seine Arbeiter - seine Arbeitskraft ist nicht eine Ware und sein Lohn nicht ein Wert der Arbeitskraft -, aber im Einstellungsvertrag ist eine Lohnhöhe mit dem Arbeiter ausgemacht; der Arbeiter weiß, welchen Lohn er erhält, wenn er die tariflich vereinbarte Arbeitszeit einhält und den Produktionsanforderungen des Betriebes gerecht wird. Um seine Lohnhöhe weiß er vorher, vor der Arbeitsaufnahme. Mängel im Betrieb, *die nicht vom Arbeiter abhängen*, d.h. nicht seiner schlechten Arbeitsleistung entspringen, werden nicht mit Lohnverlust bestraft. Mängel in volkseigenen Betrieben, die nicht subjektiv bedingt sind, gehen voll zu Lasten des Volkes. D.h. wo sie zu Abstrichen an der Produktion führen – gemeint ist hier nur die Produktion in der Abteilung II -, führen sie zu einer allgemeinen, auf alle Schultern verteilten Lohnminderung, aber es steht nicht (!) einer für alle. Umgekehrt: Alle stehen für einen.

Ich bin der Meinung, dass das Prinzip der materiellen Interessiertheit völlig unabhängig vom Äquivalenzprinzip der Warenökonomie ablaufen kann, d.h. völlig unabhängig davon, ob Preise im Sozialismus dem Wert entsprechen oder nicht. Warum? Weil wir natürlich von der Preispraxis in der sozialistischen Planwirtschaft (egal ob UdSSR, DDR oder ein anderes sozialistisches Land) ausgehen, die sich durch im Wesentlichen konstante Preise auszeichnete. Konstante Preise sind aber vom Wesen her keine Wertform der Preise mehr. Die gesamte Lohngestaltung läuft ab, ohne dass eine Wertform der Preise erkennbar ist. Und was den Prämienlohnfonds betrifft, der zur Anwendung kommt um besondere Leistungen materiell zu würdigen, so handelt es sich bei ihm um eine besondere Abteilung oder besondere Sondersumme des allgemeinen gesellschaftlichen Lohnfonds; über seine Höhe bestimmt die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Ein betrieblicher Einfluß (ein besonderes „Recht“ des Betriebes auf die Höhe der Auszahlung) tritt erst im Moment der konkreten Auszahlung der Prämie in Erscheinung. Wichtig ist aber, dass die materielle Belohnung aus einer besonderen Form des allgemeinen gesellschaftlichen Lohnfonds erfolgt, nicht aus einem Verhältnis der Kosten zum Gewinnanteil in betrieblichen Preisen. Die Bewegung dieses Verhältnisses

hängt in einer Planwirtschaft ab von den von der Gesellschaft initiierten Momenten der Produktivierung der Arbeit.

Mit anderen Worten: Soll von einer Abhängigkeit des Prinzips der materiellen Interessiertheit vom Äquivalenzprinzip gesprochen werden, so hat das das Funktionieren des Äquivalenzprinzips selbst zur Voraussetzung, mithin eine andere Preispraxis als die real planwirtschaftliche. Man muß dieses Prinzip wollen, um jene Abhängigkeit erst herstellen zu können. Die These, dass es aber das Prinzip der materiellen Interessiertheit selbst ist, das das Äquivalenzprinzip erfordere, ist einfach falsch. Man kann es so einrichten, dass diese Abhängigkeit entsteht, aber das ist dann gewollt. (Wobei wir umgekehrt wissen, dass es das Äquivalenzprinzip gibt, ohne dass auch nur ein Gedanke an eine Form der materiellen Interessiertheit des Arbeiters verschwendet wird. Und was ist wohl dann der Grund für das Äquivalenzprinzip?)

Es gibt also richtigerweise beides: Das Äquivalenzprinzip ohne materielle Interessiertheit des Arbeiters und die materielle Interessiertheit des Arbeiters ohne das Äquivalenzprinzip. Die Abhängigkeit/Verursachung des Äquivalenzprinzips durch das Prinzip der materiellen Interessiertheit ist einfach ein künstlich in den Sozialismus/Kommunismus hereingebrachter Gedanke.

Er widerspricht auch dem von Marx zuerst formulierten Gedanken, in der ersten Phase des Kommunismus würde noch ein auf das Prinzip der Zeit bezogenes Leistungsprinzip wirken resp. wirken müssen. Marx meinte aber nicht die Wertform, also Durchschnittsform der Zeit, sondern die direkte Zeit; wer 8 Stunden arbeitet, bekommt doppelt soviel Lohn als jemand, der nur 4 arbeitet, usw.<sup>39</sup> Was nun das in der realen Planwirtschaft formulierte Prinzip der materiellen Interessiertheit betrifft, so geht es über das von Marx formulierte Leistungsprinzip hinaus, indem es nicht nur den zeitlichen

---

<sup>39</sup> Wobei Marx nur eine Lohnenebene ins Auge fasste. Wir wissen aber, dass es in der realen Arbeit viele Ebenen des *Lohnes*, d.h. sehr unterschiedliche Werte der Waren Arbeitskraft gibt. Für alle Arbeiter gilt, dass nur die Reproduktionskosten im Lohn erfasst sind, aber es gibt je nach Qualifizierung der Arbeitskraft verschieden hohe Reproduktionskosten, dementsprechend Löhne. Das Prinzip der Zeit – je mehr Zeit, desto mehr Lohn, je weniger, desto weniger – gilt auf der Basis von Lohnenebenen (Tarifen). Es hat nicht etwa der höhere Lohn als der einfache das Prinzip des Wertgesetzes für Waren durchbrochen.

Unterschied von Arbeit beachtet, sondern auch andere Arten von Leistungen in der betrieblichen Arbeit berücksichtigt. Das im Sozialismus real entwickelte Leistungsprinzip ist also allumfassender als die reine Zeitabhängigkeit der Lohnzahlung, von der Marx noch ausging. Es ist auch allumfassender als es eine materielle Interessiertheit bezogen auf das Kosten-Gewinn-Verhältnis in Preisen gewesen wäre.

Könnte es aber in der sozialistischen Gesellschaft Gründe geben, dass diese Abhängigkeit vom Warenwert bzw. seinen verschiedenen Momenten entsteht oder bestehen soll? D.h. könnte es im Sozialismus aus Gründen, der materiellen Interessiertheit eine größere gesellschaftliche Bedeutung zu verleihen, ein Verlangen auf den Wert geben? Einfach zu sagen: „In der sozialistischen Gesellschaft kommt auch dem Wert wesentliche Bedeutung zu“ (Lehrbuch 1, S. 504), oder: „Die gesellschaftlich notwendige Zeit ... stellt eine objektiv existierende Größe dar“ (ebda. S. 505), reicht einfach nicht (und stimmte ja auch nicht; Objektivität ist ein historischer Begriff, allgemeinen Historismus, auf den sich die Theorie der besonderen Warenproduktion – oder Anhänger von Produktionsweisen überhaupt - berufen könnten, gibt es nicht.) Um ein Bezug zu werden, muß der Wert schon existieren.

Wir hatten - im Lehrbuch 1, und in dieser Arbeit im Kapitel „Eigentumsformen“ – gelesen, dass in einer Planwirtschaft die Betriebe stoffliche Zuwendungen erhalten, die den Planaufgaben entsprechen. (Planung ist zunächst Naturalplanung, worin logischerweise auch ein planmäßiger zeitlicher Aufwand an Arbeit enthalten ist, d.h. die Betriebe erhielten auch einen Arbeitskräfte-Plan.) Ein Wert als Zuwendung, oder eine Zuwendung in der Wertform, könnte von der Planzuwendung abweichen, d.h. die Betriebe könnten über die Wertrealisierung ihrer Arbeit mehr Arbeit realisieren als über eine Planzuwendung. Der Wert könnte mehr einbringen als die Planzuwendung (an Wert, inneren Arbeitsaufwand enthielte (obwohl das kaum nachzuweisen wäre)). Mit Preisen könnte letzten Endes auch getrickst werden. Das könnte ein „materielles Interesse“ auslösen, so dass ein Interesse der Betriebe (zunächst dieser) am Wert entstünde. Es wäre jedoch auf den Wert selbst gerichtet. Allerdings lohnte sich das nur für die Betriebe, die mit geringer oder gar keiner Planzuwendung (bei Erweiterungsinvestitionen) bedacht worden sind, für alle anderen nicht (sie bekommen ja entweder gleichviel als beim Wert oder mehr als beim Wert). Der Wert ist selbst eine materielle Interessiertheit oder kann in

diese verwandelt werden; z.B. ist das beim privaten Unternehmer der Fall. Auch er ist nur auf den Gewinn/Profit orientiert, wenn zuvor auf den Wert. Höherer Wert bedeutet für jedes Privatunternehmen automatisch höheren Gewinn/Profit. Um diese Form der Interessiertheit auch für den sozialistischen Betrieb geltend zu machen, müßte er eigenständiges ökonomisches Subjekt sein und wie ein privater Unternehmer über seine Investitionen bzw. Expansionen selbst befinden. Im Rahmen der Bestimmung durch den Plan kann er das aber nicht – und braucht er das auch gar nicht; die Planzuwendung kann ja auch über den Wert hinausgehen. (Ein sozialistischer Betrieb, der dem Wertprinzip unterläge, müßte, wollte er mit seiner Reproduktion über seine Einnahmen hinausgehen, wie kapitalistische Unternehmen auch ein Schuldverhältnis eingehen, d.h. einen Kredit aufnehmen, was natürlich in einer Warenproduktion möglich wäre. Aber in einer Planwirtschaft müßte der „Kredit“ wie selbstverständlich gewährt sein, d.h. er müßte in der Planzuwendung im Plus an Wert/Geldfonds enthalten sein, d.h. der Kredit entfällt bzw. das allgemeine Geldkapital überhaupt – siehe auch Marx, Kapital Band II, S. 358: „Das Geldkapital fällt bei gesellschaftlicher Produktion fort“.) In der Tat muß für einen durch Plan bestimmten Betrieb der Wert, das Äquivalenzprinzip als Moment der Interessiertheit, entfallen.<sup>40</sup> In einer Planwirtschaft kann nur ein Bewußtsein in Bezug auf Geldfonds entstehen, mit denen man ökonomisch zu arbeiten hat – entweder einfach reproduktiv oder erweitert reproduktiv, das ist im Geldfonds vorgegeben, nicht ein Bewußtsein in Bezug auf ein „betriebliches Wertvolumen“.

Warum dann aber diese Aufmerksamkeit in der Theorie?

Man hat in den sowjetischen Publikationen oft das Gefühl, der Wert besitze auch einen erzieherischen Wert; es ist, als sei das Wertverständnis - was in diesem Zusammenhang nur anderer Begriff für Rationalitätsverständnis ist - in

---

<sup>40</sup> Ich sage an sich entfallen, d.h. auch für den Betrieb entfallen, der mit geringen oder gar keinen Erweiterungsinvestitionen bedacht worden. Warum? Weil natürlich nicht nur Arbeiter eingespart werden, sondern auch ganze Betriebe. Wer eben ökonomisch einsparbar ist, muß nicht mehr mit Gewinn bedacht werden. Das ist normal und das erledigt eine Planwirtschaft auf eine andere Weise als über einen Bankrott oder eine vorhergehende Entlassung von Arbeitern.

der Sowjetunion, oder in der Realität der Betriebe/Planwirtschaft verloren gegangen.

Man muß aber sagen, dass Wiederherstellung des Wertes aus diesen Gründen nur Sinn machte, wenn vom Wert Lohnabhängigkeit hergeleitet würde, „der Betrieb“ ist ja nicht irgendein Mysterium, sondern das sind seine Arbeiter - womit wir auf den eigentlichen Sinn der Fragestellung zu sprechen kommen: Wertform aus Gründen der Lohninteressiertheit! Oder Leistungsinteressiertheit.

Wie sollte das aber geschehen? Der Wert ist eine Durchschnittsgröße, er bildet sich aus individuellen (also betrieblichen) Größen, die selbst wieder voneinander abweichen; der Wert selbst, also die durchschnittliche Größe, ist nur eine Möglichkeit von vielen realen. Es wird produktiver arbeitende Betriebe geben, in denen der individuelle Wert unterhalb des gesellschaftlich durchschnittlichen liegt, er wird nach dem Gesetz des Wertes mit einer höheren gesellschaftlichen (!) als individuellen Wertbildung bedient, und natürlich auch minder produktive Betriebe geben, und in ihnen bedeutet die gesellschaftliche Form der Wertbestimmung, dass sie mit Wert unterhalb ihrer individuellen Größenbildung bedient werden.<sup>41</sup>

Machten wir nun die Löhne von der Wertbildung abhängig – wo haben wir dann die *notwendige gesellschaftliche Lohnhöhe*? Den gesellschaftlich notwendigen Wert der Arbeitskraft? Nach dem Wertgesetz für Waren, das für alle Waren gilt (auch die lebendige Arbeitskraft), gibt es den gesellschaftlichen Lohn in jedem Betrieb, nicht nur im Betrieb, der direkt mit der durchschnittlichen Wertbildung aufwarten kann. Dem Arbeiter muß es scheinen, dass ihn die Individualität der betrieblichen Wertbildung gar nicht berührt, der Lohn steht über, steht erhaben über dem Wert! Er ist materiell uninteressiert – am Wert. Am Wert der Waren natürlich, nicht aber an seinem. Um am Wert der Ware interessiert zu sein, muß er an *seinem* Wert

---

<sup>41</sup> Auch ist in den Reformtheorien nie bedacht worden, ob denn nun der historisch vorkapitalistische Wertpreis oder der historisch entwickelte, also kapitalistische Produktionspreis den Reformen zugrunde liegen sollte. Und beim Produktionspreis selbst bliebe noch offen, ob denn der Gewinn auf den gesamten Kostpreis oder nur auf die Lohnkost bezogen werden sollte, d.h. ob wir es im Sozialismus der Wert-Ökonomie mit einem erweiterten Produktionspreis oder einem eingeschränkten Produktionspreis zu tun hätten.

uninteressiert sein<sup>42</sup>, oder: um an der durchschnittlichen Zeitbestimmung der Waren – für seinen Lohn - interessiert zu sein, muß er an der individuellen, unmittelbaren Zeitbestimmung – wo Stunde gleich Stunde ist - desinteressiert sein.

Aber wir sind ja im Sozialismus und da soll gelten das Prinzip (Gesetz?) der materiellen Interessiertheit ... am Wert?

Wo verhilft also dieses Prinzip dem Arbeiter zu höhern Lohn? Ginge es „richtig“ zu, dann dort, wo die Produktionsparameter weiter bis am weitesten entwickelt sind, und geringeren Lohn als gesellschaftlichen dort, wo die Betriebe in ihren Produktivitätsstandards zurückhängen. Lohnabhängigkeit von der Wertbildung zerstörte also das Prinzip des gleichen Lohnes für gleiche Arbeitszeit gleichqualitativer *Arbeiter*! Es ist der Unterschied von Arbeiter und Arbeit zu beachten. Ist der entsprechende Wille da, kann man natürlich das Prinzip der materiellen Interessiertheit auf die betriebliche individuelle Wertbildung beziehen (deren Abweichungen vom gesellschaftlichen Wert), aber nur unter der Bedingung, dass man das Prinzip der materiellen Interessiertheit des gleichen Lohnes bei gleicher Arbeitszeit zerstört. Man kann den Wert als materielle Interessierung gar nicht in den Sozialismus einführen, ohne am Sozialismus etwas zu zerstören.

Man hat die Wertform des Lohnes aufgehoben, aber sind die Arbeiter gebessert? (Man könnte natürlich einwenden: Ja, denn dieser sozialistische Lohn ist höher als der wertbestimmte kapitalistische. So, ist er das?) Gerechterweise, oder richtigerweise, müssen wir aber sagen, dass es in den sozialistischen Planwirtschaften die Lohnabhängigkeit von der betrieblichen Wertbildung aus Erwägungen heraus, dem Prinzip der materiellen Interessiertheit mehr Geltung zu verschaffen, gar nicht gab. Das konnte es schon gar nicht geben, weil es „das Prinzip des Wertes als Gesetz der Preise“

---

<sup>42</sup> So dass man sagen könnte, auch dies ist eine Aufhebung der Wertform der Ware Arbeitskraft. Es gibt keinen Lohn mehr nach Art des Kapitalismus – als vorausbestimmten Lohn, den man auf dem Arbeitsmarkt vereinbart. Sondern stattdessen gibt es den Wertfonds des Betriebes, und aus ihm bestimmen sich betriebliche Löhne, wenn es nicht der Wert selbst sein soll. Bloß, dann übernimmt der Betrieb die Funktion der Gesellschaft bei der Aufhebung der Warenform der Arbeitskraft. Ob das besser ist, sicherer ist, mehr einbringt – dem Arbeiter?

(Lenin) gar nicht gab. Hätte es aber dieses Prinzip und dieses Gesetz gegeben, wäre die Lohnungleichheit – bei gleicher Arbeitszeitleistung und gleicher Arbeitskraftqualifikation - in die sozialistische Produktion eingezogen. Wo man sich doch versprochen hatte, dass mehr Interesse an der Produktion Einzug in die Betriebe zu halten habe.

Weiter ausgebaut (bzw. mehr beachtet) als die Lohnabhängigkeit von der Wertbildung wurde die These von der Lohnabhängigkeit vom Gewinn. Der Gewinn gilt ja in einer Warenproduktion als der allgemeinste, beste, konzentrierteste Ausdruck für die Rentabilität oder Rationalität der Arbeit eines Betriebes.

Gab es nun wenigstens das?

Es hat ja Vorschläge gegeben, Löhne auf den Gewinn zu beziehen – ich denke an die „aufgeregte“ Libermann-Diskussion von 1962. Es gab später, Mitte der 80er Jahre, das viel ins Gespräch gebrachte Slawny-Projekt. *Später* deutet schon darauf hin, dass aus dem ersten Projekt nichts wurde, und wie gesagt: Slawny blieb auch isoliert. (Die gesellschaftliche Folge war nur eine übermäßige Lohnsteigerung in der Sowjetunion in den 80er Jahren, die in eine Inflation mündete, weil sie einer adäquaten Warendecke entbehrte.) Es hat eben nie eine umfassende, durchgreifende Abhängigkeit der Löhne in der Sowjetunion (andere sozialistische Länder inklusive) von Gewinnen in Preisen gegeben – was ja auch etwas besagt: Es geht eben nicht, das Ergebnis wäre im Fall der Gewinnabhängigkeit, auch Gewinnbeteiligung genannt, das selbe gewesen wie im Fall der Abhängigkeit von der Wertbildung: Produktivere Betriebe wären bevorzugt, weniger produktive benachteiligt. Und ökonomisch betrachtet – man wäre ja an die allgemeine Bedingung, gesellschaftliche Lohnsumme gleich maximal Summe der Preise von II gebunden gewesen – wäre die Lohnbindung an den Gewinn (und die Preise als dem Wertgesetz unterworfen) auf eine große Umverteilung der Löhne hinausgelaufen.

Die Frage, ob das Gesetz (oder Prinzip) der Lohnerhöhung mit steigender Produktivkraft bzw. Produktion, das für den Sozialismus/Kommunismus als ökonomisches Gesetz bzw. ökonomische Verbindlichkeit aufgestellt worden war – übrigens schon zu Beginn der 20er Jahre, also *vor* dem Beginn der Planwirtschaft, und dann ab der Planwirtschaft absolutes Gesetz –, noch behauptbar gewesen wäre, lasse ich dahingestellt sein, möchte ich aber im

Grunde verneinen. Es hätte seinen allgemeinen Charakter verloren, womit es kein Gesetz des Sozialismus mehr gewesen wäre.<sup>43</sup>

Im Sozialismus, was auch heißt im Volkseigentum, müssen alle ökonomischen Gesetze allgemeinen Charakters sein, das ist eine Bedingung der Aufhebung von Antagonismen in den Produktionsverhältnissen. Im Sozialismus, dem Kommunismus von Anfang an, können nie Gegensätze bestimmt werden, höchstens Unterschiede, aber auch diese müssen auf einer allgemeinen Bewegung (Bewegung eines Jeden) in die gleiche Richtung beruhen. Alle partizipieren, die einen etwas mehr als die anderen, aber niemand ist ausgeschlossen. Das ist *Volkseigentum*.

In letzter Konsequenz ist es beim Prinzip der materiellen Interessiertheit bei der Form geblieben, die bei der ersten Einführung, dem „Direktor“fonds, gefunden wurde. Dass es bei dieser Form geblieben, hat seinen Grund darin, dass die sowjetische Theorie nie begriff, dass sie an eine andere Praxis der so genannten „Wertbildung“ (bzw. Preisbildung) und folglich der „Gewinnbildung“ geraten war. (Jedes Produktionswachstum war mit einer Erhöhung der Summe der Preise und folglich mit einem Wachstum der *Einkommen in der Geldform* verbunden (Wachstum in der dritten Dimension!) - während in der Werttheorie von Marx produktives Wachstum bekanntlich nur produktives Wachstum ist und kein Wertwachstum, folglich ein Wachstum der Einkommen nicht stattfindet, so dass Wachstum nur ein innerer Prozess in einer an sich gleichbleibenden absoluten Summe sein kann und ein Wachstum an Gewinn auf ein Schrumpfen der Löhne, also auf Umverteilung zurückzuführen ist - Marxsche Werttheorie!)

In dieser Form selbst ist die Unverbindlichkeit für die Formulierung einer allgemeinen Verbindlichkeit gegeben. Nur Gleichheit, und dann Unterschied in einer Gleichheit, kann zur Verbindlichkeit, d.h. einem ökonomischen Maß erhoben werden. Das war weder beim „sozialistischen Wert“ noch beim

---

<sup>43</sup> Ökonomische Gesetze für Individuen müssen in einer allgemeinen Gesellschaft, wie der Sozialismus eine ist, gleich sein. Sie müssen gleiches Recht vermitteln. Wohlgedenkt: Die Gesellschaft muß gleich sein, der individuelle Unterschied, soll er auch zur Geltung kommen, muß vom Individuum ausgehen. Die *Gesellschaft* hat dann zu entscheiden, ob sie den individuellen Unterschieden in ihren gleichen Rechten Rechnung trägt oder nicht. Soviel zur Rechtslage im Sozialismus.

„sozialistischen Gewinn“ garantiert. (Dies nachzuweisen, ist hier nicht der Ort.) Sie waren, das war nun mal die neue Praxis, auf die qualitative Arbeit, also die konkrete Seite der Arbeit bezogen, und die ist bekanntermaßen a priori ungleich. Die Wirkung der konkreten Arbeit (in den verschiedenen Produktionsstätten) ist immer ungleich, die Frage ist nur, woraufhin ungleich?<sup>44</sup>

## Die Begründung mit dem „Leistungstrieb im Sozialismus“

An die Planwirtschaft gibt es den großen Vorwurf, sie arbeite ineffektiv. Die Menschen hätten keine Lust mehr auf Leistung; „Leistung lohne nicht“.

Wer steht eigentlich für diese neue Moral Pate? Der Arbeiter, oder der – Kapitalist?

Gibt es einen Verlust an Leistungswillen oder Leistungstrieb in oder durch die Planwirtschaft an sich? (Man spricht ja von der Planwirtschaft als einer Kommandowirtschaft, sie ließe keinen eigenen Willen zu, nur Ausführung von Befehlen – und das Recht, Befehle zu erteilen, konzentrierte sich bei einer „zentralen Bürokratie“; Partei auch.) Und muß man ausgerechnet die Wertform der Ware wiedererwecken, um die Leistungsbereitschaft der Menschen wieder zu erwecken? So allgemein gestellt ist die Frage ungenau gestellt. Tatsächlich muß es ein Subjekt geben, dessen Interesse/materielle Abhängigkeit direkt an den Wert, die Wertform (wie –menge) gebunden ist. Dieses Subjekt müßte im Sozialismus aber erst geschaffen werden, denn das Subjekt, dessen Interesse so artikuliert war, ist enteignet worden.

Ist es aber so, dass der Leistungswille in der Planwirtschaft sinkt oder gar verschwunden ist? Ich denke, dass hier mit der Wurst nach der Speckseite

---

<sup>44</sup> Im Kapitel „Die Ökonomie des Kommunismus ab der 1. Phase“ wird es einige Erläuterungen zu dieser Frage geben.

geworfen wird. Man will einfach die eine Leistungsbereitschaft, und sieht die andere nicht. Man sieht eben nicht die Form der Leistungsbereitschaft, die allein noch bei einer Planwirtschaft möglich ist. Man sieht nur, dass sie die andere, bekannte der Wertform nicht mehr erlaubt. Man erkennt den Verlust in der Gegenwart am Verlust an Vergangenheit. Aber: Geht es nicht darum, im „Verlust“ in der Gegenwart den Gewinn an Zukunft zu erkennen?

Man kann sehr laienhafte Pläne/Planwirtschaft machen, man kann sie laienhafter machen als man die Warenproduktion widersprüchlich bis antagonistisch machen kann. Probleme in der Fähigkeit, Planwirtschaft zu machen, wird man besonders am Anfang, vor jeder Erfahrung schon mit der Planwirtschaft haben. Aber das ist ein Entwicklungsproblem. Man wird Pläne, da sie ja auch eine entwickelte Subjektbestimmung erwarten lassen, immer besser machen (können). Vor allen Dingen gibt es objektive Kriterien, Pläne/Planwirtschaft zu machen. Diese muß man erkennen, entwickeln, und an sie kann man sich halten, d.h. Planungsfachleute muß man auch ausbilden; Planer ist ein Beruf wie Schweißer ein Beruf ist.

Man wird sich einen Überblick verschaffen, was ein Betrieb produziert, produzieren kann. Das geht gar nicht ohne aktive Mitarbeit der Belegschaften der Betriebe, besonders der Betriebsleitungen. Und das ist keine Entgegennahme eines Befehls, sondern eine Zuarbeit des Betriebes zum Zentrum der Planung. (Man sagt immer, die Planung will einen Betrieb, aber muß man nicht sagen: der Betrieb will einen Plan?) Zur Kapazitätsplanung gehört eine perspektivische Investitionsplanung, die aber in Abhängigkeit zur perspektivischen Produktionsplanung als solcher des Betriebes steht. Hier ist mehr der gesellschaftliche Wille auf das Produkt des Betriebes gefragt, also die „zentrale Bürokratie“ – die nun aber wieder keine Bürokratie, d.h. über der Konsumtion stehende Behörde ist, sondern die eine solche Behörde ist, die auch Bedarfsforschung als Element der Planwirtschaft betreibt. Es gibt keine Planung, die nur nach einer Seite, der Seite der Produktion arbeitet; um Planung zu sein, muß sie auch Planung/Erfassung nach der anderen Seite, der Seite der Konsumtion sein. Das ist die Planung, die auch unter dem Begriff „Markterfordernis“ in jeder Warenökonomie auftritt und die auch in der Voraussetzung nicht den Betrieb, sondern den bewußten Käufer, also ein äußeres Bedürfnis „auf den Betrieb“ unterstellt. Planung ist in einem gewissen Sinne nur Vermittlung zwischen Produktion und Konsumtion. Genau betrachtet

ist Planung nichts als bewusste Erfassung, möglichst genaue Vorausschau der Prozesse, die in einer Warenproduktion spontan ablaufen, also im Prinzip dort ebenfalls ablaufen, nur eben nicht „kommandiert“. (Außer „selbstkommandiert“, und: muß das besser sein?)

Muß man von vornherein davon ausgehen, dass Planwirtschaft die an sich ökonomisch notwendigen Prozesse schlechter erfasst, nur deshalb, weil sie „von außen“ als Auftrag an den Betrieb herangetragen werden? Und nicht nur und allein vom Betrieb eingeschätzt und realisiert werden?

Was hat die Planung/Planungsbehörde jeder betrieblichen Hoheit voraus? Das Gesamtwissen über die Bewegung der Ökonomie, ihrer einzelnen Einheiten, das Wissen um den Zusammenhang einer *Gesellschaft*. Genaugenommen sogar die Gesellschaft selbst, sie erscheint ja erst dadurch als Ganzes, als Gesellschaft, dass sie sich von sich eine Vorstellung für die Zukunft gibt. Das kann gar kein Betrieb im Einzelnen können, er kann maximal nur sich einschätzen, vielleicht noch zwei, drei andere ökonomische Beziehungen. In der Planung ist – nach Möglichkeit „genau“ – vorweggenommen, was sich sonst die Betriebe im Einzelnen mühselig erarbeiten müssen. Planung ist an sich der Versuch, die Wirtschaft als einen Gesamtbetrieb zu erfassen und zu leiten. (Gibt es nicht kapitalistische Unternehmen, die bereits die Größe kleiner Volkswirtschaften erreicht haben? Generalmotors ökonomisch gesehen gleich groß Schweden, las ich einmal: Und: wie geht nun Generalmotors *in* Generalmotors vor?)

Der Betrieb in der Planwirtschaft ist nicht ohne eigene Leistungsanforderung, Planung kann nicht exakt funktionieren, ohne dass der Betrieb mitarbeitet und seinen Beitrag dazu leistet, dass der Plan ein Plan ökonomischer Realität ist. Dass der Leistungswillen der Betriebe in der Planwirtschaft erstirbt, so dass alle Initiative auf die Zentralen der Gesellschaft übergeht, und letztlich „unten“ kein eigener Wille mehr ankommt bzw. bleibt, stimmt insofern, dass natürlich ein bestimmter ökonomischer Wille nicht mehr erscheint, tatsächlich den Bach heruntergeht: Das ist der Wille, die eigenen Waren so teuer wie möglich zu verkaufen, einen Gewinn/Profit so hoch als möglich zu erzielen, d.h. den Betrieb auf Kosten aller anderen Betriebe zu bereichern. Freie Preisgestaltung, Konkurrenz mit der eigenen Ware gegen andere Waren gibt es in einer Planwirtschaft nicht. Und was die Rationalität, Rentabilität, Kostensenkung usw. angeht, so beachte man die Form der inneren betrieblichen

„Rechnungsführung“ als eigenständiges Gebiet der wirtschaftlichen Rechnungsführung und setze dieses System gegen jenes der Wert- und Profitmaximierung. (Und dass da noch manches zu tun war, will ich nicht bestreiten.)

Niemand verneint, dass das ökonomische Prinzip der Warenproduktion ein rationales ist (aber es ist nicht nur ein rationales Prinzip), aber heißt, dass wenn das Prinzip der Warenproduktion ein rationales ist, dass das der Planwirtschaft kein rationales Prinzip ist? Man muß schon Gläubiger der Warenproduktion sein, um das zu verneinen.

## Die Begründung mit dem „ökonomisch selbstständigen Betrieb“

Kommen wir zum letzten Punkt, oder letzten Argument einer Begründung des Sozialismus als einer besonderen Warenproduktion. Wir sprechen das zu findende Subjekt jetzt direkt an: „der relativ (*relativ oder nicht relativ ist hier eigentlich egal, der Begriff war sowieso nur ein Feigenblatt, es geht bei der Ware ja um ökonomische Selbstständigkeit, J.*) ökonomisch selbstständige Betrieb“, oft auch „eigenverantwortliche Betrieb“ genannt oder manchmal wird auch nur von der „Eigenerwirtschaftung der Mittel“ - gemeint sind die Geldmittel - durch den Betrieb gesprochen.

Nachdem es im 1. Lehrbuch noch heißt, dem in die Planwirtschaft integrierten Betrieb werden staatlicherseits „die seinem Produktionsprogramm entsprechenden materiellen Fonds zugewiesen“, sollte es keine leichte Aufgabe sein, diese ökonomische Selbstständigkeit des Betriebes aufzuspüren. Von ihr wird ja wie von einer Tatsache gesprochen, aus ihr auch die tatsächliche Wertform der Produkte abgeleitet – nur, wir finden diese tatsächliche Selbstständigkeit nicht und daher auch nicht die tatsächlichen Wertformen,

sondern nur die realen der Planwirtschaft, die auch einer Selbstständigkeit der Betriebe, aber im Rahmen einer Planwirtschaft entsprechen, das ist der ganze Salat.

Noch einmal ein Blick in die Lehrbücher, was finden wir da an Aussagen über die „ökonomische Selbstständigkeit der Betriebe“, oder, in einem zweiten Blick, was über die „ökonomische Selbstständigkeit eines Betriebes in einer Planwirtschaft“? Vielleicht finden wir zum letzteren auch etwas – mehr.

Sagen wir so: Lehrbuch 1 enthält noch keinen Hinweis auf eine ökonomische Selbstständigkeit der Betriebe, die eine Warenproduktion im Sozialismus notwendig mache, d.h. diese Begrifflichkeit wird noch nicht gebraucht, und brauchte auch nicht angewendet zu werden, weil da ja noch das viel weitergehende der beiden besonderen Eigentumsformen stand. (Man war noch nicht bei der *Arbeit als einer besonderen* angelangt, sondern erst bei einem *Eigentum als einem besonderen*.)

Lehrbuch 2 enthält dann eine solche Stelle, aber nur in der angenäherten Form (siehe obiges Zitat aus Lehrbuch 2, dort Seite 538), das ist noch nicht direkt die Behauptung, die Betriebe würden im Sozialismus ökonomisch selbstständig sein, aber der Übergang zu dieser. Erst in späteren theoretischen Abhandlungen erscheint dieser Fakt explizit und gehäuft. Während die sowjetische Wissenschaft bis zu diesem Argument mehr oder weniger eine Einheit verkörpert, beginnt sie sich ab ihm zu spalten, besser: aufzuspalten.

Ich zitiere zunächst aus späteren Publikationen, darunter erstmals auch aus nicht sowjetischen (nicht russischen), sondern deutschen.

Die DDR hat zwei Lehrbücher zur politischen Ökonomie des Sozialismus veröffentlicht (neben weiteren Lehrheften für Hochschulen und diversen Einzelpublikationen, die im Wesentlichen aber dieselben Argumentationslinien aufweisen wie die sowjetischen). Das erste von 1967 war in die Zeit des NÖS (Neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft) hineingeboren worden, also in die Zeit eines Reformexperimentes, in dem es viel um mehr Selbstständigkeit und Selbstverantwortlichkeit im unteren ökonomischen Bereich ging. Ich habe gesucht und eigentlich gedacht, ich müßte eine solche Stelle finden – wo von der ökonomischen betrieblichen

Selbstständigkeit als Ursache der Warenproduktion im Sozialismus gesprochen, aber Irrtum. Ich fand diese Stelle nicht.<sup>45</sup>

Aber im zweiten Buch der DDR zur Politischen Ökonomie des Sozialismus von 1974, als das NÖS schon überwunden schien, fand ich sie<sup>46</sup>:

„Die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung (!, J.) für die Existenz von Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus. Während die gesellschaftliche Arbeitsteilung fortwährend existieren wird, wird es die Ware-Geld-Beziehungen nicht immer geben. Es muß folglich eine weitere Ursache (!, *Arbeitsteilung als Ursache*, J.) vorhanden sein, die die Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus hervorruft. Es ist dies die relative ökonomische Selbstständigkeit der sozialistischen Betriebe.“<sup>47</sup>

---

<sup>45</sup> In diesem Lehrbuch heißt es vielmehr ganz allgemein: „Die Warenproduktion im Sozialismus ergibt sich objektiv (!, J.) aus dem Wesen des sozialistischen Aneignungsgesetzes und damit aus der Gesamtheit des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse...“. Ebda. Seite 264. Das „sozialistische Aneignungsgesetz“, das bislang, also von der sowjetischen Wissenschaft, noch nicht in die Theorie eingeführt worden, ist eine DDR-Erfindung. Aber so allgemein definiert („und damit aus der Gesamtheit des Entwicklungsstandes der Pk und Pv“), ist das Argument unschlagbar. Man könnte natürlich auch sagen, die Warenproduktion sei aus unserer Faulheit begründet, nämlich der, uns näher Gedanken zu machen, was wir eigentlich wollen, warum wir eigentlich den Kapitalismus kritisiert haben. Wir sind halt vorstellungslos in den Kommunismus gelangt, und machen erst mal weiter so, wie im Kapitalismus gewöhnt worden.

<sup>46</sup> Aus dem Erscheinungsjahr 1974 folgt aber auch, dass die DDR-Wissenschaft das eigentliche Anliegen des NÖS theoretisch weitergetrieben hat. Wir haben dadurch die Tatsache zu verzeichnen, dass bis in unsere Zeit ein wesentlicher Teil der einst maßgeblichen Theoretiker der DDR dem Reformgedanken des Sozialismus eingeschworen blieb; ehemalige DDR-Wissenschaftler stellen den maßgeblichen Teil jener Reformer, die ein anderes Sozialismus-„Modell“ als das planwirtschaftliche protegieren, mehr noch als dies von ehemaligen sowjetischen Wissenschaftlern bekannt ist.

<sup>47</sup> In: „Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus“, Dietz Verlag Berlin, 1974, S. 523.

Hier haben die Autoren wahrscheinlich ihrem Herzen einen Stoß gegeben, endlich ist es ausgesprochen – das ökonomische Subjekt. Einen Absatz weiter bekräftigen sie:

„Das Volkseigentum an den Produktionsmitteln als gesamtgesellschaftliches Eigentum besitzt im Sozialismus die Besonderheit (*der Begriff Sozialismus besitzt hier eigenständigen Status für den Kommunismus, also besonderes Volkseigentum, J.*), dass die Betriebe im Rahmen des Volkseigentums (*noch einmal Volkseigentum, J.*) relativ ökonomisch selbstständig sind.“

Das *Volkseigentum* besitzt die Besonderheit, dass die Betriebe selbstständig sind; wenn das mal keine Herausforderung ist – an das Volkseigentum.

Wenn den Betrieben „im Rahmen des Volkseigentums“ zukommt, „relativ ökonomisch selbstständig zu sein“, was kommt dann dem Volkseigentum zu? Ökonomisch doch wohl gar nichts. Vom Rahmen nur für Besonderheiten geht offensichtlich gar keine ... Besonderheit aus. Nämlich etwas Allgemeines.

Aber was nun nicht eintreten sollte, ist, dass beim Beleg der Selbstständigkeit der Betriebe Funktionen aufgeführt werden, die auch sehr gut zur Planwirtschaft gehören und in denen die Betriebe Funktionen der Planwirtschaft ausführen, ausführende Funktionen also, worin nur sie selbstständig, jeder für sich anders, auftreten, nicht aber in einer allgemeinen Bestimmung, wo die Selbstständigkeit des einen Betriebes nur für die Selbstständigkeit des anderen Betriebes steht.

Leider ist das aber der Fall:

„Auf der Grundlage der von der zentralen staatlichen Planung vorgegebenen verbindlichen (!, J.) Kennziffern, wie Sortiment der Produktion, Senkung der Kosten, Steigerung der Arbeitsproduktivität und anderes, tragen die Betriebe die volle Verantwortung (!, J.) für die bedarfsgerechte Produktion, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, die Senkung des Aufwandes an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit, die Herstellung einer hohen Erzeugnisqualität und anderes.“ (ebda. S. 523)

Nun, dass ich „voll verantwortlich“ bin (ich oder wir, aber niemand anderes), ist natürlich auch eine Selbstständigkeit, eine Fixierung auf einen bestimmten Personenkreis, aber ist denn das gemeint?

„Die relative ökonomische Selbstständigkeit der Betriebe ist zweifach bedingt: Materiell und ökonomisch. Materiell-technisch ergibt sie sich durch die Anwendung der verschiedenartigen Arbeitsmittel, die unterschiedlichen technologischen Prozesse, die unterschiedliche materiell-technische Ausstattung, die Arbeitsteilung und Spezialisierung und anderes.

Ökonomisch ist sie im sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und in der Besonderheit des unmittelbar gesellschaftlichen Charakters der Arbeit begründet.“ (S. 523/24)

Bis hierher, würde ich sagen, ist nur auf eine Unterschiedlichkeit der Betriebe in konkreter Hinsicht, auf ihren besonderen konkreten Charakter aufmerksam gemacht, und der Hinweis auf eine (imaginäre) Besonderheit im Eigentum und im Charakter der Arbeit, die aber „unmittelbar gesellschaftlich“ wäre, hatten wir schon. Was wir aber noch nicht hatten, war, dass wir eine Selbstständigkeit begründet sehen, die uns die *Notwendigkeit der Warenform* erschließt, worin also Selbstständigkeit und Warenform zwei sich ergänzende, kompatible, also austauschbare Begriffe sind.

Vielleicht hier:

„Bei der Produktion (? , J.) sowie beim Austausch der Erzeugnisse erweist sich (*aber dahin wollten wir doch erst kommen, nun ist er schon da, der Austausch, J.*), dass im Sozialismus der unmittelbar gesellschaftliche Charakter der Arbeit noch nicht die Reife hat, um die in den Betrieben und Genossenschaften verausgabte Arbeit, die immer konkrete Arbeit ist (*unverständlich in diesem Zusammenhang, J.*), nach dem Maß der Zeit, als dem der Arbeit immanenten Maß, gleichsetzen zu können. (*?, diese Reife ist wahrscheinlich geschenkt, winkt denn im Kommunismus immer noch die Gleichsetzung?, und vor allen Dingen: der konkreten Arbeit?, J.*) Eine Stunde Arbeitsaufwand im Betrieb A für die Herstellung des Erzeugnisses X ist nicht gleich einer Stunde Arbeitsaufwand im Betrieb B für die Herstellung des Erzeugnisses Y.“ (ebda.)

Arbeitsstunden zweier *verschiedener Erzeugnisse* sollen gleichgesetzt werden? Das verstehe ein anderer, hier hat wohl noch einer Warentheorie geübt.

Individuell verschiedene Arbeitszeiten für ein und das selbe Produkt müssen doch „gleichgesetzt“, d.h. miteinander „verglichen“ werden, und das Ergebnis des „Vergleichs“ ist eine verbindliche Arbeitszeit, die für beide gilt. Und da das

durchgehend für alle Waren, alle Arbeit exerziert wird, tritt uns der gesamte Warenkörper der Gesellschaft als gleichgesetzt entgegen, ist die ganze gesellschaftliche Arbeit in vergleichene, gleichgesetzte Arbeit verwandelt; was man von der einen Arbeit sagen kann, kann man für jede Arbeit sagen, insofern ist abstrakte Arbeit nicht schlechthin von der Substanz her gleiche Arbeit („Verbrauch von Muskel, Nerv und Hirn“, Marx), sondern auch gesellschaftliche abstrakte Arbeit („gesellschaftlicher Muskel, gesellschaftlicher Nerv, gesellschaftliches Hirn“). Die Privaten haben einen gesellschaftlichen Arbeitsbegriff (geboren).

Aber das ist kein *unmittelbarer* Gesellschaftsbegriff für die Arbeit. Und den gibt es auch.

Aber was wollten wir denn noch wissen? - Ob es eine ökonomische Selbstständigkeit des Betriebes gibt, die eine des Wertes ist, eine Selbstständigkeit ist bezogen auf den Wert, den *eigenen* Arbeitsaufwand, in der korrigierten, überprüften Weise, ob sie auch gesellschaftliche Durchschnittsarbeit ist. Man sagt uns immer Gründe für den Wert, indem man auf Besonderheiten in der Arbeit verweist. Das ist doch gar nicht die Frage! Wir wollen doch wissen, ob der Wert ein Recht ist und welche Gründe *dafür* in Frage kommen. Ist der Wert (der Ware) Maß und Grenze für einen Betrieb, operiert er selbstständig mit ihm, redet ihm da keiner rein, kein Staat, keine Partei, keine „zentrale Bürokratie“? Nur dann, wenn das so ist, wenn uns der Betrieb wie ein *Eigentümer seiner Arbeit* entgegenkommt, dann ist der Betrieb ein ökonomisches Subjekt, und dann kann mit der Planwirtschaft (dem Staat, der Partei, der Bürokratie) kein anderes Subjekt, oder kein anderes ökonomisches Recht, sagen wir einer Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, den Betrieben gegenüber mehr entstehen. Oder es gibt das ökonomische Recht dieser Gesamtgesellschaft – und dann ist es eines, dem kein anderes, also unteres, betriebliches mehr gegenübergestellt sein kann. *In letzter Konsequenz gibt es nur eine Arbeit, und nur zwei Möglichkeiten, Hoheit über sie auszuüben. Entweder von der einen, oder von der anderen Seite her.*

Worein wir hier aber, bei der Begründung durch dieses DDR-Lehrbuch hineinrutschen, ist nichts, als einen Unterschied in der Kompliziertheit der Arbeit, („Unterschied von geistiger und körperlicher, von Arbeit in der Industrie und in der Landwirtschaft“) zu konstatieren. Aber das hatten wir schon. Wir differenzieren den Lohn – in einer ersten Phase des Kommunismus

-, und dann haben wir das Problem gelöst. Aber, um das Problem „zu lösen“, erst „konkrete auf abstrakte Arbeit zu reduzieren“, wie es dann weiter – und in all den anderen schon angeführten Texten – heißt, ist viel zu kompliziert. *Nur wenn verlangt ist, dass die Ausgaben aus den Einnahmen beglichen werden müssen*, dann muß der Preis so groß oder hoch sein, dass er allen Umständen gerecht werden kann. Er muß also auch die Löhne der kompliziertesten Arbeit/Arbeiter aufnehmen können, und „darüber hinaus auch noch einen Gewinn erbringen“, denn man muß ja auch für die Erweiterungsinvestitionen „selber aufkommen“, wie es so schön in der Begrifflichkeit der ökonomischen Selbstständigkeit heißt, oder wenn sie eine sein soll, die ihrem Begriff gerecht wird.

Aber: Selbst wenn wir diesen Preis dann gefunden haben – und das dürfte im Prinzip nicht schwer fallen (wertgerechte Preise gibt es ja übergenug, sie sind alle bekannt) -, müßte der Preis eines tun: Auf die Wertveränderungen reagieren, also sinken, wenn der Wert sinkt, und steigen, wenn er steigt. Sonst bleibt (!) kein Preis gleich dem Wert. Uns interessiert nicht die Warenproduktion in ihrer Einmal-Bestimmung, die nur die Theorie sich auf die Brust klopfen lässt („Recht gehabt, Genosse“), und dann geht alles weiter wie gehabt im Sozialismus (Preise bleiben also fest, und Summe der „Wert“- = Preissteigerung steigt wie die Summe der Produkte steigt, womit die Preise natürlich wieder ungleich dem Wert nach werden müssen!). Uns interessiert die Bestimmung in ihrer Bewegung; der Wertbezug ist ein bewegender, dynamischer Bezug in der Wirtschaft.<sup>48</sup>

Eigentlich soll es darum gehen, zu einer anderen, höheren Art der Differenzierung von Löhnen, Lohnhöhen überzugehen, als nur nach der simplen Art des reinen Zeitunterschieds, wie lange jemand arbeitet, zu differenzieren. Dazu sollen Löhne/Einkommen in Beziehung auf die Produktion bestimmt werden. Aber dieser Bezug kollidiert mit dem gesellschaftlichen Eigentum, weil die besonderen Bedingungen in der Produktion in Folge des gemeinsamen Titels auf die Arbeit allen Arbeitern der

---

<sup>48</sup> Wir übersehen hier nicht, dass auch der Festpreis-Bezug ein dynamischer Bezug zur Arbeit ist, eben ihrer anderen, der produktiven, konkreten Seite, oder einfach Mengen-Seite. Während die Dynamik des Wertes sich den Preisen im Einzelnen, vermittelt sich die Dynamik der Produktivkraft den Preissummen im Gesamten.

Gesellschaft gemein sind. Ist jedoch von vornherein klar, dass es sich um Sonderformen der Entlohnung handelt, um Einmalbezüge, dann geht das, dann ist das mit dem Volkseigentum dem Begriff nach noch zu vereinbaren; anders, wenn es sich um einen Dauerbezug handelt. Dann wird Besonderheit Eigentum! Dann entsteht ein Recht.

Genaugenommen ist, wenn die Arbeit unmittelbar gesellschaftlichen Charakter besitzt, auch die Arbeitszeit unmittelbar gesellschaftlichen, gleichen Charakters. Stunde ist gleich Stunde ohne Bezug auf besondere Produktionsstätten und deren „Verglichenheit“. Und dann müssen die besonderen Arbeitserträge so genommen werden wie sie entstehen; sie gehen an die gesellschaftliche Hoheit, diese verfügt über sie, d.h. verteilt an alle. Der Beste und der „Schlechteste“ (Betrieb, Arbeiter im Betrieb) werden ausgeglichen von jedem angeeignet. D.h. dieses Problem des individuellen Unterschieds in der Produktion verschwindet in der Verteilung, wird in der Form der Verteilung nicht mehr ein ökonomischer Gegenstand. Anders, wenn für die Arbeit noch eine Vermittlung erst ihres gesellschaftlichen Charakters unterstellt ist. In der Wertform der Zeitbestimmung sind alle Unterschiede und Besonderheiten in der Produktion in der Zeitbestimmung verarbeitet, und sind angeeignet, wenn die Zeit, also unsere berühmte Wertform angeeignet ist (in der Form einer Geldmenge). In der Wertform der Zeitbestimmung ist bereits eine Differenzierung enthalten.

Irgendwie ist es auch irre, wenn immer wieder die Wertform der Zeitbestimmung ins Spiel gebracht wird. Es ist, als würde ihr übergeordnete Bedeutung bei der Einflußnahme auf die Effektivität der Produktion zugeordnet. Aber das Problem ist auch wieder, dass sie im Sozialismus in Lohn umgesetzt werden müßte (wenn sie Bedeutung für die Aneignung haben soll), denn der Wert selbst gilt ja nicht als Lohn. Nur der Lohn wird angeeignet. (Und für den Betrieb als solchen ist der Wert eben kein Maß und keine Grenze für Aneignung, weil sich diese nicht nach den Einnahmen begründet – Einnahmen sind für den Betrieb nur eine Voraussetzung -, sondern nach den so genannten Markterfordernissen, also aus dem Bedarf am Gebrauchswert.)

Aber der Lohn hat sein Maß und seine Grenze nur im Wert, wenn der Wert (die Einnahmen) eine Grenze für den Lohn wären. Was sie aber in einer gesellschaftlichen Abhängigkeit der Lohnhöhen nicht sein müssen. Wir erkennen hier den aufkeimenden Gegensatz zwischen Wertbestimmung (aus

dem Wert bestimmen) und gesellschaftlicher Lohnbestimmung (aus der Gesamtarbeit bestimmen), der jeder Planwirtschaft oder realen sozialistischen Wirtschaft früher oder später blüht.

Schauen wir noch einmal nach Moskau, zu Prof. Zagolow von der Moskauer Lomonossow-Universität. Auch er hat ein vielbeachtetes Buch über die sozialistische ökonomische Theorie geschrieben. Wie sieht er nun die ökonomische Selbstständigkeit der Betriebe und deren Einfluss auf die Notwendigkeit der Ware im Sozialismus; interessant sein Anfang:

„Warenbeziehungen sind vielseitig begründet (*glaubt er, stimmt natürlich nicht, nur wenn man die Eigentumsbeziehung außer Kraft, in Frage stellt, gelangt man an die ‚vielseitige Begründung‘, J.*). Im Sozialismus ist die relative ökonomische Selbstständigkeit der Mitglieder der Gesellschaft als Werk-tätige (!, J.), die qualitative Unterschiedlichkeit ihrer Arbeit ihre Grundlage. (*Also nicht die Betriebe, sondern die Werk-tätigen selbst sind es, die ökonomisch selbstständig sind; was für ein Gewinn – ausgerechnet im Sozialismus, J.*) Die gesellschaftliche Erfassung der Arbeit des einzelnen Produzenten wird nicht unmittelbar vorgenommen (*nicht am Arbeitsplatz selbst, man stelle sich das einmal konkret vor, J.*), sondern durch das Produkt des Gesamtbetriebes. Das hat die relative ökonomische Selbstständigkeit der Betriebe im Rahmen einer einheitlichen planmäßigen gesellschaftlichen Produktion zur Vorbedingung (*es gibt kein Argument pro Ware, das die sowjetischen Wissenschaftler nicht sofort wieder relativieren, z.B. dass alles aber im Rahmen der Planung vor sich geht, J.*), die zu den wichtigsten Charakteristika des ökonomischen Wesens des Volkseigentums in der gegenwärtigen Etappe seiner Entwicklung gehört und mehrere bedeutungsvolle sozialökonomische Konsequenzen hat. Äußerlich betrachtet ist es nachgerade diese Selbstständigkeit der Betriebe, welche als unmittelbar nächstliegende Ursache der Warenbeziehungen im Sozialismus erscheint. Wie wir jedoch gesehen haben, sind nicht die gegenseitigen Beziehungen der Betriebe, wie bei privater Warenproduktion, der Ausgangspunkt, sondern die Beziehungen der einzelnen Werk-tätigen zur Gesellschaft, die durch Beziehungen zwischen den Betrieben realisiert werden, die auf dem Austausch durch Entgelt beruhen.“<sup>49</sup>

---

<sup>49</sup> Lehrbuch „Politische Ökonomie/Sozialismus“, Herausgegeben vom Lehrstuhl Politische Ökonomie der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Moskauer

Wenn schon, denn schon, muß wohl der Professor N. A. Zagolow gedacht haben; wenn Warenproduktion schon durch ökonomische Selbstständigkeit begründet, dann gleich beim einzelnen Werk tätigen selbst. Und die Beziehung wird eigentlich nur zwischen diesem einzelnen Werk tätigen und der Gesellschaft abgemacht, der Betrieb vermittelt nur. Der Betrieb ist nur deshalb ökonomisch selbstständig, weil es seine Arbeiter sind. Vielleicht macht das die Relativität in der Selbstständigkeit der Betriebe aus?

Die Begründung der Ware im Sozialismus mit einer ökonomischen Selbstständigkeit des einzelnen Werk tätigen selbst führt so sehr aus dem Schema der bisher üblichen Argumentation heraus, dass sie diese eigentlich schon wieder konterkariert; sie ist verdeckt eine Begründung mit dem *Arbeiter* als einem besonderen statt mit der *Arbeit* als einer besonderen. Zagolow entzieht damit der „betrieblichen Arbeit“ das Subjekt! Betriebliche Arbeit – das führt zur warenproduzierenden Arbeit hin, betrieblicher Arbeiter - das führt von ihr weg. Das ist so, auch wenn das Zagolow noch nicht erkennt. Der Begriff der betrieblichen besonderen Arbeit führt zum Eigentum hin, denn nur im Eigentum ist eine Einheit von Arbeit in gegenständlicher und in lebendiger Form ausgesprochen – und das erscheint in einer besonderen arbeitszeitlichen Bestimmung, aber der Begriff des besonderen betrieblichen Arbeiters führt zur Trennung des lebendigen Arbeiters von den gegenständlichen Bedingungen der Arbeit hin, also nicht zur Wertbestimmung der Arbeitszeit hin, sondern von ihr weg.

Wir sagten schon, dass eine Begründung mit dem Arbeiter über den Lohn abgemacht wird resp. werden kann, aber es keiner besonderen Zeitbestimmung bedarf, diesen besonderen Lohn zu bestimmen. Die Bestimmung eines Lohnes für den Arbeiter ist gegen die Bestimmung einer Zeit für die Arbeit des Arbeiters neutral, d.h. sie ist nur mit einer anderen Form der Zeitbestimmung vereinbar: direkten. D.h. sie ist für alle Arbeiter gleich, die gleiche. Das gilt auch dann, wenn die Preise wertbestimmt sind, d.h. wenn für die gegenständliche Form der Ware noch das Wertprinzip der Arbeitszeitbestimmung gilt. Es ist eine Frage der Preise, was sie sind – und das wird dann zu einer Frage der Form (!) der Löhne. Bewegen also die Preise mit

den Werten, so müssen Löhne diese Bewegung aufnehmen; reagieren die Preise aber nicht auf die Werte, so folgen Löhne auch dieser Nichtreaktion, d.h. sie bleiben dann unberührt vom Wert. Aber es ist keine Frage der Löhne, was Preise zu sein haben. D.h. es berührt die Preise (die an sich auf Werte/Zeiten reagieren) nicht, in welchem Verhältnis Löhne zu welcher Arbeitszeit gebildet werden, das ist nicht ihre Zeit, auf die sie zu reagieren hätten. Mit anderen Worten: Es ist eine Frage der gesellschaftlichen Bestimmung, was Preise sind – Wertpreise oder Festpreise, und das wird dann zu einer Frage der Löhne; sie müssen mit der Preisform kompatibel sein. Aber es ist nicht umgekehrt so, dass sich aus den Löhnen eine Preisform bestimmt, und das sind dann die Preise. Nicht die Löhne machen Festpreise, aber aus der Tatsache, dass der planwirtschaftliche Sozialismus zu Festpreisen übergegangen ist, folgt, dass sich aus dem Mechanismus der Festpreise insgesamt eine Lohnform und Lohnbewegung ergibt, die anders verläuft als bei Wertpreisen. Nur weil die Preise bei steigender Produktivkraft nicht sinken, sondern aus selbem Grund die Summen der Preise bei Festpreisen im Einzelnen steigen, können Löhne überhaupt bei steigender Produktivkraft der Arbeit steigen, ohne dass ihre Steigerung auf Umverteilung von Gewinn in Lohn beruht.

Was aber bei den Moskauer Professoren herauskommt, ist, dass sich aus einer Bestimmung, die bei den Werktätigen getroffen werden müssen, Wertpreise ergeben; und das kollidiert mit der Praxis. Das mag (auch) ein Wille gewesen sein, aber das war nicht die Realität.

Prof. Zagolow mochte geglaubt haben, dass sich aus einer Bestimmung für den Arbeiter eine Bestimmung für die Arbeit ergibt. Also weil für den Arbeiter unterschiedlicher Lohn zu zahlen wäre, müsse auch die Arbeit eine *unterschiedlich bestimmbare sein, was nur möglich wäre, wenn ein verbindliches Maß existierte*. Das ist aber ein Irrtum. Richtig ist, dass, wenn das Eigentum ein einheitliches, auch die Arbeit eine einheitliche ist. Und die Unterschiede werden am Arbeiter selbst bestimmt – per unterschiedlichen Lohn, was unter Bedingung jeglichen Preises möglich ist, also nicht *zwingend* den Wertpreis, oder das Produkt als Ware, im Sozialismus notwendig macht. Der Festpreis oder Nichtwertpreis macht es auch.

## Koslow widerspricht...

Wir hatten davon gesprochen, dass, angekommen beim letzten, „höchsten“ Argument der Begründungstheorie, eine Aufspaltung der an sich getreuen sowjetischen Ökonomen eintrat. Dem Argument von der ökonomischen Selbstständigkeit der Betriebe, ein Argument ganz nahe dem Ursprungsargument vom Privateigentum an den Produktionsmitteln, quasi ja auch Privateigentum an Betrieben, wurde auf das Heftigste widersprochen. Prinzipiell widersprochen, d.h. mit dem Argument – endlich – der *Ursache und Notwendigkeit des Volkseigentums und dem unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit*, mit dem Wesen der Planwirtschaft, äußert sich G. A. Koslow.<sup>50</sup>

Es lohnt ein Zitat in voller Länge:

„In einigen Arbeiten wird die Notwendigkeit der Warenbeziehungen aus der wirtschaftlichen Verselbstständigung der sozialistischen Betriebe abgeleitet. Natürlich ist unter den Bedingungen des sozialistischen Wirtschaftens eine gewisse Verselbstständigung der Betriebe vorhanden. (*Wir sagten, dass es eine Selbstständigkeit der Betriebe auf Basis der konkreten Arbeit, also der Arbeitsteilung gibt, J.*) Sie ist jedoch nicht Ursache, sondern die Folge der Ware-Geld-Beziehungen, ein wichtiges Merkmal, das durch diese Beziehungen hervorgerufen wird. (*Das ist natürlich nicht richtig; keine Selbstständigkeit an sich, die die Warenform zur Folge hat, aber die Warenform als solche, die die Selbstständigkeit zur Folge hat. Koslow rollt den Faden nur retour, und warum? Weil er natürlich auch die Warenproduktion im Sozialismus begründen will, J.*) Das Bestreben, die Ursachen der Warenproduktion in der Verselbstständigung der Betriebe zu suchen, bietet sich durch Analogie mit der vorsozialistischen Warenproduktion an (*ist also nichts als Analogie mit dem Kapitalismus; hört sich für sozialistische Ohren nicht gut an, J.*). Die sozialistische und die privatkapitalistische Warenproduktion haben jedoch einen prinzipiell voneinander verschiedenen Inhalt. (*Na, bezogen auf die Wertform doch wohl nicht?, J.*)

---

<sup>50</sup> In: „Politische Ökonomie / Der Sozialismus – die erste Phase der kommunistischen Produktionsweise“, Deutsch: Dietz Verlag Berlin, 1973.

Manchmal beruft man sich darauf, dass die sozialistischen Betriebe berechtigt sind, über die Produktionsmittel zu verfügen und diese zu nutzen. Ein solcher Hinweis ist unbegründet. (*Nun, so simpel ist die Erklärung der ökonomischen Selbstständigkeit nun auch wieder nicht, J.*) In jeder beliebigen Phase des Kommunismus werden die einzelnen Betriebe die Verfügungs- und Nutzungsgewalt besitzen. Das ist keine spezifische Besonderheit des Sozialismus. Auch in der kommunistischen Gesellschaft (*an sich in der Planwirtschaft, J.*) werden die Betriebe Fonds zugeteilt bekommen und für deren Erhaltung und Mehrung verantwortlich sein. Schließlich werden die von der Gesellschaft bevollmächtigten Leiter der Betriebe im Kommunismus ebenfalls mit den üblichen Rechten hinsichtlich der Disposition über das gesellschaftliche Eigentum ausgestattet sein (*ergo: Sozialismus gleich Kommunismus, oder?, J.*). [...]

Eine gewisse Verselbstständigung der Betriebe in wirtschaftlich-technischer Hinsicht charakterisiert an und für sich nicht die Entwicklungsstadien des gesellschaftlichen Eigentums (*!, Koslow wendet sich dagegen, die Selbstständigkeit der Betriebe in einen Zusammenhang zu bringen mit besonderen Stadien des Volkseigentums – was aber gerade das Argument der Warenheroen ist: Betriebe sind selbstständig, weil das Volkseigentum „noch unreif“, nicht „vollständig kommunistisch“ ist, J.*). Man darf auch nicht denken, dass ein Betrieb irgendwann von der Gesellschaft unbeschränkt Ressourcen erhalten würde (*nun, das ist beim Wertverhältnis auch nicht der Fall, J.*) oder, genauer gesagt, unabhängig von dem durch den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand festgelegten Rahmen. (*Hier bricht unser lieber Koslow ein, und zwar deshalb, weil er gegen die Selbstständigkeit der Betriebe polemisiert, aber dennoch Bindung an den Wert verlangt, J.*) In diesem Sinne wird eine gewisse wirtschaftlich-technische Verselbstständigung der Betriebe so lange vorhanden sein, wie die Betriebe selbstständige Glieder der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bleiben werden. (*Koslow verkennt hier etwas, Selbstständigkeit nach der Arbeitsteilung ist nicht dasselbe wie Selbstständigkeit der Wertbildung nach J.*) In absehbarer Perspektive wird das auch für die zweite Phase des Kommunismus charakteristisch sein. Auch dann wird es noch erforderlich sein, den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand für jeden Betrieb auszuweisen. (*Wert auch im Kommunismus, also immer und ewig?, J.*) Das bedeutet jedoch keineswegs, dass auch die

Warenproduktion erhalten bleibt. (*Den Wert erhalten, die Ware nicht? Koslow „formuliert“, oder besser: fabuliert, J.*)

Dem gesamtgesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln entspricht nicht die Verselbstständigung der Betriebe, sondern ihre Einheit (*der Betriebe!*, J.), nicht die für das Privateigentum charakteristische Zersplitterung, sondern die planmäßige Kooperation der Arbeit im volkswirtschaftlichen Maßstab. (*Also keine Ware, weil doch keine Selbstständigkeit, jedenfalls nicht die, die die Ware erzeugt?, J.*) Gleichzeitig bedingt die Notwendigkeit der Erfassung und Kontrolle des gesellschaftlichen Arbeitsaufwands und die materielle Stimulierung über die Warenbeziehungen die für den Sozialismus spezifische (!, J.) ökonomische Selbstständigkeit der einzelnen Betriebe (*Koslow, der die Wege der anderen ablehnt, sucht dennoch den Weg zu sich: die Ware also notwendig, nur weil das Messen des Wertes notwendig?, J.*)

[...] Die Vereinigung der Betriebe auf der Grundlage des allgemeinen Volkseigentums und des gesellschaftlichen Charakters des Reproduktionsprozesses (!, *neuer Gedanke, J.*) verleiht der gesamten Produktion den Charakter einer ‚einheitlichen Fabrik‘. Die spezifischen Merkmale eines sozialistischen Betriebes (im Vergleich zum kommunistischen Betrieb) kommen nicht darin zum Ausdruck, dass er überhaupt selbstständig (‚verselbstständigt‘) ist, sondern darin, dass er als Warenproduzent auftritt (*der sozialistische Warenproduzent ist also unselbstständiger oder nichtselbstständiger Produzent von Waren?, J.*). Sie bestehen auch nicht darin, dass seine Beziehungen zur Gesellschaft auf dem Äquivalenzprinzip im Allgemeinen beruhen, sondern darin, dass diesen Beziehungen der äquivalente Warenaustausch zugrunde liegt. (*Der nächste Satz erst erklärt, was Koslow meint, denn dieser ist in sich widersprüchlich, J.*) Die Ware-Geld-Beziehungen charakterisieren bestimmte Formen ökonomischer Beziehungen auf der Grundlage des allgemeinen Volkseigentums und der gesellschaftlichen Aneignung der Produktionsergebnisse durch das gesamte Volk. (*Koslow meint, dass die Warenbeziehungen nur einen Teil der ökonomischen Beziehungen ausmachen, in ihrer Gesamtheit gehen sie über diese auch hinaus, gibt es auch Gesamteigentum und Gesamtaeignung, J.*)

Die Warenbeziehungen entspringen nicht aus der Verselbstständigung der Betriebe (*diese gibt es in dieser Form gar nicht, hatte Koslow gesagt, J.*), sondern im Gegenteil, die spezifische Selbstständigkeit der sozialistischen

Betriebe, die ihnen gewisse Merkmale der ökonomischen Verselbstständigung verleiht (*na, nicht wanken, J.*), ergibt sich aus der Existenz der Warenbeziehungen. (*Sprach Koslow nicht von einer Selbstständigkeit, die ihnen als wirtschaftlich-technischen Einheiten, also im Rahmen der Arbeitsteilung zukommt?, J.*)

[...] Die von einem Betrieb realisierten Einnahmen sind Volkseigentum, und der Betrieb erhält davon für seine Bedürfnisse und die seiner Angehörigen nur so viel, wie die Gesellschaft vorsieht. Der Besitzer aller Einnahmen ist die Gesellschaft in Gestalt des Staates, der diese Einnahmen plant und sowohl die Art und Weise ihrer Bildung und Verteilung, als auch die Normen und deren absolute Größe entsprechend den Interessen des gesamten Volkes verändern kann. Für die Verluste eines Betriebes bezahlt letzten Endes auch die gesamte Gesellschaft. Sie ist es, die sich die Verluste ‚aneignet‘.“ (ebda. Seiten 297-299)

Soviel ... nicht über die ökonomische Selbstständigkeit als solche, die haben wir ja genügend behandelt – wir können sie unschwer auch mit der persönlichen Verantwortlichkeit in einer Planwirtschaft identifizieren –, sondern über die Selbstständigkeit gegenüber dem Wert, den betrieblichen Einnahmen, die ja eine Voraussetzung für die Bestimmung einer ökonomischen Selbstständigkeit von Betrieben gewesen wären. Auch hier – in letzter Konsequenz - keine Selbstständigkeit, sondern bereits eine Aneignung nach dem betrieblichen – und dem seiner Angehörigen – Bedürfnis. Was widerspricht hier einer Bestimmung durch den Plan, den zu produzierenden Gebrauchswert?

Dass Koslow laboriert, ist offensichtlich, er ist der Kommunist unter den sowjetischen Ökonomen, denn er ist es, der dem *höchsten* (weil an das einzig mögliche Subjekt heranführende) Argument bei der Begründung der Warenökonomie im Sozialismus entgegentritt – mit dem einzig möglichen sozialistischen Argument, dem Volkseigentum. Aber er laboriert, weil er dennoch auf irgendeine Weise an die Wertform glaubt. Und sie setzt ja die Einheit von besonderem Eigentum und besonderer Arbeit voraus.

Sagen wir noch, dass Koslow von seinen Kollegen nicht erhört wurde. Es ist überhaupt eine Art der warenökonomischen Kritiker der sozialistischen Planwirtschaft, die direkten Argumente der Planwirtschaft nicht zu erhören.

Das gemeinschaftliche Eigentum, die *Aufhebung der Ursache der Warenökonomie*, ist ihnen ... ein Argument, aber nicht für die Ökonomie. Und warum muß das so sein? - Weil ihnen das Eigentum überhaupt als ursächliches Argument abhanden gekommen ist ... auch *für* die Warenproduktion. Ursache für die Ware ist diesen Kritikern alles Mögliche, nur nicht das private Eigentum. Ergo ist ihnen die Aufhebung des Privateigentums auch kein Argument für die Aufhebung der Warenproduktion. Die Debatte über die Warenproduktion im Sozialismus wurde immer unterhalb der Ebene geführt, auf der sie eigentlich geführt werden mußte: auf der Ebene des Eigentumsverhältnisses. Dass die Debatte um die Ware im Sozialismus so viele Gesichter annahm, wir uns mit den tausend Argumenten ihrer Begründung herumplagen müssen, ist nur dem Umstand zu verdanken, dass sie ihr einfachstes, aber grundlegendes Argument aus den Augen verlor. Sagen wir auch: verlieren wollte.

Silenzium, das Kapitel wäre abgeschlossen. Ich bin mir allerdings ziemlich sicher, dass das Argument der betrieblichen Selbstständigkeit das Hauptargument einer heute theoretischen, und morgen praktischen Begründung einer Warenökonomie des Sozialismus sein muß, denn es ist 1. ein das Argument des Eigentums ersetzendes Argument oder scheint ein solches zu sein, und ist 2. das den betrieblichen Arbeiter aus dem Wertprinzip ausschließende Argument, d.h. den Arbeiter wieder auf seine reine Lohnform reduzierende Argument. Frage ist doch: Wenn jeder Beschäftigte eines Betriebes seine ökonomischen Beziehungen über die Lohnformen konstituiert, wer im Betrieb bleibt dann übrig, seine ökonomischen Interessen im Wert zu konstituieren? Wer ist der direkte Aneigner des Wertes? (Wenn jedes andere, reale Subjekt nur Lohn aneignet?) Entweder nimmt der Betrieb hier ein namen- oder personenloses Gesicht an, oder – ein Phantom kehrt zurück, d.h. früher oder später wird wieder ein direkter Eigentümer konstituiert.

Ich will noch einmal betonen: Es ist keine Manie des wissenschaftlichen Kommunismus, gegen die Warenökonomie zu sein. Sondern mit der Aufhebung des Privateigentums verschwindet das Subjekt der Ware aus der Geschichte. Sie ist nicht mehr notwendig, weil sein Subjekt nicht mehr existiert. Die Menschheit ist so frei, die Ökonomie neu nach dem neuen ökonomischen Subjekt zu bestimmen. Und es wird entweder bestimmt und dann haben wir freie Bahn für die neue Gesellschaft, oder irgendwer in der

neuen Gesellschaft bastelt in einem fort daran herum, Begründungen zu finden, um die Warenökonomie über ihr verloren gegangenes Subjekt hinaus am Leben zu erhalten – und dann wird der weitere Weg zum Kommunismus vakant, unklar und kann im Nebel (der Argumente) verschwinden; man weiß ab bestimmtem Punkt nicht mehr, wie weiter, das Richtige ist möglich, aber das Falsche auch. Es wird am Arbeiter herumlaboriert, dieser wird nicht neu entsprechend seinem neuen Eigentumsstatus in der Arbeit „definiert“, sondern ihm wird alles mögliche angedichtet – Unreifes in der Hinsicht des Reifen, „Unabgegoldenes“, noch immer Abzugeltes hinsichtlich der früheren Gesellschaft; es ist, als würde über die Gesellschaft ein geistiger Bann gelegt.

Dass der Lohn nach Zeit bezahlt wird, hat es der „Wissenschaft von der Ware im Sozialismus“ in Sonderheit angetan. „Nach Zeit“ – ein Zauberwort. Lässt sich nicht daran anknüpfen? Ist das nicht wie in der Warenproduktion? Na ja, vielleicht nicht so vollkommen wie in dieser, nicht ganz so gegenständlich wie in der Warenproduktion, aber daran kann ja „gearbeitet werden“. Die gesamte Repetition der (seit Marx bekannten) Theorie der Warenökonomie, die man in der sozialistischen ökonomischen Wissenschaft findet, ist für die Katz, wenn es nicht gelingt, das Subjekt in der Praxis des Kommunismus zu finden, für das der Aufwand gedacht. Und dass es nicht gefunden, hängt nicht damit zusammen, dass nicht die *Ware* dem Arbeiter richtig erklärt wird, sondern dass der *Arbeiter* nicht mehr die Ware richtig erklärt. Der Arbeiter, genauer: seine Arbeitskraft, ist eine Ware, ist ein Wert, richtig, aber sie ist Ware und Wert gegenüber, jenseits, außerhalb der Ware. D.h. seine Arbeitskraft ist eine außerhalb der besonderen Arbeit entstehende Ware, also eine allgemeine Ware, ein allgemeiner Wert mit einem Wort: eine aus der Gesamtarbeit sich ableitende Ware, ein Gesamtwert. Eine Ware (die Ware Arbeitskraft) die ihre Wertbestimmung aus Preisen (!) herleitet, die schon als gewichtete Wertpreise bestimmt sind, steht in ihrer Wertbestimmung außerhalb, oberhalb jener Ebene der Wertbestimmung, in der es erst um den Unterschied von Individualität und Gesellschaftlichkeit des Arbeitsaufwandes zu gehen hat; Waren, deren Preise, wie sie auf dem Markt erscheinen, haben diese Prozedur hinter sich. Dito jene Ware, die sich auf diese Preise bei ihrer eigenen Wertbestimmung bezieht. Der Lohn ist eine Wertbestimmung aus *Wert*preisen (oder Produktionspreisen). Und was bedeutet das? Dass die Arbeitskraft (der Lohnarbeiter) schon unter der Bedingung der privaten Form der Warenproduktion eine ökonomische

Einheit vorwegnimmt, die es dem Eigentumsverhältnis nach noch gar nicht gibt - den Gesamtkapitalisten.

Ein Gesamteigentümer, auch wenn das ein Kapitalist ist, muß keinen Arbeitsaufwand mehr „gesellschaftlich bewerten, gewichten lassen“. Für ihn entfällt das Gesetz, individuelle Werte, also Besonderheiten der individuellen Arbeiten, erst in gesellschaftliche Bestimmungen der Werte/Arbeit umsetzen zu lassen. Er besitzt allen Wert resp. alles Geld, indem er alle „Waren“ besitzt. Waren- und Wertbesitz sind in einem Gesamtkapitalverhältnis identisch. Wo er alles produziert, was zur Verteilung gelangen kann, wie verteilt er denn da? Dreimal dürfen wir raten: Nach dem Bedürfnis seiner Produktionsteile auf/an ... Waren, aber Waren in ihrer Naturalform, Gebrauchswerten. Alle Waren, die man sich nur denken kann, sind seine, so dass er keiner Ware mehr gegenüber treten kann, die er nur dadurch erwirbt, dass er seinen Waren eine von diesen unabhängige, freie Gestalt gibt: Wert oder Geld genannt. Er muß nichts mehr erwerben, kaufen, weil er alles schon sein Eigen nennt. Also entfällt auch der Verkauf, der Tausch seiner Ware zum Geld. Der Gesamteigentümer hat es als Arbeit nur noch mit seiner Arbeit zu tun, also *nur noch mit Arbeit zu tun!* Der ganze gesellschaftliche Austauschprozess entfällt! Er tritt nur noch inneren Produzenten gegenüber, d.h. sich selber als Produzent. Und nun wie? Darin, wo er sich als Produzierender erkennt, also konkret, dem Gebrauchswert nach, der Absicht nach, was er produzieren (oder konsumieren) will. Die Wertform wird ihm *gegenstandslos*. Für den Gesamtkapitalisten, oder ein Gesamteigentum, entfällt die Warenproduktion.

Was kapitalistisch gesehen aber noch in weiter historischer Ferne liegt – der Kommunismus hat es realisiert. Es ist eigenartig, dass man beim Kommunismus nicht verstehen will, was man beim Kapitalismus verstehen kann.

### ... und Kusminow verwirft insgesamt

Ein anderer Ökonom geht noch radikaler als Koslow vor. Koslow verwarf nur ein Argument, das letzte, höchste, das maßgebende, in dem es um eine andere Subjektbestimmung im Sozialismus/Kommunismus geht, den „ökonomisch

selbstständigen Betrieb“. I. I. Kusminow, fühlt sich durch *alle* Begründungen der Theorie einer besonderen sozialistischen Warenproduktion aus den sozialistischen Verhältnissen selbst herausgefordert – und verwirft sie in Bausch und Bogen.<sup>51</sup>

Ein sowjetischer Ökonom über seine Kollegen, ein sowjetischer Wissenschaftler über die sowjetische Wissenschaft, vor uns passieren noch einmal alle Argumente Revue; auch hier lohnt es, den gesamten Gedankengang zu verfolgen:

„Eine wichtige Besonderheit des Sozialismus, der ersten Phase der kommunistischen Formation, besteht darin, dass die unmittelbar gesellschaftliche Produktion mit der Warenform verbunden ist. (*Der gleiche Anfang wie bei allen, auch Kusminow ist ein Treuer - zunächst, J.*) Die unmittelbar gesellschaftliche Arbeit erfährt eine zusätzliche Anerkennung durch den Warenaustausch. (*Nicht ihre Herausforderung? Dann muß es schon ein besonderer Austausch sein. Und zusätzliche Anerkennung? Dann muß es eine unmittelbare Anerkennung, also ohne die Wertform auch geben?, J.*) Diese ‚warenwirtschaftliche Organisation der Volkswirtschaft‘ tritt im Sozialismus nicht als herrschende Form auf. Die bestimmende Form ist die planmäßige Organisation der gesamten Volkswirtschaft und schließt als notwendiges, aber untergeordnetes Element die Ware-Geld-Beziehungen und die Warenproduktion ein. (*Wertform, aber nicht herrschende Wertform? Was ist die herrschende, offenbar planmäßige Anerkennung selber, das wäre doch von Interesse, J.*) [...]

Nach der ökonomischen Diskussion der Jahre 1951 und 1952 wird das Vorhandensein der Ware-Geld-Beziehungen und des Wertgesetzes im Sozialismus von der Mehrheit der sowjetischen Ökonomen anerkannt. Damit entstand jedoch die Frage nach den Ursachen für das Bestehen der Warenproduktion, nach den Wurzeln, ihrem Ursprung und ihrer Rolle unter den Bedingungen der sozialistischen Ökonomie.“ (S. 190)

An dieser Stelle der Hinweis: Sowjetische Ökonomen sprechen immer von der sozialistischen Ökonomie – und gemeint ist die Planwirtschaft, der

---

<sup>51</sup> I. I. Kusminow: „Abriß der politischen Ökonomie des Sozialismus/Methodologie“, Dietz Verlag Berlin, 1976. Übersetzung aus dem Russischen.

Warenbeziehungen zugeordnet sind, sie sprechen also immer von einem ökonomischen Dualismus; vom Sozialismus als einer Warenproduktion zu sprechen, ist etwas anderes, das würde den Dualismus ausschließen. Weiter:

„Ein erster Versuch, diese Frage zu beantworten, wurde von J. W. Stalin unternommen, der von den zwei Formen des gesellschaftlichen Eigentums ausging: dem staatlichen (Volkseigentum) und dem genossenschaftlichen Eigentum. Nach dieser Konzeption gibt es im Sozialismus zwei kollektive Eigentümer der produzierten Erzeugnisse – den Staat und die Kolchosen. Die ökonomischen Beziehungen zwischen ihnen müssen mit Notwendigkeit den Charakter des Kauf-Verkaufs tragen. [...] Da in jener Periode die Hauptmasse der landwirtschaftlichen Maschinen und Ausrüstungen an die MTS (das heißt an staatliche Betriebe) geliefert wurde, zog J. W. Stalin die Schlussfolgerung, dass die Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus nur auf die Gegenstände des persönlichen Bedarfs beschränkt und die Produktionsmittel keine Waren sind.

Diese Konzeption, die weite Verbreitung fand und eine erste wissenschaftliche (!, J.) Hypothese zu dieser Frage war, besaß dennoch äußerst schwache Seiten und angreifbare Punkte.

Sie kann faktisch weder den Warencharakter der Produktion im staatlichen Sektor noch die bisher weitaus schwächere Entwicklung der Warenbeziehungen in der genossenschaftlichen Produktion erklären. (*Was schwächere Entwicklung in den Genossenschaften bedeutet, ist von Kusminow nicht erklärt, J.*) Die Auffassung, dass die Produktionsmittel keine Ware seien und nicht der Wirkung des Wertgesetzes im Sozialismus unterlägen, ist nicht lebensfähig. [...] (?, *Kusminow meint, dass Stalins These, weil negativ ausfallend, wohl kaum in eine Begründungstheorie pro Ware hineingehören könne; an sich ist diese These aber sehr lebensfähig, nur eben andersherum, sie zwingt zum ersten Nachdenken über die Ursache und Notwendigkeit der Negation der Warenökonomie, J.*<sup>52</sup>)

---

<sup>52</sup> Stalin begründete die Notwendigkeit der Warenform aus einer äußeren Beziehung des Volkseigentums, der Beziehung zum genossenschaftlichen Eigentum im Sozialismus. Seine folgerichtige These, die innerhalb einer Eigentumsform zirkulierenden Produkte seien demnach keine Waren mehr, wäre der Ausgangspunkt einer tatsächlichen Trennung von der These der sozialistischen Warenproduktion gewesen bzw. hätte sie werden können. Wenn nicht Waren, was sind die Produkte des

Es gab neue Versuche, um die Warenproduktion im Sozialismus zu begründen. Im Einzelnen gehen diese von den spezifischen Merkmalen des Eigentums in der gegenwärtigen Etappe und vom Charakter der Arbeit und der Verteilung nach der Leistung im Sozialismus aus.

Typisch für die erste Gruppe ist folgendes: Das Volkseigentum an den Produktionsmitteln bedeutet Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft ihrem Besitz nach, aber Ungleichheit ihrer Nutzung nach. Die Arbeitsbedingungen, der Grad der technischen Ausrüstung und anderes sind in den verschiedenen Betrieben unterschiedlich, und das bestimmt den Unterschied der Werktätigen in der sozialökonomischen Stellung und bei der Ausnutzung der Produktionsmittel. Diese soziale Ungleichheit der faktischen Stellung der Gruppen von Werktätigen erfordert einen gleichwertigen Ersatz, das heißt die Warenproduktion und die Warenzirkulation.“ (ebda.)

Kusminow macht einen Unterschied zwischen Besitz und Nutzung; nicht aus dem Besitz will er eine sozialökonomische Gleichheit herauslesen, sondern aus der Nutzung eine sozialökonomische Ungleichheit. Das ist ein theoretischer Fehler in der Grundlage. Besitz, richtiger wäre Eigentum/Volkseigentum, wird damit im Kommunismus zu einer bedeutungslosen Kategorie herabgewürdigt – während umgekehrt der *Marxismus* davon ausgeht, dass Eigentum die gestaltende Kategorie seit Verlassen der Urgemeinschaft der Menschheit, also der Geschichte der letzten 10 000 bis 12 000 Jahre der Menschheit ist. Dass ein Hammer genutzt, hat aber schon im Privateigentum kein Verhältnis gemacht. D.h. aus der konkreten Form der Arbeit ist nie ein ökonomischer Historismus bestimmt worden; wir hätte eine Geschichte rein der Arbeit gehabt, aber keine *gesellschaftliche Form* von Geschichte. Und nun sollen aus der Nutzung alle

---

Volkseigentums dann? Man wäre zu einer neuen, direkt auf den Kommunismus, die Negation der Warenproduktion bezogenen Bestimmung gezwungen gewesen. Man hätte nur noch das Geld unter dieser Bedingung, keiner Warenform mehr, begründen (erkennen) müssen. Dann wäre die neue Theorie komplett gewesen, komplettiert worden. Hier aber zeigte Stalin die Schwäche, dass er erst noch von einem Verbleib der Ware in der Form einer „äußeren Hülle“ sprach. Was ist Hülle? Die sowjetische Theorie nach Stalin trat Stalin falsch entgegen; statt ihn im Sinne der Trennung von der Warentheorie zu vollenden, schloss sie ihn aus der Theorie aus – als im Sinne der Warentheorie unvollendet.

Formen entspringen – für eine Wiederholung der vergangenen Geschichte? Es ist, als würden die Russen noch einmal alles von vorn begreifen wollen, als hätten sie noch nie eine Geschichte gehabt.<sup>53</sup>

Abgesehen davon, dass Kusminow das Setzen seines generellen Kontrapunktes vorbereitet, was sagen die Leser zu seiner Darlegung? Es muß wohl eine unmittelbare „soziale Ungleichheit der Gruppen von Werktätigen“ geben, und diese erfordere einen „gleichwertigen Ersatz“, und den nun die Ware erbringen soll; ich verstehe das nicht. Ich verstehe nur, dass es aufgrund der unterschiedlichen Technikbedingungen in den Betrieben unterschiedliche Arbeitsergebnisse gibt, und Ware ermittelt nur einen Durchschnitt von Arbeitsbedingungen bzw. -resultat. Und weil dieser Mittelwert den Unterschied nicht aufhebt, sondern erst markierbar macht, kann er kein gleichwertiger Ersatz sein, d.h. er kann nicht die Individualität bewerten, sondern nur ein Plus oder ein Minus zu dieser, d.h. der Wert *differenziert* die Individuen, bringt deren Verhältnis zu einer Größe, die als Maß gilt, zum Ausdruck (mit Folgen für die Aneignung, die dadurch eine verschiedene zu ihrer individuellen Leistung wird!). Auch hatten wir ja immer gesagt, dass Arbeiter Lohn erhalten, die Lösung dieses Problems – Unterschied in der Arbeit oder direkt im Arbeiter – muß über die Lohnhöhe erfolgen. Was soll da der Begriff „gleichwertiger Ersatz“? Aber bitte.

Doch Kusminow erkannte eine Kritik am/des Volkseigentums:

„Also müsse man die Wurzeln der Warenbeziehungen in den Beziehungen des gesellschaftlichen, genauer des staatlichen Eigentums suchen. Die Vertreter dieser Position finden sie in der ökonomischen ‚Selbstständigkeit der staatlichen Betriebe als dem spezifischen Merkmal des Volkseigentums im Sozialismus ... Die relative Selbstständigkeit der staatlichen Betriebe, die im

---

<sup>53</sup> Ich bezeichne den von der sowjetisch-russischen Arbeiterbewegung entwickelten Marxismus deshalb auch nicht als einen dogmatischen Marxismus, einen Marxismus also, der zu Dogmen, unlebendigen Aussagen kommt, die keiner Realität mehr entsprechen oder dieser Realität nicht entsprechen, sondern als einen Versuch, den Marxismus noch einmal zu machen. Wir haben es bei der sowjetischen Wissenschaft mit einem selbstständigen Versuch zu tun, zum Marxismus, also zu einer wissenschaftlichen Betrachtung der Welt zu kommen. Ein Ehrgeiz, der nur der ersten und siegreichen kommunistischen Revolution erlaubt ist.

Auftrag des Staates über die Produktionsmittel verfügen – das ist der Grund, der die Warenbeziehungen hervorbringt“ (S. 191)

Kusminow zitiert an diesem Punkt den sowjetischen Ökonomen W. G. Lopatkin, der diese Position in einer 1966 erschienenen Arbeit vertreten hat.

„Aber auch diese Position, die sich im Verlaufe der kritischen Auseinandersetzung mit den schwachen Seiten der Stalinschen Hypothese herausgebildet hat, ist in sich widersprüchlich und äußerst angreifbar. Ihr grundlegender methodologischer Mangel (!, J.) besteht darin, dass Beziehungen, die vielen Formationen gemeinsam sind, darunter auch der ersten Phase der kommunistischen Formation, aus dem von ihren Anhängern formulierten grundlegenden spezifischen Verhältnis der neuen Formation abgeleitet werden.“ (S. 191-192)

Kusminow ist die Warenproduktion eine allgemeine Erscheinung, die über die unterschiedlichsten Formationen hinausgreift, er will nur einen allgemeinen Grund akzeptieren, der für alle Formen von Warenproduktion gilt, und somit die besonderen der jeweiligen Form, auch der „sozialistischen Form“, davon ausgenommen sehen. Und außerdem will er die Warenform nicht als dominant, als herrschende Form, sondern als in die Planwirtschaft eingeordnete Form.

„Indessen wiederholen die Anhänger der untersuchten Position beharrlich, dass ‚die Warenproduktion den sozialistischen Produktionsbeziehungen immanent sei‘, dass ‚die sozialistischen Warenbeziehungen auf Grund der neuen Bedingungen entstehen, die sich im Sozialismus herausbilden‘, dass sie ‚durch die sozialistischen Bedingungen hervorgerufen werden‘ und dass das Volkseigentum ‚die Warenbeziehungen hervorbringt“.

Wieder ist Lopatkin der Kronzeuge für diese Meinung, die Kusminow zurückweist.

„Mit dieser Darstellung der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus, die eine wichtige These der marxistisch-leninistischen ökonomischen Theorie über die Ware-Geld-Beziehungen als Beziehungen, die vielen Formationen gemeinsam sind, darunter auch der ersten Phase des Kommunismus, ignoriert, kann man nicht einverstanden sein.“ (S. 192)

„Wenn vielen Formationen gemeinsam“, wiederholt Kusminow, „sind die Versuche, ihren Ursprung aus der grundlegenden Beziehung oder anderen

spezifischen Beziehungen der kommunistischen Formation zu erklären, die beiden Phasen gemeinsam sind (*!, er meint wohl Eigentum, J.*), nicht stichhaltig. Das würde außerdem das Wesen dieser Formation entstellen, den Charakter des volkseigenen staatlichen Eigentums verzerren.“ (S. 192)

Ein wichtiger Gedanke: Was beiden Phasen des Kommunismus gemeinsam, kann nicht in einer Phase Ursache einer spezifischen Ökonomie sein; wenn schon, dann in beiden – oder das Gemeinsame scheidet als Ursache der spezifischen Ökonomie aus. Ein viel klareres Erkennen und Bekennen als noch bei Stalin!

Nach dem Eigentum behandelt Kusminow die Frage der Arbeit.

„Andere Ökonomen suchen die Ursache der Warenproduktion im Sozialismus im Charakter der Arbeit, genauer gesagt, in der Verteilung nach der Leistung. Zu dieser Gruppe gehören vor allem Ökonomen, die die Verteilung nach der Leistung im Sinne einer wertmäßigen Äquivalenz auffassen. (*Das ist genau, nicht ein verschwommener Begriff von Äquivalenz, sondern Wert als Äquivalenz, darum geht es, J.*) So meint M. W. Kolganow, dass die Warenbeziehungen im Sozialismus ‚durch das Wesen der Organisation der sozialistischen Produktion ... und der Organisation der Verteilung entsprechend dem Prinzip ‚Jedem nach seiner Leistung‘ bedingt sind; sie ergeben sich aus dem Charakter der Arbeit im Stadium des Sozialismus. Die Arbeit ist noch nicht zum ersten Lebensbedürfnis geworden und setzt daher materielle Stimuli voraus ...‘. Das Verhältnis der Verteilung nach der Leistung betrachtet M. W. Kolganow seinem Wesen nach als Warenbeziehung, das die Notwendigkeit der Ware-Geld-Beziehungen auch zwischen den Betrieben bestimmt.

[...]

Dennoch kann man diesen Erklärungen kaum zustimmen. Erstens entbehren die Versuche, die Verteilung nach der Leistung im Sinne der wertmäßigen Äquivalenz zu betrachten, jeder Grundlage.<sup>54</sup> Folglich sind auch die Versuche

---

<sup>54</sup> Der heutige Leser erstaunt immer wieder über „die sowjetische Ökonomie“. Was dem einen Ökonomen absolute Wahrheit, ist dem anderen absoluter Unsinn. Unbedingt Äquivalenzprinzip – halt es hier, wie kann man nur so denken – dort.

nicht stichhaltig, die Ware-Geld-Beziehungen aus der Verteilung nach der Leistung abzuleiten. (*Der Leser wird an dieser Stelle – wie ich auch – die konkrete Beweisführung vermissen, man müßte jetzt nämlich den Unterschied einer Verteilung nach der Leistung in der Zeitform bestimmen, um die nach der Wertform zurückweisen zu können, was aber Kusminow nicht tut – aus gutem Grund, denn er hält für uns noch eine Überraschung bereit, J.*) Zweitens kann man ein Verhältnis, das vielen Formationen gemeinsam ist, nicht aus einem Verhältnis ableiten, das nur für die erste Phase der kommunistischen Formation spezifisch ist. (*Kusminow wiederholt hier seine grundsätzliche Position, von der ich allerdings meine, dass sie zu sehr noch eine methodologische ist, J.*) [...] Drittens kann man die Beziehungen der Produktion und des Austauschs, in diesem Fall die Ware-Geld-Beziehungen, nicht aus den Beziehungen der Verteilung ableiten.“ (S. 192/193)

Das denke ich auch, das wäre ein viel zu erzieherischer Grund; Erziehung als Ursache der Ware? Das wäre fatal – für den sozialistischen Menschen. (Aber diese Meinung, dass der sozialistische Mensch seine Beziehung zur Ökonomie aufgeben, wenn zur Warenökonomie, ist ja im Schwange; das ist die Voreingenommenheit einer Ökonomie, die nur sich kennt.)

Aber wir haben ja eine andere Meinung von ihm (dem „sozialistischen Menschen“).

Nun bleibt natürlich Kusminow eine Antwort schuldig, es ist ja auch seine Meinung, dass es Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus gibt. Er ist gegen alle Gründe nur deshalb, weil er einen eigenen hat.

„Welches sind nun die wirklichen Ursachen (!, endlich, J.) für die Existenz der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus, und wie muß man an ihre Klärung herangehen?“

Die Ware-Geld-Beziehungen sind Beziehungen, die vielen Formationen gemeinsam sind, und demzufolge handelt es sich nicht um die Ursachen ihrer Entstehung, sondern um die Ursachen ihrer weiteren Existenz (*Hervorhebung der Autor, J.*) im Sozialismus.

---

Wenn wir nur sowjetische Ökonomen sein wollten – könnten wir so weitermachen. Aber wir wollen ja aus dem Zwist heraus.

Die Ursache für das Weiterexistieren dieser Beziehung, die vielen Formationen gemeinsam ist, darf man nicht in anderen Produktionsbeziehungen suchen, noch weniger in den spezifischen Beziehungen der neuen Formation, sondern im *Niveau und im Charakter der Produktivkräfte* (*Hervorhebung I. I. Kusminow, J.*), in jenen Merkmalen der Produktivkräfte, die ererbt und unter den neuen Bedingungen erhalten bleiben.“ (S. 194)

Ich überlasse Kusminow seinem Argument – indem er das Gebiet der Produktivkräfte aufsucht, verlässt er das Feld der Produktionsverhältnisse überhaupt<sup>55</sup> -, auf was es mir ankommt: Kusminow spricht die Produktionsverhältnisse des Sozialismus von der Rolle, die Warenökonomie im Sozialismus zu begründen, frei.

Das war zu sagen.

**Die Warenproduktion ist durch Privateigentum verursacht, begründet. Indem wir Volkseigentum gründen, heben wir den Privateigentümer auf. Damit ist der Grund, Warenproduktion zu machen oder fortzusetzen, verschwunden, aufgehoben. Man konnte noch soviel an den Produktionsverhältnissen des Sozialismus herummäkeln und in den so genannten Mängeln dieser neuen Verhältnisse den Grund dafür sehen, die Warenproduktion über das Privateigentum hinausgehend fortzusetzen, in diesen Verhältnissen kommt aber der Privateigentümer, der direkte Interessent am Wert nicht mehr vor. Die Suche mußte also ins Leere laufen. Dies die erste Lehre. Und die zweite war die, dass wir alle Probleme *der Arbeit*, die wir dennoch im Sozialismus erkennen (oder erkennen wollen, um ein letztes Wort pro Ware zu sprechen), über das nun direkte Verhältnis des Arbeiters erledigen können wie müssen, den Lohn. Lohn ersetzt den Wert. Weil der Lohn den Wert ersetzt wie der Arbeiter den Kapitalisten ersetzt, bleibt das Geld in seiner Eigenschaft als Lohn und verschwindet das Geld in seiner Eigenschaft als Wert.**

Diese Dialektik ist doch begreifbar.

---

<sup>55</sup> Welche sagenhaften Produktivkräfte sollen das denn sein, die die Ware überflüssig machen wenn alle bisherigen Produktivkräfte die Ware notwendig machten?

Es ist gut zu wissen, dass sowjetische Ökonomen selbst es sind, die allem, was die sowjetische Wissenschaft an Theorie in dieser Frage der Warenproduktion geboren, und was letztlich als ein historischer Mangel des Übergangs der Gesellschaft zum gemeinschaftlichen Eigentum ausgelegt worden, auch den Kampf angesagt haben; wir fangen mit unserer *neuen Sicht auf die Ökonomie des Sozialismus* nicht an, wir sind - vergleichbar. Wir sind mit sowjetischen Ökonomen vergleichbar, nicht mit jedem, nicht mit ihrer „großen“ Mehrheit, aber doch mit einigen, sehr wichtigen. Es fehlt in der sowjetischen Wissenschaft – dort, wo sie sich überprüfte - das so genannte I-Tüpfelchen, die tatsächliche und vollständige Zurückweisung des abstraktesten Begriffs der Warenproduktion, des Wertes, der Wertform selbst, die Verteidigung blieb eine auf die neuen Verhältnisse beschränkte. Ihr, oder diesen, blieb immer die „Notwendigkeit der Ware“ gegenübergestellt.

## Smoldyrew: Ein letzter Versuch 1987

Alle sowjetischen Ökonomen kennzeichnet bis zuletzt, d.h. bis zum Ende der Sowjetunion, die gute Eigenschaft, immer die Planwirtschaft *vor* die Warenproduktion zu setzen, die Warenform wird nur integriert, mal mehr, mal weniger. Aber keiner der sowjetischen Ökonomen hat je gefordert, die Planwirtschaft müsse verschwinden und durch die Warenproduktion ersetzt werden. Bis zuletzt? Na, nicht ganz, nur bis zu vorletzt.

Tatsächlich tauchen ab der Mitte der 80er Jahre in der Sowjetunion auch Stimmen auf<sup>56</sup>, die die Planwirtschaft angreifen. Ich kenne nicht alles, aber eine Stimme möchte ich dennoch zitieren: D. Smoldyrew, „Ein neuer Typ der Warenproduktion“, wir befinden uns im Jahr 1987:

„Jegliche Versuche, den Wirtschaftsmechanismus losgelöst vom Wertgesetz oder im Gegensatz zu diesem zu organisieren, erwiesen sich nicht nur als

---

<sup>56</sup> In der bürgerlichen oder reformistischen Kritik ist der Angriff auf die Planwirtschaft ja üblich, aber in ihr wird die Warenproduktion (bei ihnen Marktwirtschaft) auch nur als die bürgerliche verstanden.

fruchtlos, sondern machten den Wirtschaftsmechanismus auch funktionsuntüchtig, was schwere ökonomische Folgen nach sich zog. (*Das hätte man gern belegt gesehen, denn 1. hat die sowjetische Ökonomie nie auf die Geldformen verzichtet, so dass 2. die „schweren ökonomischen Folgen“ auch unter Bedingung der Existenz dieser Geldformen aufgetreten sein müssen; oder kann es 3. Geldformen ohne Wertgesetz geben?, J.*) Mehr noch, unter diesen Bedingungen konnten auch die spezifischen Gesetze des Sozialismus nicht wirken – das Grundgesetz, das Gesetz der Planmäßigkeit (*!*, *J.*), das Gesetz des ständigen Wachstums der Arbeitsproduktivität, das Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung u. a.“ (S. 238)<sup>57</sup>

Das ist mindestens schon die Umkehrung im Verhältnis von Voraussetzung und Folge oder Grundlage Plan und Zuordnung Wert. Die Planmäßigkeit funktionierte nicht, weil das Wertgesetz nicht. Es hat also solche Perioden, Abschnitte in der Sowjetwirtschaft gegeben, wo das Wertgesetz nicht funktionierte? Demnach Perioden, wo es funktionierte? Er meint wohl die Periode der NÖP. (Wir müssen aber wissen, dass Smoldyrew die neuen Wirtschaftsmechanismen feierte und verteidigte, die Gorbatschow einführen – wollte. Und da brauchte er Anknüpfungspunkte aus der sowjetischen Geschichte selbst. Der Gegensatz zur sowjetischen Geschichte war umso besser zu führen, wenn er bereits als ein Gegensatz in der sowjetischen Geschichte zu erkennen war. Daher der Rückgriff der letzten sowjetischen Reform auf die erste in der Sowjetunion geführte. Als hätte es keine Geschichte der Sowjetunion „dazwischen“ gegeben, als wäre diese nur eine Ungeschichte ... für das Sowjetische.)

„Die Trägheit des Denkens und die Angst, die Dinge beim Namen zu nennen, waren zu einem großen methodologischen Hemmnis bei der Bestimmung der sozialistischen Warenproduktion als eines prinzipiell *neuen, dritten historischen Typs der Warenproduktion* geworden. (*Kursiv der Autor, J.*)“ (ebda.)

---

<sup>57</sup> D. Smoldyrew: „Das historische Schicksal der Warenproduktion“, in „Ökonomische Wissenschaften“ 1987, Heft 8; Deutsch in „Sowjetwissenschaft / Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge“ Heft 3/1988, Seitenangaben nach der deutschen Ausgabe.

Wir hatten gesagt, dass alle sowjetischen Ökonomen (im Prinzip alle) die Arbeit im Sozialismus/in der Planwirtschaft als Arbeit unmittelbar gesellschaftlichen Charakters würdigten. Das ist nie in Zweifel gezogen worden, und wenn es Kritik oder Abweichung von der „Generallinie“ gab, so hieß es „noch nicht vollständig unmittelbar gesellschaftlich“, oder „unreife Form der unmittelbaren Gesellschaftlichkeit“, was in der Regel auf Unterschiede in der Arbeit (einfachen und komplizierten Charakters) bezogen wurde. Aber nie hatte je ein Ökonom die unmittelbare Gesellschaftlichkeit der Arbeit selbst in Zweifel gezogen, das wäre wohl auch einem Angriff auf das Wesen der sozialistischen Gesellschaft gleichgesetzt worden.

Smoldyrew tut es, womit die 80er Jahre ein neues Kapitel in der sowjetischen Ökonomiegeschichte einleiten: das ihrer äußeren Spaltung, der Spaltung aus einem inneren Gegensatz in einen äußeren, d.h. gesellschaftlichen Gegensatz.

„Methodologischer Ausgangspunkt der Verneinung oder Unterbewertung (!, J.) des Warencharakters der sozialistischen Produktion war die These, dass Arbeit und Produktion im Sozialismus *unmittelbar* (kursiv der Autor, J.) gesellschaftlichen Charakter hätten.

Unserer Auffassung nach ist diese These zu einem politökonomischen Dogma geworden, ohne dessen Überwindung (!, *das wäre gleichbedeutend mit einer Überwindung des Volkseigentums, J.*) eine wirklich wissenschaftliche Analyse der Warenbeziehungen im Sozialismus unmöglich ist. Auch in rein praktischer Hinsicht ist dieses Dogma gefährlich. Als ‚theoretische‘ Grundlage für die Leugnung der sozialistischen Warenproduktion hatte es objektiv zur Folge, dass der voluntaristische, bürokratische Kommandostil in der Wirtschaft eine Rechtfertigung erfuhr, dass der objektive Charakter des Marktes, der Warenzirkulation und der Äquivalenz im Austausch sowie andere Forderungen des Wertgesetzes ignoriert wurden. Diese Praxis ihrerseits verstärkte die administrativ-voluntaristischen Methoden der Planung und Leitung [...] (*Auslassung in der deutschen Übersetzung, J.*) Es zeigt sich eine bekannte Abhängigkeit: Eine fehlerhafte Praxis (!, J.) sucht Rechtfertigung in falschen Theorien, diese ihrerseits dienen der untauglichen Praxis (!, J.) als ‚theoretische Begründung‘.“

Erstaunlich, dass dieser Text in der DDR veröffentlicht wurde.

Ganz klar: Planung ist von „fehlerhafter Praxis“, und sucht Rechtfertigung in der „falschen Theorie“ vom unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, oder umgekehrt: „diese ihrerseits dienen der untauglichen Praxis“ der Planung, Pardon, „voluntaristischen Planung und Leitung“ als „theoretische Begründung“. Tautologisches, aber Tendenz klar: Theorie schlecht, weil Praxis schlecht; damit die Praxis besser, muß die Theorie – von der Ware im Sozialismus - besser werden, d.h. die Theorie muß ihre bereits kommunistische Euphorie zurücknehmen.

Zur Rechtfertigung der sowjetischen Wissenschaft: Sie hat durchaus nicht das genannte Argument vom neuen Charakter der Arbeit ins Gefecht geworfen, um Mängeln der Planwirtschaft auf die Sprünge zu helfen oder um die Planwirtschaft zu rechtfertigen, im Gegenteil: Ihr war die Planwirtschaft Prinzip, und als Vorzug der Planwirtschaft entdeckte sie das neue Gesetz der Arbeit. Und zweitens: Sie hat keineswegs das neue Verhältnis der Arbeit zur Grundlage der Leugnung der Warenproduktion genommen, da wäre sie, die ja die Ware an sich bejahte, viel zu weit gegangen.<sup>58</sup> Smoldyrew stellt die Dinge viel klarer dar als sie lagen. Und warum, ist auch klar: Wer den Gegensatz will, kann sich mit dem ewigen Zweifel nicht zufrieden geben.

Und nun kommt eine Überraschung. Smoldyrew bejaht die Warenproduktion (als sozialistisch) und opponiert *deshalb* gegen die These vom neuen Charakter der Arbeit. Das ist neu – für die sowjetische Ökonomie, aber eigentlich konsequent - für seine Position:

„Aus der marxistischen Methodologie folgt jedoch (*aha, Bewaffnung mit Marx, J.*), dass unmittelbar gesellschaftliche Beziehungen (*also nicht nur Arbeit, sondern gleich ganz allgemein, bravo, J.*) und solche Beziehungen, die über den Markt, das Geld *vermittelt* werden (*kursiv der Autor, J.*), Gegensätze darstellen, dass sie miteinander unvereinbar sind, einander ausschließen. Alle Versuche, sie dennoch zu vereinen, zu verbinden, gegenseitig zu ergänzen, bedeuten Eklektizismus in der Theorie und Prinzipienlosigkeit in der Praxis.“ (ebda. 239)

---

<sup>58</sup> Das würde ich zwar gesagt haben, aber ich bin ja kein sowjetischer Ökonom. Ich bin schon der Meinung, dass wer „unmittelbar gesellschaftliche Arbeit“ sagt, nicht Warenökonomie sagen kann.

Starker Toback. Oder Wahrheit – wenn auch nicht, um die Planwirtschaft und den Sozialismus der Planwirtschaft zu verteidigen, sondern *um sie anzugreifen und - das wäre nun seinerseits konsequent - aus dem „Sozialismus“ auszuschließen!* Aus seinem Sozialismus der Warenproduktion.

„Es hat keinen Sinn, über eine Verbindung der unmittelbar gesellschaftlichen Beziehungen mit den Warenbeziehungen zu diskutieren: Zwischen ihnen gibt es einfach keine Berührungspunkte. Daher die Wortakrobatik in den Diskussionen, die zahlreichen ‚Einschränkungen‘: Die Arbeit ist schon unmittelbar gesellschaftlich, aber ... nicht vollständig, nicht bis zu Ende, in unreifer Form usw. Also sowohl ‚ja‘ als auch ‚nein‘, sowohl unmittelbar gesellschaftlich als auch vermittelt über den Markt, über das Geld. Wie soll sich die Praxis angesichts so verschwommener Vorstellungen vom Grundphänomen der Wirtschaft verhalten? Ist dies nicht eine theoretische Hintertür, sich der Umgestaltung zu widersetzen?“ (ebda.)

Ja, würde M.S. Gorbatschow geantwortet haben – wenn er denn die sozialistische Warenproduktion an Stelle der sozialistischen Planwirtschaft gewollt hätte. Hat er? Smoldyrew mochte es (1987) noch glauben.

„Real zeigt sich also der gesellschaftliche Charakter der Arbeit erst nach der Vermittlung ihres Produkts über den Wechsel der Wertform auf dem Markt.“ (ebda.)

Ja, aber nicht der unmittelbar gesellschaftliche.

Wen doch die Umgestaltung alles so geweckt hatte ...

Es gibt also keinen unmittelbaren gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, nur einen gesellschaftlichen Charakter der Arbeit, der über die Wertform vermittelt ist. Und das ist die Position der Warenproduktion. Eine solche Sicht auf den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit mochte der Warenökonomie entsprechen, aber sie hätte, wäre sie endgültig in die Praxis eingezogen, der Position der Planwirtschaft den Zugang zu den endlich richtigen Erkenntnissen verbaut. Denn unmittelbar gesellschaftlich heißt nichts, als der Gebrauchswert als gesellschaftlich. Und gesellschaftlich im Sinne von Smoldyrew hätte heißen, auf private Weise gesellschaftlich; und dann ist die Wertform selbstverständlich. Die Konsequenz ist natürlich das Rußland von heute.

Dem Leser sei nun Dank, dass er dem Autor bis hierher gefolgt ist. Es könnte sein, dass dieser Leser – nach soviel kritischer Distanz zum bisherigen Stand der sozialistischen ökonomischen Wissenschaft - ein erhöhtes Bedürfnis darauf hat, zu erfahren, was denn nun richtig ist. Ich hoffe, ich habe dazu, parallel zur Vorstellung gewisser Texte, schon eine Vorarbeit geleistet, hier noch einmal ein konzentrierter Ausdruck.

**Die sozialistische Ökonomie ist eine der Planwirtschaft, sie ist durch die Fortexistenz des Geldes gekennzeichnet – dieser Zusammenhang, oder diese „Einheit“, muß also erklärt sein, aber sie ist nicht gekennzeichnet dadurch, dass es eine systematische Reduktion der Geldform auf die Wertform der Ware gab, das muß verneint werden – und das will auch erklärt sein. Dazu muß nicht nur der Autor seine Meinung sagen, sondern es hat sich, so hoffe ich, auch ergeben, dass alle solche Überlegungen schon in den sowjetischen Publikationen anklingen, versteckt, unsystematisch, aber dennoch vorhanden sind, wenn auch der Grundtenor von einer besonderen Warenproduktion im Sozialismus alles übertönte.**

Aus dieser Fessel müssen wir uns befreien. Notwendig ist eine Sicht auf die Ökonomie im realen Sozialismus, die nicht ideologisch geprägt ist, die nicht etwas sehen *will*, sondern die etwas *sieht*. Wir brauchen eine ökonomische Theorie, die sich streng auf die wirklichen Mechanismen der Planwirtschaft orientiert, die nicht Kategorien lehrt ohne zu erkennen (was Sache im Kommunismus ist), sondern Kategorien erkennt, bevor sie sie lehrt.

Ein notwendiges Schlusswort auch zu den behandelten Fragen → Arbeitsteilung, → Eigentumsformen (Volkseigentum und Genossenschaften), → Gelderhalt, → materielle Interessiertheit, → Marxsches Leistungsprinzip in einer ersten Phase des Kommunismus, → ökonomische Selbstständigkeit der Betriebe, → Arbeit unter dem Gesichtspunkt von Besonderheiten, → Messung noch des arbeitszeitlichen Verbrauchs: Es geht nicht darum, diese Faktoren zu leugnen oder herunter zu reden in ihrer Bedeutung, im Gegenteil, es geht vielmehr darum, dass sie benutzt werden, die Notwendigkeit des Erhalts der Waren- bzw. Wertform im Kommunismus (an seinem Beginn) zu begründen oder zu rechtfertigen. Und das ist falsch. Nicht aber ist falsch, dass diese Faktoren existieren. Sie haben alle ihre Erklärung und Wirkung für sich, und das muß dargelegt werden. Dass sie aber für die Begründung der Warenproduktion herangezogen werden, hat damit zu tun, dass der *Ausfall der*

*eigentlichen Ursache der Warenproduktion*, das Privateigentum - in der Folge seiner Aufhebung durch das Volkseigentum -, eine Kompensierung erfahren muß. Man darf sich also nicht ins Bockshorn jagen lassen dadurch, dass diese obigen Faktoren in der Ökonomie des Sozialismus/Kommunismus einen Platz einnehmen, sondern muß sich dessen bewußt werden, dass sie eine Lückenbüßerrolle für eine Theorie, die im Kommunismus eine ungemäße Fortsetzung erfahren soll bzw. die sich zum Ziel gestellt hat, die wahre Theorie des Kommunismus zu verdrängen, spielen. Die Verknüpfung des Falschen mit Richtigen ist das Falsche, nicht aber ist falsch, dass wir es mit realen Faktoren zu tun haben – und falsch ist auch nicht, dass es traumatische Reminiszenzen an die Warenökonomie gibt. Sie war ja das ökonomische Interesse einer gewissen Klasse, und diese Interessiertheit ist nicht dadurch aus der Welt verschwunden, dass ein allgemeines Eigentum – und mit ihm ein Volk – in sie eingetreten ist.

## Notwendiges zum Kommunismus

Wir müssen bei dieser Frage, was Kommunismus nun in Wahrheit ist, unterscheiden zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen die objektiven Voraussetzungen des Kommunismus entstehen – das sind im Wesentlichen die Entwicklungen der letzten Form des Privateigentums in der Geschichte, der kapitalistischen Form, und den Entwicklungen, die der Kommunismus selbst durchlaufen muß, um zur entfalteten Form seiner eigenen Qualität zu gelangen.

Was den ersten Faktor betrifft, so erfordert das in Bezug auf unser Thema nur die Aussage, dass sowohl vom objektiven Faktor her, der Arbeit, als auch vom subjektiven Faktor her, der arbeitenden Klasse, mithin *im Kapitalismus* Bedingungen gegeben sind, die die Grundlage der Warenproduktion, die Arbeit als eine tatsächlich individuell-private aufgehoben haben.

Man muß hier immer sehen, dass die ökonomische Grundlage des Kapitalismus, *sein besonderes Verhältnis zur Arbeit, das Wertverhältnis*, nicht im Kapitalismus seinen Ursprung hat, sondern in seiner gesellschaftlichen Voraussetzung – der genannten Privatform der Arbeit. Dem Kapitalismus ist

nur die höchste Entwicklung dieser Privatform der Arbeit, die Kapitalisierung der Wertform eigen, und ist zugleich deren höchster Widerspruch – bis hin zum Gegensatz, eigen. Es ist die kapitalistische Entwicklung, die die Grundlage der Warenproduktion aufhebt – den arbeitenden Privateigentümer. Es ist einerseits die Arbeit, die einen gesellschaftlichen Charakter annimmt, und damit alle Strukturen der Arbeit, die im originären Warenproduzenten individuell gesetzt sind, gesellschaftlich, in der gesellschaftlichen Gesamtarbeit setzt. Und es ist andererseits das Eigentum, das eine Form seiner hohen, immer höheren, bis hin zur höchsten Ebene annehmen muß bzw. auch annehmen will, um überhaupt Verhältnis der neuen Produktivkräfte zu sein. D.h. dem neuen, kapitalisierten warenökonomischen Privateigentum ist die *Raumexpansion in Permanenz*, oder eben ein imperialer Charakterzug eigen. Mit Kleckerarbeit, Überschuss über den Eigenbedarf zu produzieren, ist es nicht mehr getan. Hier geht es nicht nur um quantitativ andere Größenordnung der Produktion, sondern alles, was strukturell keimartig schon in einem Individuum angelegt ist – Teilung in Arbeit für Pm und Km; Reproduktion und Erweiterung, Intensivierung der Produktion -, hat eine gesellschaftliche Erscheinung gewonnen, ist existenziell Struktur einer Gesamtarbeit geworden und man entwickelt Arbeit nur noch, wenn in diesem Zusammenhang, in diesem allgemeinen Händewechsel der Produkte. Austausch ist nicht Freiheit, sondern Zwang. Existenz im Einzelnen ist abhängig von der Existenz des Allgemeinen, Umkehrung also der geschichtlichen Voraussetzung. Und benutzt wird dieser Austausch nicht mehr „um die Geldform zu erreichen“, wie es so schön in der warenökonomischen Apologetik heißt, sondern um die Geldform in eine expansive Form zu verwandeln. In der kapitalisierten Wertform sind „Ware und Geld nur zwei Formen der allgemeinen Wertform, die Ware ihre besondere, das Geld ihre allgemeine“ (Marx, Kapital Band I). Die Wertform ist von *innen her* expansiv geworden, weil mit einem inneren Überschuss behaftet – der nun nach Raum/Markt dürstet.<sup>59</sup>

---

<sup>59</sup> Ich verweise hier nur auf eine Tatsache, die ein jeder kennt. Auf der einen Seite also diese weltgeschichtliche Gewalt, die die Warenproduktion als kapitalistische auszeichnet, auf der anderen Seite ihre Einführung in den Kommunismus unter dem Aspekt einer „besseren individuellen Interessiertheit an der Arbeit“ – wie gering ist doch der Ehrgeiz der ökonomischen Reform des Kommunismus angesichts dieses Vergleichs mit dem kapitalistischen Ehrgeiz in Bezug auf die Arbeit – und wie

Die Arbeit ist gesellschaftlich, das Eigentumsverhältnis daher notwendig expansiv, das ist der Kapitalismus, oder diesen Charakter muß das *Verhältnis* der Warenproduktion annehmen, will es noch ein privates unter dieser Bedingung sein. Das letzte Privateigentum in der Geschichte der Menschheit lebt quasi auf einem Vulkan. Es evolutioniert noch als Verhältnis - Kapitalismus ist Eigentums-Evolution -, aber die Arbeit gehört bereits einer anderen Geschichte der Gesellschaft an. Dass die kapitalistische Entwicklung unter der Bedingung geschieht, dass aber der arbeitende Faktor der Warenproduktion, der Privatier als Arbeiter, aus dieser Expansion (Ausdehnung, Entwicklung, Akkumulation, hierfür stehen viele Begriffe) ausgeschlossen ist, ist die zweite Bedingung der Expansion, nämlich die, dass die Expansion in einem Höchstmaß eine des bloßen Eigentümers ist, der sich von der Arbeit gelöst hat. Der Kapitalismus ist ein einziger Eigentums-Arbeits-Gegensatz.

Wohin strebt das Privateigentum als kapitalistisches? Theoretisch zu seiner zuletzt höchstmöglichen Ausdehnung, der Ausdehnung über die Gesamtarbeit. Nur der von Staaten, Nationen? Mitnichten, es ist immer die Expansion im Weltmaßstab angesagt. D.h. hin zu einem Welt-Gesamteigentum. Alle vorherigen Stufen sind nur Zwischenstufen dieser Expansion im Allgemeinen. Was ist aber das Gesamteigentum für ein Eigentum? Genau betrachtet ist es auch das Eigentumsverhältnis, das der Kommunismus anstrebt, es ist eines der Gesamtarbeit, und nicht beschränkt auf Staaten, Nationen. Auch der Kommunismus ist international – wie das Kapital. Allerdings als kommunistisches Gesamteigentum nicht in privater oder national-privater Hand, sondern in gesellschaftlicher, in der Hand der Arbeiter. So sehen wir, dass ein geschichtlicher Prozess, der im Kapitalismus verläuft, auch anders verlaufen könnte, einen anderen Weg einschlagen, andere Form annehmen könnte. Der Kommunismus ist eine Kritik am Kapitalismus in Bezug auf dasselbe: Schaffung eines Weltimperiums. Ist der Kapitalismus ein Kommunismus für Private, so der Kommunismus ein Kommunismus für

---

scheinheilig. Es ist doch ganz klar, dass es bei einem so geringen Ehrgeiz niemals geblieben wäre. Wohin gelangt denn eine kommunistische Warenökonomie in der Perspektive, das ist doch die Frage. Sie in den Kommunismus „einführen“, ach du lieber Himmel, was aus ihr wird, *notwendigerweise werden muß, will sie entwickeln*, ist die Frage. – China wird sie beantworten.

Arbeitende. Der Unterschied ergibt sich aus dem jeweiligen Klassenansatz; hier ein besonderer, a-gesellschaftlicher, dort ein allgemeiner, und daher gesellschaftlicher.

Die Geschichte ist inzwischen schon mit dem inneren Prozess der Vergesellschaftung der Arbeit konfrontiert, d.h. kommunistischen Prozess. Kommunismus ist keine Fragestellung mehr, auch wenn es eine schnelle „Erklärung“ anders sehen will. Auch wenn es eine überraschende Unterbrechung dieses Prozesses gegeben hat, hat der Kommunismus ein Bleiberecht in der Geschichte erhalten, er ist auch als unterbrochene Praxis Praxis und daher eine Analyse der Arbeiterbewegung wert und kann in unser Denken eingehen.

Zunächst etwas zu den gesellschaftlichen Schritten zum Kommunismus im Großen:

#### a) Die überwiegend politische Phase

Heute wissen wir - das ist die Erfahrung und ich denke, dass es auch die wirkliche Lehre aus dem bisher zur Realität gelangten Kommunismus ist -, dass es mindestens drei Perioden gibt, über die die bürgerliche Geschichte oder Geschichte des Privateigentums durch eine Geschichte des Kommunismus oder Geschichte des Volkseigentums abgelöst wird.

Bei vorausgesetztem revolutionärem Weg, also einer tatsächlichen Erhebung der Arbeiter und der Aneignung der Macht durch sie, haben wir es zunächst als kommunistisch mit dieser Macht zu tun. Und maximal über eine Wirtschaftspolitik mischt sich diese Macht in die Produktionsverhältnisse ein oder macht sie sich als kommunistische Macht geltend. Diese ersten Produktionsverhältnisse sind zunächst die noch nicht angetasteten privaten Verhältnisse. Selbst dort, wo schon volkseigene Betriebe entstanden sind, bewegen diese sich noch nach den Gesetzen der Ökonomie des Privateigentums, d.h. wertökonomisch; sie eignen die im Rahmen ihres/ihrer Betriebe geleistete Arbeit – an abstrakter Arbeit, dem zeitlichen Umfang nach – als ihr ökonomisches Recht an, sie sind dadurch für ihre Reproduktion unmittelbar entsprechend ihren Einnahmen verantwortlich (Selbsterwirtschaftung ihrer Mittel, lautet der entsprechende Begriff, Lenin fand den von der wirtschaftlichen Rechnungsführung). Sie verhalten sich

ökonomisch gesehen noch wie Privatbetriebe und damit entgegen ihrem neuen, eigentlichen Eigentumstitel, was aber noch nicht als ein seiender Widerspruch verstanden sein kann. D.h. ihr schon neuer Eigentumstitel – volkseigen zu sein, leitet noch nicht zu einem höheren ökonomischen Recht, einem unmittelbaren Recht der Aneignung zu aller oder an aller Arbeit über. Es fehlt noch die höhere organisatorische Leitung der Arbeit, worin die eine unmittelbare Aneignung der Arbeit Aller durch Einzelne (besondere Betriebe) schon allgemein vermittelte Form ist, d.h. worin mit dem einen besonderen aber auch jeder besondere volkseigene Betrieb in sein neues Recht eingesetzt ist.

Wie lange diese Periode der ökonomischen Hinhaltung oder damit eine *erste Phase* einer neuen Gesellschaftsordnung nach dem Kapitalismus dauert, hängt auch von dem Willen der die Gesellschaft führenden politischen Organe (Partei, Parteien, Organisationen) ab, mit dem institutionellen Aufbau der Planwirtschaft zu beginnen. Sie wird sehr lange dauern, wenn dieser Wille gering ist oder durch gewichtige Gründe - darunter auch äußere - gestört oder in die Länge gezogen ist (z.B. China in Folge seiner äußeren Kapitalabhängigkeit<sup>60</sup>), und dann wird diese Übergangsgesellschaft sich festigen nur unter der Bedingung, dass sie an eine spezifische Form innerer Auseinandersetzungen und Kämpfe gerät, die sehr den Kämpfen in einer bürgerlichen Gesellschaft gleichen; insbesondere die sozialen Verhältnisse können keiner befriedigenden Lösung im Sinne kommunistischer Verhältnisse der Aneignung entgegen geführt werden. (Siehe aktuell China).

Diese Phase des Verharrens der revolutionären Veränderung kann schnell vorübergehen und sich kaum als eine spezifische Periode des Übergangs im

---

<sup>60</sup> Das Element der Unterentwicklung in kapitalistischer Hinsicht (im Eigentlichen geht es aber eher um eine Unterentwicklung in der Arbeit) ist ein die sozialistischen Staaten sehr belastendes Element. Es gibt nur zwei Wege, die Unterentwicklung der Arbeit zu überwinden: Durch eigene Kraft oder durch Hereinnahme eines kapitalistischen Faktors – Kreditverschuldung. Welchen Weg man wählen muß oder wählen kann, ist weniger eine Frage eines eigenen Willens, sondern einer kapitalistischen Bereitschaft. Diese war im Fall der Sowjetunion nicht/kaum gegeben, im Falle China – aus Gründen gedachter Konkurrenz Chinas zur Sowjetunion – sehr umfangreich. Wie problematisch dieser Schritt für den Kapitalismus war, zeigt sich jetzt.

Bewußtsein der Menschen bemerkbar machen, wenn dieser Wille groß und stark ist, d.h. relativ zügig zu einer Planwirtschaft übergegangen wird (siehe Sowjetunion, DDR usw.); wobei auch möglich ist, dass ein schnelles Verlassen der Vorform vor dem Kommunismus sich ebenfalls in einer spezifischen gesellschaftlichen Form, sagen wir einer sehr streng gehandhabten kommunistischen Politik, gesellschaftlichen Disziplin, niederschlägt. (Problem eines Absolutistischwerdens der Machtausübung beim Übergang zu einer zweiten Phase des Kommunismus (bisher erste oder sozialistische Phase des Kommunismus genannt), was fälschlich als ein Demokratieverlust bezeichnet wird. Der Absolutismus im Kommunismus bestimmt sich aber nicht als Gegensatz zum Volk und auch nicht auf besondere Weise ökonomisch<sup>61</sup>, insofern ist der proletarische Absolutismus – den man ruhig so nennen sollte - keinem bisherigen Absolutismus, feudalem etwa, gleichzusetzen.)

#### b) die ökonomische Periode des Kommunismus – ihre zwei Phasen

Eine Wende in dieser mit einer entweder sozialen oder politischen Problematik behafteten Phase kann erst erfolgen, wenn gesellschaftlich die Bedingungen einer Planwirtschaft geschaffen werden, auch institutionell geschaffen werden, und wenn von diesen Institutionen der Planung die Ausübung der ökonomischen Macht über die Arbeit erfolgt. Dann erst beginnen Produktionsverhältnisse des Kommunismus zu wirken und steht ein gültiger

---

<sup>61</sup> Dass sich im Rahmen einer politischen Hierarchie (auf lange Zeit stets die-selben Leute an der Spitze der Gesellschaft) im Sozialismus auch eine besondere ökonomische Absicherung für diese Hierarchie herausbildete, ist zwar oft behauptet, aber nie nachhaltig belegt worden. Für die DDR wäre es mit deren Ende sicher leicht gefallen, den Nachweis zu erbringen, aber er kam nicht. Eine personale Verfestigung in der politischen Führung in sozialistischen Gesellschaften ist dagegen eindeutig; sie bedarf einer theoretischen Erklärung. Und sie liegt sicher darin, dass ein schneller Personenwechsel eher zu einer Konkurrenzgesellschaft passt, keine Konkurrenzgesellschaft sich also auch einen anderen politischen, auf Personen bezogenen Habitus zulegt. Es darf nur nicht in Hörigkeit umschlagen, d.h. es muß neben der langfristigen Personenbindung auch eine allgemeine Öffentlichkeit aller Personen geben. Die Demokratiefrage im Kommunismus ist erst im Sinne eines ökonomischen Gleichheitsverhältnisses gelöst – oder hinreichend beantwortet – worden, noch nicht im Sinne des politischen Überbaus.

Charakter des Volkseigentums in Harmonie mit seinen Arbeitern und seinem ökonomischen Prinzip. Die Frage, warum es einer Übergangsphase zum Beginn des kommunistischen Charakters der Produktionsverhältnisse bedarf, wird nicht dadurch beantwortet, dass man sich nicht von den Verhältnissen der bürgerlichen Ökonomie lösen kann bzw. es notwendig ist, diese für den Aufbau des Kommunismus nutzbar zu machen, sondern dadurch, dass es zunächst keine institutionellen Formen der Planung gibt, die die Voraussetzung ergeben, dass man zu kommunistischen Verhältnissen der Produktion übergehen kann. Sind sie geschaffen, kann man sehr wohl zum kommunistischen ökonomischen Verhältnis übergehen.

Jedoch ist diese erste Phase des kommunistischen Verhältnisses noch nicht die reife/vollendete Periode des Kommunismus, ist sie schon der aufgebaute Kommunismus, denn noch gilt für die Arbeiter/Arbeitenden die Arbeitszeit als Maß für die Aneignung. Es wird mehr Geld (Lohn) gezahlt, wenn länger gearbeitet wird, und weniger, wenn kürzer. (Das gilt übertragen auch für Löhne qualifizierter Arbeiter; dasselbe Prinzip, nur auf höherem Niveau.) D.h. die Aneignung schwankt entsprechend der gearbeiteten Zeit, noch nicht entsprechend einem Anstieg oder Abfall in den Bedürfnissen. Jedoch gilt dies nur für die Form der individuellen Konsumtion, also nur unmittelbar für den Arbeiter, die Arbeitenden, nicht mehr für die ökonomische Aneignung durch die Produktion, den Arbeitsprozess selbst. Für diesen endet die Aneignung nach dem Prinzip des Wertes, d.h. nach der im Betrieb geleisteten Arbeitszeit sofort; die Aneignung von Arbeit durch die Arbeit – gegenständliche durch reale - wird schon mit der zweiten Periode (bisher erste Periode, jetzt zweite, weil noch die Vorperiode oder politische Form der Gesellschaft nach der Revolution dazu kommt) direkt und unmittelbar völlig kommunistisch, d.h. sie wird eine Aneignung nach dem Bedarf der Produktion. Der ökonomische Beginn des Kommunismus ist daher auf den Beginn der Planwirtschaft festzulegen.<sup>62</sup>

---

<sup>62</sup> Die ökonomische Aneignung der Individuen ist a priori auf den Gebrauchswert fixiert, sie ist von der ökonomischen Form her Umsetzung von Geld in Gebrauchswerte. Oft wird übersehen, dass dieser revolutionäre, die Wertform bereits negierende Charakter an sich der Wertform innewohnt (G-W ist Verschwinden des Wertes als Gegenstand in Gebrauchswert als Gegenstand), aber als permanente Form bereits dem Lohn inhärent ist, sich hier also die kommunistische Form –

Wenn wir in Kritiken an der sozialistischen Praxis der Preise immer wieder auf Hinweise stoßen, mit den Preisen sei geschludert worden (sie entsprachen nicht den Wertgrößen usw.), so ist das jetzt dadurch erklärt, dass exakte Wertpreise gar nicht dem Bedürfnis der geplanten Arbeit entsprechen. In der Planwirtschaft kommt es auf exakte Materialzuwendung an, die Exaktheit der Aneignung misst sich am Konkreten des Produkts, nicht am Abstrakten; dieses Element muß nur im Betrieb rational verwaltet werden, der innere Wert hat keine äußere Erscheinung, denn der innere Wert ist kein Preis. So dass der Preis unexakt sein kann, während der innere Wert umso genauer bestimmt ist. Eine andere Frage in den Kritiken an der sozialistischen Praxis ist auch, dass das rationale Element in der Arbeit verloren gehen könnte, mindestens aber darunter leidet, dass der Große WERT, d.h. der verglichene Wert der Individuen nicht mehr erscheint, es bedürfe, damit innerlich rational gearbeitet werde, eines äußeren Maßes. Sagen wir so: Verschwindet der große WERT, so endet die vergleichende Form für die Individualwerte. Nur, sind sie deshalb keine rationalen Werte mehr; schludert man innen, wenn außen kein Treiber mehr wirkt? Es kommt auf die Praxis an. Es gibt gute Werkleitungen und es gibt weniger gute. Entsprechend kann sich eine Praxis unterschiedlicher Rationalität in den Betrieben ergeben. Solch ein Problem ist aber subjektiv zu lösen, nicht "objektiv". Der große WERT wird deshalb aufgelöst, weil er nicht mehr der Gegenstand der Aneignung ist, was besser ersichtlich wäre, wenn die Preisform ganz verschwände und damit optisch klar wäre, dass in der betrieblichen Aneignung Güter nur noch in der Form des Gebrauchswertes angeeignet werden.<sup>63</sup>

---

Verschwinden des Geldes in der Konsumtion des Gebrauchswertes, der Gebrauchswert somit als Zweck des Geldes und nicht mehr der Wert - bereits im Kapitalismus ankündigt, allerdings nur beim Arbeiter.

<sup>63</sup> Der Betrieb B verhält sich dadurch rational zum Betrieb A, und auch rational zu sich selber, dass er zur Herstellung einer Stahltür sagen wir nur drei qm Stahlblech des Betriebes A verbraucht und nicht dreieinhalb. Der rationale Verbrauch – der Materialeinsätze aller Art – reduziert die Anteile, die die einzelnen Arbeiten an der Gesamtarbeit einnehmen, nicht aber den Arbeitsaufwand der Materialeinheiten selbst. Diese Doppelförmigkeit der Rationalität gibt es immer.

Dass wir in einer ersten Phase des Kommunismus noch eine Preisform – schlechte, ungenaue bezogen auf den WERT, das gebe ich ja zu - haben, verdeckt nur den Beginn bereits dieser kommunistischen Aneignung nach dem Gebrauchswert. Es gilt bereits der Kommunismus, und deshalb die „Ungenauigkeit“ des Wertes. Es wird von den Kritikern der Planwirtschaft immer übersehen, dass das Fehlen des wertgenauen Preises kein Fehler der Planwirtschaft, sondern eine Gleichgültigkeit ist. Es fehlt, gewiss, dadurch den Betrieben ein alle Betriebe vergleichender Maßstab – außer, die Planwirtschaft vermittelte mal ein solches allgemeines Wissen der individuellen Aufwendungen -, aber das ist kein Problem für die Aneignung, die längst auf ein anderes Prinzip gewechselt ist, sondern nur ein Problem ... des Wissens. Und deshalb Reform? Reform zugunsten des Wissens, das nichts bedeutet? Das kapitalistische Element enden lassen als ... Wissen? Welch ein Luxus.

Die Wende vom Wert zum Bedarf (gleichbedeutend mit dem Übergang von der abstrakten zur konkreten Arbeit als dem Verhältnis der Arbeit) wurde in der sozialistisch/kommunistischen Ökonomie mit dem Übergang zur Planwirtschaft zwar praktisch vollzogen, aber sie wurde theoretisch nicht eindeutig markiert und ist daher in der Wissenschaft vom Kommunismus ungenügend bis gar nicht gewürdigt, im Gegenteil.<sup>64</sup> Mitten im Beginnen des

---

<sup>64</sup> Es ginge noch an, könnte man den theoretischen Mangel damit erklären, dass sich die sowjetische Ökonomie an ihrem Beginn gegen einen nennenswerten Linksradikalismus und ökonomischen Anarchismus in den eigenen Reihen zu wehren hatte. Da mochte es egal sein, ob man die neue Entwicklung des Geldes schon erkannt hatte – das Geld war eben zu erhalten, und nicht einfach „abzuschaffen“. Und auch die Erklärung des Geldes mochte noch dieselbe bleiben, sie hatte ja zunächst nur theoretische Bedeutung, keine praktische. Das Wissen, dass es in einer abstrakten Form zur Begrenzung der Aneignung in der individuellen Konsumtion zu dienen hatte, in seiner eigentlichen Funktion aber tot zu legen war, also doch aufzuheben war (funktionsweise Aufhebung des Geldes), trat zurück hinter das Wissen vom Chaos, das eingetreten wäre, hätte man das Geld wirklich abgeschafft. Bloß, dieses Wissen hätte sich einstellen müssen, als der neue Preis- Geldmengen-Mechanismus einsetzte. Aus der theoretischen Sackgasse – Geld müsse erhalten sein, Ware dito, ergo: Warenproduktion muß bleiben – ist so mancher gut meinende Kommunist noch heute nicht heraus; er merkt nicht einmal den Widerspruch von neuer Praxis und alter Theorie, der eingetreten war, er verteidigt nur „zäh und verbissen“ die erste „wirkliche“ Erkenntnis, die der beginnende Kommunismus ... gegen den

Kommunismus in ökonomischer Hinsicht befindlich, setzt eine Spaltung des Kommunismus in der Form seiner ökonomischen Theorie des Übergangs zum Kommunismus, dessen, was Kommunismus sei, ein.

### c) die Spaltung des Kommunismus der Theorie nach

Statt der Entwicklung der ökonomischen Theorie des Kommunismus der Form nach kam es mit dem Übergang zur Planwirtschaft zu einem ungemäßen Kampf um die Fortsetzung der Warenökonomie in der zweiten Phase des Kommunismus, auch Sozialismus genannt, der zu einer Spaltung in der sozialistischen Wissenschaft führte; die Gesellschaft insgesamt geriet an eine Form der gesellschaftlichen, d.h. der qualitativen Stagnation, die ökonomische Revolution - in den Produktionsverhältnissen, insbesondere Lohnverhältnissen - stockte und konnte in der Konsequenz von einer Gegenrevolution, d.h. neobürgerlichen Wende im Denken, in der theoretischen Auffassung vom Kommunismus, genutzt werden. Der Eigentumsgedanke erfuhr eine Wiederbelebung, er schlug ideologisch innerhalb der Arbeiterbewegung in eine oder überhaupt erst in *die ökonomische Form des Revisionismus* um.

Der Revisionismus inmitten des Kommunismus nahm die Form einer Wiederauferstehung der Waren- und Wertökonomie an, die zur Zukunftsform für den Kommunismus erklärt wurde ("sozialistische Warenproduktion"). Diese Form der Fortsetzung der Warenproduktion ist aber revisionistisch, weil sie mit dem ökonomischen Recht der Planwirtschaft wieder bricht. Sie wäre in einem minderen Maße revisionistisch, oder eben nur auf politische Weise revisionistisch, würde sie nur in einer ungemäßen Hinausdehnung der Phase einer rein politischen Form der Machtnahme unmittelbar nach der Revolution bestehen. Hier würde der Revisionismus nicht in einem Verhältnis zu einer schon bestehenden/entstandenen, sondern erst zu einer entstehenden, erst geplanten Gesellschaft gemessen werden, und dies macht den Unterschied sowohl seiner geschichtlichen Tragik als auch seiner Wertung.

---

Linksradikalismus zu behaupten hatte, und versäumt damit seine eigene, nun wirklich radikale Geschichte.

Wir werten den Unterschied z.B. zwischen der Sowjetunion, wie sie oder wie ihre Wissenschaftler die Frage der Warenökonomie im Kommunismus (1. Periode) aufwerfen, und wie die chinesische Partei und Wissenschaft diese Frage aufwirft. Die Sowjetunion hatte bereits die Unabhängigkeit von der bürgerlichen Geschichte erreicht, die chinesische KP noch nicht. Wir erkennen den Unterschied zwischen der sowjetischen und der chinesischen Revolution auch daran, dass die Sowjetunion in hohem Maße eine politisch-ideologische Ausstrahlung auf die Arbeiterbewegung in der Welt ausübte – sie konnte in einem ideologischen Gewand auftreten -, während die chinesische Revolution sich in dieser Form sehr zurückhält; sie wirkt und wirbt vorwiegend ökonomisch.

Zum Verständnis des Kommunismus noch einmal zum Unterschied im ökonomischen Recht der Aneignung, wenn nach dem Gesichtspunkt der abstrakten Seite der Arbeit oder nach dem Gesichtspunkt der konkreten Seite der Arbeit von den jeweils besonderen/betrieblichen Arbeiten angeeignet wird:

Beim Gesichtspunkt der Aneignung nach der geleisteten abstrakten Arbeit wird eben nur die geleistete Arbeit in eine gegenständliche Form umgesetzt. Angeeignet wird immer nur, was man lebendig schon darstellt, verkörpert. Bei der Aneignung nach dem Gesichtspunkt *der zu leistenden* konkreten Arbeit – es ist immer das hereinkommende Zukunftselement zu beachten - kann mehr, gleichviel oder weniger Arbeit (in abstrakter Hinsicht, also der in den Gütern, die bezogen werden, getätigten Arbeitszeit) angeeignet werden, d.h. die Aneignung in der Planwirtschaft verläuft proportional den Bedürfnissen auf Arbeit, nicht äquivalent der selbst geleisteten Arbeit, ihr liegt die gesellschaftliche Arbeitsteilung und deren Bewegung zugrunde, nicht Eigentum und dessen Expansion. In der konkreten Arbeit gibt es keine Expansion/Ausdehnung, die nicht eine dieser konkreten Arbeit selbst ist. Nie erweitern konkrete Arbeiten allgemein, in abstracto, d.h. *in allgemeine gesellschaftliche Arbeit hinein*. Die Aneignung in der Planwirtschaft richtet sich nach dem Bedürfnis der Gesellschaft auf die konkrete Arbeit der Betriebe, nicht nach dem von diesen Betrieben geleisteten Arbeitszeitvolumen; insofern endet mit der Planwirtschaft das Wertprinzip in der Aneignung von Arbeit durch die Produktion und ist der Wert nicht mehr ihr Produktionsverhältnis.

Man muß auf diesen ganz einfach bestimmbaren Unterschied aufmerksam machen, sonst ist die ganze Debatte um die Warenökonomie im

Kommunismus, Plan oder Markt, nicht zu verstehen bzw. nicht auf ihren Sinn zu bringen.

Die Aneignung nach dem Bedarf wird den Betrieben in den Auflagen des Planes vermittelt, sie sind verbindlich für das Ausmaß der betrieblichen Aneignung, der Plan drückt einen gesellschaftlichen Willen aus, in den die individuellen Wünsche eingehen, aber er drückt nicht ein individuelles Interesse, eben ein Eigentumsinteresse an der Arbeit an sich aus.

#### d) „Frühkommunismus“? Oder wie früh Kommunismus?

Es tut sich ein anderes, auch anderes dialektisches, Verständnis der Periodisierung des Kommunismus auf, das verbietet, von der Formierungsperiode des Kommunismus (Periode nach der wesentlich politischen Vorperiode), auch Sozialismus genannt, als einer eigenen Gesellschaftsformation oder Gesellschaftsordnung, verschieden vom Kommunismus, zu sprechen. Diesbezügliche Theorien sind revisionistisch, sie widersprechen der Dynamik der einzelnen Perioden beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung. Elemente des Kommunismus oder überhaupt das Produktionsverhältnis des Kommunismus beginnen früher, wie Elemente der bürgerlichen Ökonomie auch früher enden, eben mit diesem Übergang zu dem neuen Verhältnis des Bedarfs auf Gebrauchsgüter zur Produktion enden; der Kommunismus - in den Produktionsverhältnissen - kommt schneller! Wir bestimmen den Beginn des Kommunismus nicht „zu früh“, bestimmen auch keinen Frühkommunismus, sondern bestimmen schon früh (!) den Kommunismus. Und zwar in den Momenten, wo das weitere Hereinbringen eines Evolutionsgedankens in den kommunistischen Prozess keinen Sinn mehr macht - weil qualitativ ausentwickelte Formen nicht qualitativ weiter zu entwickeln sind. Angesichts schon entwickelter Form des Kommunismus vom Kommunismus als einer fernen Zukunft zu sprechen heißt, entweder den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen oder den Kommunismus auf eine besonders raffinierte Weise zu negieren – in der Form einer Illusion, die nicht erfüllbar oder auf eine Forderung zu reduzieren, die erst als letzte in der Geschichte erfüllbar sein wird, den Kommunismus als so genannte allgemeine Überfluss-Gesellschaft. Aber Frage wäre doch, wieso eine quantitative Vollendung des Kommunismus erst sein qualitativer Beginn wäre? Alle Gesellschaftsordnungen sind an ihrem Beginn, mit der Geburt ihres

Prinzips bestimmbar gewesen, warum ausgerechnet der Kommunismus erst am Ende, wenn sein Prinzip (!) erst sein letztes Gebiet erobert?

Für die kommunistische ökonomische Wissenschaft bedeutet das, dass kommunistische Produktionsverhältnisse nicht einseitig an der Methode der Verteilung nach dem Bedarf in der individuellen Konsumtion gemessen werden dürfen, d.h. wenn dieser Zustand der Bedarfsaneignung *für das Individuum* da ist, dann erst wäre der Kommunismus da, wenn nicht, dann noch nicht, dann hätten wir es noch mit einer gesellschaftlichen Ordnung *vor* dem Kommunismus zu tun. Die Verteilung (oder Aneignung) nach dem Bedarf bedeutet vielmehr eine gesellschaftliche Veränderung mit vielen Seiten. Die Begrifflichkeit für den Kommunismus muß mit den realen Veränderungen und deren Inhalt Schritt halten, besonders dann, wenn diesen Veränderungen übergreifende Bedeutung über spezifische Perioden hinaus zukommt; sonst besteht die Gefahr, dass die Begrifflichkeit für eine Periode sich den Besonderheiten bzw. den noch nicht entwickelten Seiten in einer Periode unterordnet, und damit nicht ihren Wesensheiten, die sie bereits von Beginn an entwickeln kann oder entwickelt hat.

Der Umstand, dass 1. die so genannte Übergangsgesellschaft, d.h. die Periode vor der bisher erste Phase des Kommunismus genannten Phase, länger dauern und zu einer eigenen gesellschaftlichen Erscheinung führen kann (siehe also China), und 2. sie aber auch nur kurz zu dauern braucht (siehe die 20er Jahre in der UdSSR und die 50er in der DDR) und sofort zur kommunistischen Phase im Sinne des Wortes übergegangen werden kann, und sich nunmehr zeigt, dass sie bereits mit Elementen des reifen Kommunismus durchsetzt ist, führt dazu, quasi von einer inneren Einheit einer dreigeteilten Periodisierung des Kommunismus auszugehen. Sie sind alle Phasen einer gleichen Gesellschaftlichkeit kommunistischen Charakters, die zunächst politisch, als Macht ihr Haupt erhebt, und dann früher oder später, mehr und mehr in eine Ökonomie der neuen Art umwandelt. Dabei erfährt sowohl der Wille, die reine Form der politischen Macht zu verlassen und zu gesellschaftlichen Formen der neuen Ökonomie überzugehen, als auch die Bereitschaft, Übergangsformen zur kommunistischen Ökonomie sofort mit reifen Formen der kommunistischen Ökonomie zu verbinden, eine Entwicklung. Sowohl die Dreiteilung der Periodisierung als auch das Verständnis der inneren Einheit dieser drei Perioden, als eines zusammenhängenden revolutionären *Prozesses*, ist neu und

muß in den Bestand des Marxismus aufgenommen werden - als seine Entwicklung aus der Praxis der kommunistischen Gesellschaft selbst. Es gibt keinen generell unreifen Kommunismus, von dem sich ein reifer Kommunismus grundsätzlich unterscheiden würde, sondern nur einen Kommunismus in drei aufeinander folgenden Reifestadien. Und dass es Kommunismus ist, muß ein Anfang sein, und keine Sicherheit sein, die man sich erst am Ende getraut.

Die dritte Periode, der so genannte reife Kommunismus (bisher die zweite oder höhere Phase des Kommunismus genannt) beginnt historisch gesehen in Elementen bereits in der zweiten Periode des Kommunismus (bisher erste Phase genannt) und setzt auf dem Gebiet der individuellen Konsumtion *zuletzt*, mit ihrem letzten Element ein, wenn auch dort nach Kriterien des Bedarfs verteilt werden kann. Formen der Bedarfsentlohnung können insbesondere über gesellschaftliche Formen der Entlohnung geweckt und gefördert werden. Hier kann es, da es sich in der Voraussetzung um Produktionsfortschritt, um ökonomisches Wachstum handelt, auch Rückschläge, sich in die Länge ziehende oder sich verkürzende Phasen geben, aber vom Prinzip her geht es immer und nur um diesen Übergang. Ein solcher in die Länge sich ziehender Wechsel vom Maß der Zeit zum Maß des Bedarfs gilt aber, wie schon gesagt, nur für die individuelle Konsumtion. Für den ökonomischen Prozess im Eigentlichen, also für die Betriebe des Gemeinschaftseigentums, gilt eine Aneignung nach der geleisteten Zeit überhaupt nicht, weil umgekehrt für die Betriebe sofort die Aneignung nach dem Bedarf der Produktion (für die die Betriebe stehen) gilt. Wie im Übrigen leicht einzusehen war. Dass Marx in der Kritik am Gothaer Programm eine Aussage für die individuelle Konsumtion traf, besagt nicht, dass er damit schon das Gebiet der sozialistischen Aneignung im Allgemeinen erschöpfend beantwortet hatte. Tatsächlich war (in der Gothaer Programm-Kritik) der Kern der Aneignungsfrage im Kommunismus – und von Beginn an - noch unbeantwortet geblieben.

Für die gesellschaftliche Konsumtion, also die Aneignung durch die Betriebe und den Staatsverbrauch, beginnt die Aneignung nach dem Bedarf schon in der Periode der reinen Macht, also unmittelbar nach der Übernahme der Staatsgewalt durch die Arbeiter, d.h. ebenfalls früher als erst in der zweiten Periode, nicht schlechthin erst für die zweite Periode (zweite Periode nach alter Diktion als der vollständige Kommunismus). Allgemein ökonomisch, für die

Betriebe relevant, wird Aneignung nach dem Bedarf ab der Periode der Planwirtschaft, also laut Marx erste Periode.

Maßgebliche Momente, in denen der Kommunismus als wirklich der Kommunismus bestimmt ist, müssen an den Beginn der gesellschaftlichen Veränderungen wie des gesellschaftlichen Bewusstseins geschoben werden – dies ist die Lehre aus den „sozialistischen theoretischen Experimenten“.

Der Bruch in der sowjetischen sozialistischen Ökonomie (dem die anderen sozialistischen Länder später gefolgt sind) trat ein, als sie sich nicht mit Beginn der Planwirtschaft den ökonomischen Gesetzen und Mechanismen der Planwirtschaft unterordnete, sondern einen Dualismus von Plan und Markt (Plan und Ware), mit der Zeit immer mehr Ware und/als Plan, ansteuerte. Damit wurde sie passiv hinsichtlich der bürgerlichen Kritik, sie übernahm deren Positionen bei der Betrachtung der Planwirtschaft. (Richtig hervor trat das erst in den Jahren 1990 und 1991, als das andererseits für die Sowjetunion nicht mehr von Bedeutung war; sie wurde aus anderen Gründen beendet. Siehe dazu meine Arbeit „Der manifeste Kommunismus“ in „offensiv“, Ausgabe von Januar/Februar 2010 und März/April 2010.<sup>65</sup>)

Warenproduktion (Wertökonomie), also bürgerliche Form der Produktionsweise als Prinzip der Aneignung (!), kommt in keiner der drei genannten Perioden, auch in der ersten nicht, im vollen Sinne des Wortes vor, mit der Abkehr von der bloßen Macht und dem Übergang zu Machtformen der Planwirtschaft quasi gar nicht mehr. Indem wir einerseits die Theorie einer besonderen, dritten Form der Warenökonomie, die der Sozialismus oder die Ordnung in der ersten Phase des Kommunismus angeblich sein soll, zurückweisen, stehen wir andererseits natürlich in der Pflicht, eine richtige, der Realität gerecht werdende Theorie der Planwirtschaft zu liefern. Mit der These („gar keiner Warenproduktion mehr“) wird endlich die Theorie vom Kommunismus von Anfang an vom Kopf auf die Füße gestellt, wird der Aufbau des Kommunismus nicht mit bürgerlichem Maß gemessen, d.h. mit dem Maß, das der Kommunismus hinter sich lässt, sondern mit dem kommunistischen Maß, dem Maß, das entwicklungsgeschichtlich kommt.

---

<sup>65</sup> Veröffentlicht wurde nur der erste Teil der Arbeit; die für die Aprilausgabe von „offen-siv“ angekündigte Veröffentlichung auch des 2. Teils unterblieb - leider.

Die These „Warenproduktion mit Ausbeutung = Kapitalismus“ wie „Warenproduktion ohne Ausbeutung = Kommunismus“ ist eine Fehldeutung der inneren Dialektik der Produktionsverhältnisse der ersten Periode des Kommunismus, die durch ein Verhältnis einerseits von Aufhebung des bürgerlichen Produktionsverhältnisses und andererseits von Errichtung des kommunistischen Produktionsverhältnisses gekennzeichnet ist.<sup>66</sup> Die Fehldeutung besteht darin, dass der Aufhebung (des bürgerlichen, eben warenökonomischen Verhältnisses) eine eigene, noch einmal „positive“ Form gegeben werden soll. Aber Formen haben die Eigenschaft an sich, dass sie einander ersetzen, d.h. sie sind nur von Konsistenz, wenn es die anderen Formen nicht sind oder erscheinen nur, wenn die anderen verschwinden. Und der eigentliche Sinn dieser Fehldeutung ist nicht der, einen anderen Kommunismus zu kreieren, sondern einen anderen Kapitalismus: Nicht einen solchen in der Hand von Privateigentümern, sondern einen in der Hand von Arbeitern. Das aber unterstellt, am Beginn des Geschichts-Fauxpas der Warenökonomie – als das freie Geld und der freie Arbeiter aufeinander trafen - hätte sich der *Arbeiter* im Warenproduzenten vom *Eigentümer* im Warenproduzenten lösen/trennen können und hätte sich nicht der Eigentümer des freien Geldes, sondern der Arbeiter der freien Arbeitskraft kapitalisieren sollen. *Wovon aber kapitalisieren?*

---

<sup>66</sup> Natürlich soll die Ausbeutung aufgehoben werden, das ist Kommunismus auch. Aber wesentlich für sein Verhältnis zur Warenproduktion ist das Verhältnis des Kommunismus zum ökonomischen Recht der Warenproduktion, dem Recht auf die eigene Arbeit, mithin die Wertform des Arbeitsprodukts. Kommunismus heißt, dass dieses Recht aufgehoben ist, d.h. an die Stelle des privaten tritt ein gesellschaftliches Recht auf Arbeit – für die Individuen. Dies gilt für die einzelnen Individuen wie für die kollektiven, also die Betriebe. Die Individuen/die Individualität soll nicht sich besitzen, sondern die Gesellschaft! Ich bin mir allerdings bewußt, dass dieser Bruch des Kommunismus mit der menschlichen Vorgeschichte nicht sogleich begriffen wird. Ebenso, wie alle auf Privatrecht begründeten Gesellschaften der Kritik vom Gemeinschaftsprinzip ausgesetzt sind, hat man damit zu rechnen, dass alle Gesellschaften des Gemeinschaftsprinzips für eine gewisse Zeit der Kritik des Individualprinzips ausgesetzt bleiben. Der Grund? - Das Individualprinzip erlaubt reiche Personen auf Kosten aller, das Gemeinschaftsprinzip ist die Aufteilung des Reichtums (der Arbeit) auf alle.

Der Arbeiter, der dem Geld des Warenproduzenten gegenübertrat, war ein Arbeiter *außerhalb* des Eigentums, außerhalb des Geldes, außerhalb der ökonomischen Aktion, die vom warenökonomischen Verhältnis erfaßt wird<sup>67</sup>, das ist der springende Punkt, warum es zu einer *Entwicklung des Eigentums zum Kapital, zum kapitalisierenden Eigentum kam und nicht des Arbeiters*. Das Eigentum, der Geldbesitzer (Besitzer des äußeren Geldes) schritt entwicklungsgeschichtlich weiter und der Arbeiter blieb zunächst einmal geschichtlich stehen. Bis dann der Kommunismus – kommt ... der nun die *kapitalistische Fragestellung* geschichtlich noch einmal aufwirft? Noch einmal Kapitalismus? *Aus der Arbeit, aus dem Arbeiter heraus? Ach, ihr lieben Genossen.*

#### e) Der warenökonomische Rest – das Geld im Kommunismus

Dazu gehen wir bei der Betrachtung der ökonomischen Verhältnisse vom Wert der Ware auf das Geld über. D.h. der Wechsel vom bürgerlichen ökonomischen Maß zum kommunistischen ökonomischen Maß heißt in Bezug auf den Restbestand an bürgerlicher Ökonomie nichts anderes, als vom Wert auf das Geld überzugehen. Was heißt das? Der Verkauf der Ware gegen Geld ist nur von der einen Seite aus gesehen Herstellung der Wertform, von der Seite des Geldes aus gesehen ist derselbe Akt Verwandlung des Geldes in die Ware, Ware hier aber als Gebrauchswert. Im Kommunismus, solange das Geld noch existiert und als Medium der Verteilung/Zuordnung für die Konsumtion dient, d.h. eine Geldmenge das Bedürfnis noch abstrakt eingrenzt – in dieser Funktion wird es gebraucht -, verbleibt vom ganzen Akt W-G-W nur der Teilakt G-W übrig.

Als letztes bürgerliches Medium bleibt das Geld, das in der individuellen Konsumtion bis in den Kommunismus hinein aufrechterhalten werden muß. Grund ist die Kanalisierung, Begrenzung von Verbräuchen, es kann noch nicht

---

<sup>67</sup> Der Proletarier in seiner freien Form hatte weder Arbeit noch Geld, war weder Besitzer eines Arbeits- noch eines Geldprozesses. Ihm blieb in der Tat nur noch die politische Aktion, weshalb die Arbeiterbewegung auch eine politische Form ihres Beginns erlebt. Sie scheint nicht von Ökonomie zu sein. Der Schein trügt. Denn der freie Arbeiter ist die Erscheinung einer neuen Form von Ökonomie!

frei konsumiert werden, deshalb muß abstrakt gegen den Gebrauchswert, also in der Geldform/Geldmenge eine Begrenzung vorgegeben sein (dies gilt nur für die individuelle Konsumtion). Indem man die Geldmenge begrenzt, begrenzt man den Verbrauch. (Ansonsten müßte man ja über ein Kartensystem begrenzen, und das uniformierte das Individuum in seinen Verbräuchen oder Bedürfnissen.) Was das Geld aber nicht mehr, in keinem Falle mehr - außer in der ersten Periode und hier aus Gründen der noch nicht zum Kommunismus hin entwickelten ökonomischen Verhältnisse - darstellt, ist ein Wertverhältnis der Arbeit.

**Wir haben (d.h. die Planwirtschaft hat) ein anderes Verständnis der Aufhebung des Wertverhältnisses. Dadurch ist unsere Kritik von der Auffassung des linken Revisionismus oder des Anarchismus am Kommunismus verschieden, indem wir nicht – wie diese – die einfache, formelle Abschaffung des Geldes fordern, sondern sagen, das Geld ist – in einer geplanten Wirtschaft - abgeschafft: als Verhältnis der Ware zum Wert, als das Geld als die Erscheinungsform des Wertes, als das Geld als Tauschwert. Dies ist einerseits nur der Ausdruck dessen, wie die geplante Wirtschaft die Kategorie der bürgerlichen Ökonomie aufhebt. Dass sie das andererseits nur kann, weil sie das andere, sozialistische, gemeinschaftliche Verhältnis der Aneignung an deren Stelle gesetzt hat, ist selbstverständlich. Nur negieren, geht nicht. Linksradikalismus und Anarchismus mangelt es an Verständnis dessen, was man denn nun selber, was man anderes will. Kommunismus muß ein positives Verständnis sein, Kommunismus heißt, aus den Widersprüchen des Kapitals die Botschaft für das Neue herauszuhören; der Kapitalismus ist nur verstanden, wenn der Kommunismus verstanden.**

Wir verstehen Aufhebung des Wertverhältnisses hier nicht in dem Sinne, dass nicht mehr der Arbeitsaufwand ermittelt, also auch gemessen werden soll (was aber nicht mehr in der Geldform erfolgen kann, sondern nur noch in der direkten Zeitform), sondern in dem Sinne, dass es selbst ein Recht auf Aneignung ist.<sup>68</sup> Wert ist Eigentum, und wir brauchen Gebrauchswert als

---

<sup>68</sup> Dies als Einwand gegen die ewige Unterstellung der reformistischen Kritik, auf den Wert verzichten hieße auf das Wissen und Messen des Arbeitsaufwandes in der Produktion, für die Produktion zu verzichten; dem Kommunismus also ein

Aneignung, „Eigentum“. Worin in den Formen des Geldes das Wesen des Geldes „abgeschafft“ – besser: totgelegt – ist, ist das Geld abgeschafft (besser, richtig: das im Geld erscheinende, ausgedrückte Verhältnis zum Wert abgeschafft). Ansonsten, außerhalb der Wertfunktion, ist das Geld ein Berechtigungsschein, und durch seine Menge begrenzt es die Berechtigung. Und nun wozu?

Es gerät jetzt, kann jetzt geraten an eine neue Erscheinung, Funktion! Formell drückt sich das Ende der Warenproduktion darin aus, dass mit steigender Produktivität in der Arbeit, also auch steigender Güterproduktion, keine Senkung des Preises der „Waren“ auf den gesunkenen Wert der Waren mehr erfolgt, sondern dass die Preise unverändert, konstant bleiben, so dass die Summen der Preise und des in den Umlauf, d.h. in die Verteilung geworfenen Geldes mit dem steigenden Produktionsvolumen steigen.<sup>69</sup> (Dass hier der eine Anstieg den anderen Anstieg – der des Geldes den der Gütermengen – „übersteigen“ kann, wie moniert wird, liegt in der Natur von doppelförmigen Anstiegen.) Es kann eine aktive, die Einnahmen steigernde Geldpolitik betrieben werden, sowohl auf der Ebene der Betriebe als auch auf der Ebene der individuellen Konsumtion (Löhne).

Im Unterschied zu einer Warenproduktion (kapitalistischer Entwicklung), wo direkt wie die Produktivkraft der Arbeit nur der Profit steigt, steigen in der Planwirtschaft direkt wie die Produktivität steigt der Gewinn *und* die Löhne. Das erklärt sich aus dem Konstanthalten der Preise bei steigender Produktivkraft der Arbeit, also gerade aus einem gegensätzlichen Mechanismus zur Warenproduktion. Die Gewinne steigen, weil die Kosten aufgrund der steigenden Produktivkraft der Arbeit sinken, und die Löhne steigen, weil sie sich auf den Summenanstieg an Gütern beziehen, der ebensowohl auf den Anstieg der Produktivkraft zurückzuführen ist. Die Preise dagegen bleiben fest,

---

Desinteresse an der Rationalität der Arbeit zu unterstellen. In der Warenökonomie wird der Arbeitsaufwand nur gemessen, um ein Arbeitsrecht zu quantifizieren. Aber Kommunismus heißt, dass der Arbeitsaufwand gemessen wird, ohne dass damit schon ein Arbeitsrecht quantifiziert ist.

<sup>69</sup> Die Einkommen steigen absolut, im direkten Verhältnis wie die Produktionsmengen steigen, aber das Geldvolumen nur bedingt, d.h. nur im Verhältnis, wie nach dem Geldumlaufgesetz erforderlich ist.

d.h. reagieren weder auf das Sinken der Selbstkosten, noch auf den Anstieg der Löhne. Konstanz ist ihre neue Natur. Die Preise verändern jetzt (wo die Werte ändern und unterschiedlich ändern) nicht ihre relativen Verhältnisse zu Waren/Mengen Gebrauchswerten, sondern diese bleiben konstant, womit eine Identität von Geldmenge und Warenmenge entsteht<sup>70</sup>, aber eine Nichtidentität von Preis und Wert. D.h. Preise hören auf, Werte auszudrücken (oder, konzidierten wir eine wertökonomische Erklärung: drücken ihre Werte räumlich, nominell unterschiedlich aus – eine an den Haaren herbeigezogene Theorie. Nicht nur, dass die Unterschiede der Preise der Waren aufhören, die Unterschiede der Werte dieser Waren zu sein, auch das Geld hört auf, als Wertmaß einheitlich den Waren gegenüberzutreten); umgekehrt: Geld wird ein Billet, das zu Ansprüchen auf Gebrauchsgüter berechtigt, wie eben ein Theaterbillet zum Anspruch auf den Theatersessel berechtigt. Das Geld endet als Medium des Wertausdrucks, es ist nicht länger der Wert der Ware - gegenständlich der Form nach, aber was eben nicht endet, ist, dass das Geld das Medium ist, das zum Erwerb der Produktionsgüter berechtigt. Ohne Geld geht auch im Sozialismus/Kommunismus nichts, aber was im Kommunismus nicht geht, ist ganz verschieden von einem Geld, ohne das im Kapitalismus oder in einer Warenproduktion nichts geht.

Damit ist die Warenproduktion in allen ihren Erscheinungsformen *inhaltlich* aufgehoben. Und wir erklären hiermit – und auch endlich – den Unterschied von „inhaltlich keine Ware mehr“, aber „von der Hülle her noch Waren“ (Stalin). Inhaltlich bezieht sich jetzt darauf, dass der Wert nicht mehr erscheint, und Hülle darauf, dass die Güter noch über Geld erworben werden müssen, oder so: auf den Wert kann verzichtet werden, auf das Geld nicht.

Rein optisch tritt uns die Aufhebung der Warenproduktion dort entgegen, wo sie uns als ein Widerspruch der "Warenproduktion" entgegentritt: Bei einem direkten Sinken der Kosten und direkten Anstieg des Gewinns mit der individuellen, auf Betriebe reduzierten Steigerung der Arbeitsproduktivität, und wiederum direkten Anstieg der Kosten und direkten Sinken des Gewinns mit

---

<sup>70</sup> Als würde die Produktion oder Produktivkraft der Arbeit stagnieren. Aber es ist ja das Gegenteil der Fall, was uns anzeigt, dass die ökonomische Theorie die Seiten im Doppelcharakter der Arbeit wechseln muß, von der abstrakten Seite zur konkreten, um weiterhin Verständnis der Ökonomie sein zu können.

Anstieg der Löhne (wenn es nämlich an die Verteilung der gestiegenen Summen der Waren resp. der Summen der Preise dieser Waren geht). Dann haben wir einen "Widerspruch"! Der Widerspruch besteht in nichts als darin, dass eine Mengenkategorie in eine Wertkategorie (oder was noch immer dafür genommen wurde) hineingespiegelt wird. Die eine Kategorie war die bewegte, zum Wachstum kommende, die andere die stehende, zum Stillstand gekommene. Die Kosten sinken dann nur in solchen Preisen, in denen die Arbeitsproduktivität oder die Einsparung im Verbrauch von gegenständlicher Arbeit schneller/stärker sinkt als der Lohn steigt – der wiederum nur steigen kann im Verhältnis des Anstiegs von Gütern der Abteilung II. So dass sich ein Verhältnis von individueller Steigerung der Arbeitsproduktivität oder Einsparung von Arbeitsverbrauch und gesellschaftlicher Steigerung der Arbeitsproduktivität (II) ergibt. Hier war also ein neuer Mechanismus des Kommunismus zu begreifen, nicht ein alter Mechanismus - mit Unverständnis.

Der sozialistische Warenfetischist unterschlägt vornehm die erste Erscheinung - obwohl sie auch der Wertökonomie widerspricht (aber wenigstens schafft sie den Sofortgewinn oder Sonderprofit herbei - und "das ist doch gut") -, und konzentriert sich voll auf die zweite: den Anstieg der Kosten alias Löhne. Dieser reduziert den Sofort- oder Sondergewinn wieder; und ganz erheblich, wenn "die Kosten schneller steigen als die Gewinne steigen". Dann "wird der Betrieb unrentabel". Oder muß der Staat die Betriebe „subventionieren“. Und dann stellt sich das Paradoxon (für eine Warenökonomie) her, dass a) die Arbeitsproduktivität steigt und b) die Rentabilität der Betriebe<sup>71</sup> sinkt, bzw. der Sozialismus entwickelt, aber trotzdem „hinter den Kapitalismus ökonomisch zurückfällt“.

Der sozialistische Warenökonom demonstriert seine Unfähigkeit, ökonomische "Phänomene" des Sozialismus zu erklären, d.h. seine Normalität unter Bedingung des formellen Erhalts der Wertform zu verstehen und zu erklären.

---

<sup>71</sup> Eines Teils der Betriebe, in der Sowjetunion sprach man – zuletzt, Ende der 80er Jahre - davon, dass 40% der Betriebe „subventioniert“ werden mussten, also durch Umverteilung aus den „rentablen“ Betrieben am Leben erhalten werden mussten – eine These, die natürlich auf Unkenntnis der neuen Mechanismen resp. „Gesetze“ der sozialistischen Ökonomie beruhte. Und diese Gesetze wirkten deshalb so „negativ“, weil sie noch über die bürgerliche Form abgewickelt wurden.

Er legt an den realen Kommunismus die Elle des Kapitalismus an - und regt sich auf: wie ein Kapitalist. Er nutzt eine Praxis der Revolution für eine Theorie der Restauration ... die ihm nur nicht als eine solche vorkommt, weil sie auch einer Praxis seiner eigenen Macht, allerdings in ihrer frühesten, unentwickeltesten *ökonomischen* Erscheinung (gleich nach Beginn der Revolution, vor jeder Veränderung in den Verhältnissen des Eigentums) entsprechen kann. In Wirklichkeit läutet das inhaltliche Ende der Wertform nur auch ihr formelles Ende ein - man muß es aber auch durch die Wertform hindurch „sehen“ können. Und dann wollen.

Es liegt kein Interesse beim Kommunismus vor, ein auf dem Wert begründetes Eigentum ökonomisch, d.h. eben per Geld, anzuerkennen. In der Ökonomie unterliegt das Geld demselben Prinzip der Verteilung wie der Gebrauchswert auch ohne Geld ihm unterliegen würde, d.h. es führt keine von diesem unabhängige Bewegung aus ("es zirkuliert nicht", Marx, „Kapital“ Band II), was das Geld ja erst zum Geld, d.h. Wertverhältnis erheben würde. Sondern das Geld wird allgemein, also auch durch die Betriebe angeeignet wie Geld beim Arbeiter in der Form des Lohnes angeeignet wird. Es berechtigt zum Kauf, aber der Kauf ist bestimmt durch Bedarf auf Gebrauchswerte; und was hier Bedarf ist, ist im Betriebsplan vorgegeben. Der sozialistische Staat, der das Geld abgibt, entspricht hier dem Kapitalisten, der Geld, das er beim Verkauf der Waren erzielt, an den Arbeiter abgibt, er entspricht diesem nur eben absolut; der kommunistische Staat ist in dieser Hinsicht nichts als der absolute (allgemeine) Kapitalist. (Uns fehlt nur ein Stück Lohntheorie in der Geldtheorie.) Das Geld wird von der Gesellschaft (ihren Institutionen) verteilt wie die Gesellschaft Rechte auf Gebrauchsgüter - die ja immer einen konkreten Verbraucher haben - verteilt bzw. zuordnet. Damit hört das Geld auf, ein besonderes Eigentum (oder Interesse) zu sein oder hört das Eigentum auf, überhaupt die Form *Privateigentum* (= Selbsteigentum, sich selbst zum Eigentum) zu haben. Das Geld, welches Rechte auf die Konsumtion vermittelt, unterscheidet sich von einem Geld, das Rechte der Produktion vermittelt, wie sich der Kommunismus vom Kapitalismus unterscheidet.

Es gehörte zum Grundirrtum der sich in Revisionen ergehenden „kommunistischen Wissenschaft“, den Wechsel im Charakter des Geldes im Sozialismus (nun seine zweite Phase genannt) nicht zu erkennen und es zu einem Neutrum der Geschichte zu machen - mit allerdings immer dem gleichen

Charakter: Dem Wert der Ware der Tauschwert zu sein, also Wertmaß zu sein. So konnte im Bewußtsein der Menschen, insbesondere der kommunistischen Wissenschaftler, nicht die bürgerliche Produktionsweise, die Warenproduktion verschwinden und der Charakter des Kommunismus nicht als der eingetretene gesellschaftliche Wandel hervortreten. Die Gesellschaft ... stagniert: im Bewusstsein. Der Kommunismus war weiter gediehen als seine Menschen. (Oder sagen wir weniger seine Menschen, als seine Wissenschaftler.) Nicht der Kommunismus hat den Menschen, die Menschen (Kommunisten) haben dem Kommunismus ein Bein gestellt.

## Ein – vorläufiges - Schlusswort

Dass die Wissenschaft sich der Debatte um die Warenproduktion im Sozialismus unterordnete, sie zu ihrem „wichtigsten Thema“ erhob, war gar nicht einmal das Schlimmste, sondern dass die kommunistischen Parteien sich ihr anschlossen; dass die Frage der warenökonomischen Reform (um was anderes ging es in letzter Konsequenz nicht mehr) auch zur Frage der Partei erhoben, dass die kommunistischen Parteien sich nicht von dieser Frage lösen konnten, wurde zum eigentlichen Problem. Bürgerliches Problem, äußeres Problem? Dessen sich „die Revisionisten“ nur bemächtigten? Wenn es doch so wäre... Nein, es war inneres Problem, der Kommunismus, seine Kommunisten, sind noch nicht zur Klarheit darüber gelangt, was Kommunismus ist. Also: „objektives“ Problem, Problem des Kommunismus, der Kommunisten im Allgemeinen. Stellen wir uns der Wahrheit.

Ja, die Frage der Warenökonomie im Sozialismus/Kommunismus ist eine Auseinandersetzung mit dem Revisionismus in seiner geschichtlich letzten ökonomischen Erscheinung – zu allerletzt. Zuallererst aber mit dem Kommunismus selbst, seinem nicht hinreichenden Wissen über sich selbst.

Die Debatte über die Warenökonomie, hintergründig natürlich eine Debatte über die ökonomische Dialektik am Beginn des Kommunismus, hat den Sozialismus gefährdet. Die *Suche nach einem inneren Subjekt für die Ware* konnte ja nur dazu führen, dass sich niemand unmittelbar mehr als das Subjekt des Sozialismus empfand. Dieser Sozialismus nicht, ein anderer als sozialistisch, konnte ja nur bedeuten, dass man sich in einem geschichtslosen Zustand befand, der aufzugeben wäre.

Die Sowjetunion, sie als sozialistisch-kommunistischer Körper, wurde aufgegeben. *Aus diesem Grund, ein warenökonomisches Subjekt im Sozialismus zu finden? Mitnichten.* Diese Suche hat nur irritiert, sie hat nur den Revisionismus begünstigt, aber eine solche Kraft, dass er den Sozialismus hätte stürzen können, wurde der ökonomische Revisionismus nicht.

Heute schlägt er seine zweite Schlacht – für einen zukünftigen Sozialismus/Kommunismus. Ob er in seiner zweiten erfolgreicher sein wird als in seiner ersten Schlacht (in seiner Schlacht vor einem zweiten Kommunismus erfolgreicher als in seiner ersten inmitten des ersten Kommunismus) – hängt vom *theoretischen Stand des Kommunismus im heutigen Kapitalismus* ab. Und konkret davon, dass dieser sich nicht – wie noch bisher – auf ein kapitalistisches Wissen reduziert, sondern um ein kommunistisches erweitert.

Die Sowjetunion ist bürgerlich geworden, restaurativ im kapitalistischen Sinne. Vielleicht noch nicht allumfassend, aber wohl weitgehend. Die Reformer müssten sich eigentlich enttäuscht zeigen. Hat sie Gorbatschow nicht enttäuscht? Hat er sie nicht nur benutzt? Nun, Gorbatschow war wohl kein „sozialistischer Reformier“, und was er war, oder was der Grund für diese ganz andere als erwartete Entwicklung Rußlands war, wird die Geschichte zeigen.

Unser Standpunkt aber hat es mit dem Ende, Beenden der Planwirtschaft zu tun, soweit das ein Moment der Forderung nach einer neuen, dritten geschichtlichen Form der Warenproduktion war, also einem warenökonomisch organisierten Sozialismus war. D.h. wir müssen das Problem, das uns

unmittelbar betraf, noch immer diskutieren – es ist konstitutiv für die kommunistische Sache -, bis zum guten Ende diskutieren.

Auch wenn es uns unmittelbar nicht mehr praktisch trifft, so trifft es uns doch theoretisch. Wir werden als Kommunisten gar keine Theorie mehr haben, wenn nicht in dieser Frage.

Jeder Wiederbeginn des Sozialismus, so sehr er auch politisch mit dem realen Rußland zu tun haben wird, wird theoretisch zu tun haben mit unserer Vergangenheit.

Frage an die Reformer: Warum hat man diesen anderen Sozialismus denn nicht eingeführt? Wenn es bei allen inneren Kämpfen in der Sowjetunion nur um die Frage des ökonomischen Systems der Produktion gegangen wäre, warum ist sie denn nicht nur im Sinne dieser Konfrontation auch gelöst worden? Warum musste die Sowjetunion wieder bürgerlich werden statt „warenökonomisch sozialistisch“? Die Frage eines staatskapitalistischen Rußlands stand doch niemals zur Diskussion. Immer ging es nur um eine *innere* Reform, und innere hieß, den Kategorien der Warenproduktion mehr Raum *im Sozialismus* zu geben. Von Rückkehr zum Kapitalismus war nie die Rede, jedenfalls öffentlich nicht.

Also gab es ein geheimes Denken. Der Gesellschaftswechsel in der Sowjetunion hat auch andere Gründe als die, die öffentlich zur Schau gestellt wurden (um die es hier aber nicht geht), die Öffentlichkeit verfiel auch einer großen Täuschung.

Uns bleibt nur zu sagen, dass es eine gewisse fördernde Rolle für diesen Gesellschaftswechsel gegeben hat, weil es zuvor eben diese ökonomische Debatte als eine die Gesellschaft in ihrer realen Gestalt destrukturierende Debatte gegeben hat. Weil sie dem Gesellschaftswechsel diente, ist sie heute noch immer aktuell, aber ihr eigentliches Problem ist die Frage: was ist Sozialismus?

Fazit: Eine Verurteilung des realen Sozialismus (noch dazu im Namen des Sozialismus) ist in keiner der genannten drei historischen Perioden, in der der Kommunismus bisher praktisch existierte, notwendig und gerechtfertigt. Wir müssen von einer negativen bis negierenden Auffassung vom Sozialismus zu einer positiven bis positiveren Auffassung vom realen Sozialismus zurück

kehren (oder voran gehen), was aber bedeutet, dass wir in der Frage der Fortsetzbarkeit der Warenökonomie im Kommunismus und/oder über das Wesen einer geplanten Ökonomie endlich zur Klarheit gelangen. Wir müssen begreifen, dass ein Widerspruch bis Gegensatz zwischen so genannter Theorie des Kommunismus und wirklicher, manifester Praxis des Kommunismus zu überwinden ist; die Theorie vom Kommunismus muß wieder eine marxistische werden, sie wird es, indem sie ihre eigene, kommunistische Geschichte in sich aufnimmt.

-.-

---

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,  
37194 Bodenfelde-Wahmbeck  
Postvertriebsstück,  
DPAG, H 14360  
**Entgelt bezahlt**

